

türkei information

Nr. 42
DM 3,-
Nov./Dez. 1991

Nach den Wahlen:

Eine neue Phase in der Türkei



Wahlergebnisse und kurdische Frage / Seite 7 * Die wichtigsten Parteien / Seite 10 * Wie islam. Organisationen vom Staat aufgebaut wurden / Seite 13 * Gespräch mit PKK-Generalsekretär A. Öcalan / Seite 15 * Interview mit einem ehem. politischen Gefangenen / Seite 17 * PKK-Prozeß / Seite 21 * Kinder in der Türkei / Seite 23 * Nachrichten aus Cumhuriyet / Seite 24

Nach den Wahlen:

Eine neue Phase in der Türkei

Das wichtigste Ergebnis der Parlamentswahlen am 20. Oktober in der Türkei ist die offizielle Offenbarung der politischen Krise. Während die Regierungspartei seit 1983, ANAP, zur zweitstärksten Partei wurde, konnte keine der anderen Parteien die nötige Mehrheit im Parlament erzielen um eine Regierung zu bilden. Die größte Oppositionspartei aus der Zeit vor den Wahlen, die sozialdemokratische SHP, wurde zur drittstärksten Partei, und das islamisch-fundamentalistisch/faschistische Bündnis konnte seinen Anteil an Stimmen erheblich erhöhen. Die letzten Parlamentswahlen, die von den USA mit "Vorsicht" beurteilt und in EG-Kommissionen als "Lahmlegung des politischen Lebens" interpretiert worden sind, können in vieler Hinsicht als Anfang einer neuen Periode der Türkei gedeutet werden. Diese neue Periode wird von Fragen der Koalitionszusammensetzung, der Form der Beziehungen zwischen dem Parlament und der Staats-

macht, der zu verfolgenden Politik gegen die kurdische nationale Bewegung, der Frage, wie die Türkei ihre Rolle und ihren Auftrag in der "Neuen Weltordnung" wahrnehmen wird, und der Wirtschaftspolitik, die eine Stabilität der Wirtschaft erreichen müßte, bestimmt werden.

Es lohnt auf jeden Fall, sich mit einigen Folgen der Parlamentswahlen vom 20. Oktober zu beschäftigen, die anstelle von Stabilität eine Instabilität hervorgebracht haben. Auch die mit den Wahlen angebrachten neuen Probleme verdienen Beachtung.

Normalerweise hätten die Parlamentswahlen in der Türkei im November 1992 durchgeführt werden müssen. Jedoch haben Staatspräsident Özal und seine Partei, die ANAP, die Vorverlegung der Wahlen vorgezogen, da die gesellschaftliche Unterstützung der Regierung schwächer wurde und die wirtschaftliche Situation ein neues IWF-Konzept (neue IWF-Maßnahmen) nötig

machten. Seit langem schon überwog in der Öffentlichkeit die Erwartung von Wahlen, auch infolge des Drängens der Oppositionsparteien.

Das Monopolkapital forderte eine neue und starke Regierung, um die ökonomischen und politischen Probleme zu lösen. Auf der anderen Seite machten die neuen Probleme, die aus der Integration der Türkei in die "Neue Weltordnung" herrühren auch eine neue Regierung notwendig. Diese und andere Faktoren, deren Details in der letzten Nummer der Türkei Information (Nr. 41) erwähnt wurden, haben Özal zunächst zum Führungswechsel innerhalb der ANAP und dann zu vorgezogenen Parlamentswahlen verleitet. Der ANAP-Kongreß im Juni 1991 führte zur Wahl eines neuen Parteivorsitzenden – so wie Özal es gewünscht und forciert hatte. Danach erfolgte die Regierungsumbildung unter dem neuen Parteivorsitzenden Mesut Yılmaz. Die neue Regierung hatte schon 2 Monate nach ihren Antritt



neue Wahlen beschlossen und traf alle dafür nötigen Vorbereitungen. Sie traf Maßnahmen, die zur vorübergehenden Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter, Bauern und Beamten führten. Sie intensivierte den Staatsterror und schuf so eine Atmosphäre der Angst in der Gesellschaft, machte dann Propaganda verschiedenster Art, damit diese Angst sich bei den Wahlen zugunsten der ANAP niederschlagen konnte. "Sollte die ANAP abgelöst werden, wird der Frieden und das Vertrauen gestört werden: Genauso wie in der Zeit vor dem Putsch wird die Türkei von neuem in ein Chaos gestürzt." Dies sind nur zwei Zeilen aus der Propaganda der ANAP.

Demgegenüber haben die Oppositionsparteien eine Wahlpolitik verfolgt, die für keines der grundlegenden Probleme der Türkei Lösungsvorschläge enthielten und sich ausschließlich über ihre Negation von Özal und der ANAP definierten. Schließlich kam das folgende Wahlergebnis zustande, das die Bildung der Regierung durch keine der Parteien ermöglicht:

Die Zahl der WählerInnen in der Türkei beträgt 30 Millionen. Die Zahl der bei den letzten Wahlen abgegebenen Stimmen beträgt 25,249 Millionen. Über 4 Millionen Wähler haben, aufgrund der Wahlpflicht in der Türkei, eine Strafe in Kauf genommen und nicht gewählt. Die Gesamtzahl der Parlamentssitze in der Türkei beträgt 450.

Bevor man die Ergebnisse der Wahlen vom 20. November mit denen der letzten Wahl vergleicht, muß folgendes bedacht werden:

Das Wahlsystem in der Türkei ist äußerst ungerecht. Das ist etwas anderes als die in bürgerlich-demokratischen Staaten bekannte Ungerechtigkeit. Denn: Nach dem Wahlgesetz der Türkei muß jede Partei, um einen Abgeordnetensitz zu gewinnen, zunächst eine Barriere von 20 bis 25% des jeweiligen Wahlgebietes, und dann auch die landesweite Barriere von 10% überwinden. Wenn irgendeine Partei in einigen Wahlkreisen die 25%-Grenze überschritten oder sogar die möglichen Meiststimmen erhalten hat, aber die landesweite Barriere von 10% nicht überwinden konnte, gelten ihre Stimmen als verloren.

Daß das Wahlsystem in der Türkei höchst unzulänglich ist um das WählerInnenvotum im Parlament wiederzuspiegeln, zeigen auch die Zahlen der letzten Wahl. Z.B. gewinnt eine Partei (DYP) mit 6.615.000 Stimmen (27,04%) 178 Abgeordnetensitze, während eine andere (die ANAP) mit 5.873.000 Stimmen (24,01%) nur 115 Abgeordnetensitze erreichen konnte. Auch die SHP (20,75% - 5.076.000 Stimmen) gewinnt 20 Abgeordnetensitze weniger als die ANAP, obwohl der Unterschied bei

ihrer Stimmenzahl nur 800.000 beträgt. Während die Wohlstandspartei (RP) (16,90%) mit 4.133.000 Stimmen 63 Sitze im neuen Parlament bekommt, bekommt Ecevijs DSP (10,75%) mit 2.630.000 Stimmen nur 7 Sitze.

Wie leicht zu sehen ist, ist das Wahlsystem in der Türkei auf eine Einparteienregierung ausgerichtet. Dieses Wahlsystem hatten die Putschisten vom 12. September 1980 gesetzlich abgesichert. Es wurde dann von Özal und der ANAP mehrere Male verändert. Einige Monate vor den Wahlen hatte die ANAP noch einmal zu ihrem Vorteil mit dem Wahlsystem gespielt.

Jedoch "paßte die zu Hause gemachte Rechnung dem Markt nicht" - wie ein Sprichwort es ausdrückt. Aus den Wahlen ging keine Einparteienregierung hervor. Das Barriersystem nutzte in einigen Wahlkreisen der ANAP, in anderen aber anderen Parteien.

Ein Vergleich zwischen dieser Wahl mit der letzten ist an dieser Stelle von Nutzen. Zunächst die Ergebnisse der Wahlen von 1987:

ANAP: 36%
SHP : 24.8%
DYP : 19%
DSP : 8.5%

An den Wahlen von 1987 beteiligten sich die fundamentalistischen RP und IDP sowie die faschistische MCP jeweils getrennt an den Wahlen. Sie bekamen damals alle drei zusammen knapp 14%.

Die Ergebnisse der Wahl vom Oktober 1991 waren:

ANAP: 24.01%
SHP-HEP Bündnis: 20.75%
DYP: 27.04%
RP-MCP-IDP Bündnis: 16.90%
DSP: 10.75%

Die Regierungspartei ANAP hat bei diesen Wahlen 12%, die Oppositionspartei SHP 5% verloren. Demgegenüber hat DYP einen Zuwachs von 8%, die DSP von 2%, das RP-MCP-IDP Bündnis von ca. 4%.

DIE POLITISCH-GESELLSCHAFTLICHE SPRACHE DER ZAHLEN

Welche politischen und gesellschaftlichen Realitäten kommen in den Ergebnissen dieser Wahl zum Ausdruck?

1.) Das Gewicht der Rechten nimmt im Vergleich zur Linken zu. An dieser Stelle wird der Begriff "rechts" so benutzt, daß er alle religiösen, faschistischen und konservativen Parteien umfaßt, "links" dagegen die sozialdemokratischen Parteien bezeichnet. Am Inhalt der Definition des "linken" Lagers ändert auch die Tatsache nichts, daß sich zum ersten Mal nach dem Putsch eine Partei, die sich sozialistisch nennt, die Sozialali-

stische Partei (SP), an Wahlen in der Türkei beteiligen konnte - sie erhielt nur 109.000 Stimmen. Bei den letzten Wahlen haben die SymphatisantInnen unterschiedlicher revolutionärer Gruppen entweder für sozialdemokratische KandidatInnen gestimmt, oder sich an den Wahlen nicht beteiligt. Einige linke Gruppen unterstützten auch unabhängige Kandidaten. Diese erhielten ca. 34.000 Stimmen.

Die Tendenz nach rechts bei den WählerInnen kommt in den Ergebnissen der letzten beiden Wahlen zum Ausdruck. Während der Gesamtanteil beider sozialdemokratischer Parteien 1987 bei etwa 35% lag, beträgt er bei den letzten Wahlen nur noch etwas mehr als 30%. Demgegenüber erhielten rechte Parteien (ANAP, DYP, RP, MCP, IDP) bei den Wahlen von 1987 insgesamt 64%, während sie ihren Anteil jetzt auf 68,5% erhöhen konnten. Bei allen Wahlen seit 1950 hat die Mehrheit der WählerInnen immer schon rechts gewählt. Aber die Diskrepanz der Stimmen für rechts und links war noch nie so groß wie bei diesen letzten Wahlen.

Dies hat zwei wichtige Gründe: Der erste ist der große Vertrauensverlust der Linken, bzw. des Sozialismus, der in den letzten Jahren überall auf der Welt zu spüren ist. Die zunehmende rechte Welle konnte nach der Auflösung eines falsch verstandenen Sozialismus in der UdSSR, in Osteuropa und anderswo ihre Wirkung zeigen. Dies hat sich auch auf die Türkei ausgewirkt.

Ein nicht weniger wichtiger Grund ist: Der Putsch vom 12. September 1980 zielte besonders darauf, der Linken ihren gesellschaftlichen und politischen Einfluß zu rauben. Diese seit 1980 intensiv verfolgte Politik hat das Gewicht der Linken in der Gesellschaft erheblich geschwächt. Schließlich wurde es dann möglich, daß Parteien, deren Sozialdemokratismus selbst zur Diskussion steht, den geringsten Stimmenanteil ihrer Geschichte bekamen.

2. Die Spaltung in zwei traditionelle politische Hauptströmungen hält weiterhin an. Bei den letzten Wahlen konkurrierten im rechten fünf, im linken Lager zwei Parteien gegeneinander.

Die jüngere Geschichte der Türkei wurde vom Kampf zwischen zwei politischen Hauptströmungen geprägt. Das waren die CHP (Republikanische Volkspartei), die von 1923 bis 1950 ein Einparteienregime führte, und die DP (Demokratische Partei), die Mitte der 40'er Jahre von CHP-Dissidenten gegründet wurde. Diese Parteien repräsentierten unterschiedliche Teile der herrschenden Klassen; in Bezug auf ihre Wirtschaftspolitik unterschieden sie sich nur zum Teil voneinander. Nach 1960 wurde allgemein davon aus-

gegangen, daß die CHP eine linke und die DP eine rechte Partei ist. Die Positionen im politischen Leben werden, wie auch im Westen, in der Türkei als rechts und links definiert. Anstelle der durch den Putsch von 1960 verbotenen DP wurde die AP (Gerechtigkeitspartei) gegründet. Der Interessenskampf zwischen verschiedenen Klassen und Schichten, führte später zu einer Spaltung der DP/AP.

Durch den Putsch vom 12. September 1980 wurden alle Parteien verboten. 1983 wurde die Gründung von drei Parteien zugelassen. Jeweils eine von ihnen sollte das rechte Spektrum, eine das linke und eine die Mitte vertreten. Zwei dieser Parteien stützten sich auf die DP/AP-Tradition, die dritte orientierte sich an der CHP. Als die mit politischem Betätigungsverbot belegten Politiker beider Traditionen diese Regelung ablehnten, wurden zusätzlich neue Parteien gegründet. Diese waren die vom ehemaligen Vorsitzenden der AP, Demirel, gegründete DYP, die DSP von Ecevit (der vor dem Putsch die CHP geführt hatte) und die SHP unter Führung von Erdal İnönü, die sich auch auf die politische Tradition der CHP stützte. Damit spaltete sich auch die traditionelle sozialdemokratische Linke in zwei Parteien.

Daß beide politischen Strömungen sich in mehrere Parteien gespalten haben, entstand nicht nur in Folge des Eingriffes der Putschisten. Daneben haben auch Faktoren, wie die Entwicklung und die Interessen des Kapitalismus nach 1980, die Diskrepanzen in wirtschaftlicher Hinsicht, die Veränderungen der Beziehungen zwischen der Türkei und den imperialistischen Kräften und die allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen eine Rolle gespielt.

Die letzten Wahlen waren auch in der Hinsicht interessant, daß sie gezeigt haben, daß die Spaltungen im rechten und linken Lager weiterhin anhalten werden. Besonders die Spaltung der Rechten scheint so, daß sie in Kürze nicht überwunden werden wird. Abgesehen davon, daß es schwer werden wird, daß sich die religiösen und faschistischen Parteien mit den anderen rechten Parteien vereinigen, scheint ebenso die Wahrscheinlichkeit gering zu sein, daß sich die beiden großen Parteien des rechten Lagers (DYP und ANAP) verbünden. Die nahe Zukunft der Türkei wird vom Verhältnis der DYP zur ANAP bestimmt sein. Die überwiegende Mehrheit innerhalb der herrschenden Klassen ist für die Einheit dieser beiden Parteien. Jedoch sind die unterschiedlichen Ansätze auf ökonomischer und politischer Ebene, die Härte der Konkurrenz zwischen Demirel und Özal, in den letzten acht Jahren ein Hindernis für eine baldige Vereinigung beider



Parteien. Ein weiterer Faktor, der eine Rolle spielt, ist folgender:

Entgegen allen Voraussagen und Erwartungen konnte die ANAP sich sowohl zu einer Partei entwickeln als auch Massenunterstützung bekommen. Für einen Großteil der linken und revolutionären Kräfte war die ANAP eine Interessensgemeinschaft, die in Kürze wieder auseinandergehen würde. Jedoch haben nicht zuletzt diese Wahlen gezeigt, daß dem nicht so ist.

Die in den USA, in England und Deutschland zur Lösung der Probleme des imperialistisch-kapitalistischen Systems in den 70'ern und 80'ern forcierte Strömung des Neokonservatismus – für die Namen wie Thatcher, Kohl und Reagan stehen – hat auch bei den herrschenden Klassen und Teilen der Gesellschaft der Türkei ihre Entsprechung gefunden. Es wurde angenommen, daß die türkische Bourgeoisie auf die Politik der auf den Binnenmarkt orientierten Produktion nicht verzichten könnte. Dabei hat die Wirtschaftspolitik der Türkei in den letzten 10 Jahre einen Großteil des Monopolkapitals in das Weltsystem integrieren können. In einem noch andauernden reibungsvollen Wandlungsprozeß haben Kapitalkreise, die auch früher mit dem imperialistischen System verbunden waren, sich von ihrer traditionellen Partei AP getrennt und unterstützen die ANAP, die den Neokonservatismus repräsentieren will. Die als zivile Fortsetzung des Putsches entstandene ANAP hat es geschafft, diese Teile zu repräsentieren und daneben durch eine neue Harmonie zwischen Modernisierung (Integration in den Westen) und Islam die Unterstützung eines Teils der Gesellschaft zu bekommen.

Die DYP, die bei den Wahlen die meisten Stimmen für sich verbuchen

konnte, ist dagegen mit einer Programmatik aufgetreten, die sowohl die ANAP unterstützenden Kapitalkreise als auch die Mittelschichten ansprach. Sie versuchte in ihrem Programm die Interessen dieser Teile der Gesellschaft zu vereinigen. Die ANAP hingegen nimmt nur die Interessen des Monopolkapitals wahr. Neben anderen Ursachen wird auch aus diesem Grunde der Kampf zwischen der ANAP und DYP weiterhin anhalten. Die Erklärungen von Unternehmerverbänden, in denen die Einheit beider Parteien gewünscht wird, werden wohl vorerst keine Wirkung zeigen.

Eine Koalitionsregierung, bei der die DYP die wichtigste Partei sein wird, wird die seit 1980 unter dem IWF-Diktat durchgeführte Wirtschaftspolitik nicht grundlegend ändern.

3.) Auch die Situation der beiden sozialdemokratischen Parteien SHP und DSP, die sich beide auf die ehemalige CHP berufen, ist nicht weniger kompliziert.

Die Veränderungen der letzten 30 Jahre in der Türkei und die gegenwärtige Weltkonjunktur haben diese Parteien in ein Vakuum gestürzt.

Beide Parteien sind in der Realität die Fortsetzung einer Tradition, die sich von sozialdemokratischen Bewegungen des Westens in mancher Hinsicht unterscheidet. Ihr politischen Vorläufer, die CHP wollte sich in den 70'er Jahren zu einer sozialdemokratischen Partei formieren, konnte dies aber nicht schaffen. In der Zeit nach dem Putsch von 1980 hat die CHP es nicht geschafft, eine einheitliche ideologisch-politische Linie zu entwickeln. Aus diesem Grunde gelingt es weder der SHP noch der DSP, der Gesellschaft zu erklären, in welchen Punkten sie sich von der ANAP oder der DYP unterscheiden.

Die Wahlperiode hat gezeigt, daß die Hauptströmung der sozialdemokratischen Tradition, die SHP, sich auf die sogenannte 'politische Mitte' zubewegt. Sollte eine DYP-SHP Koalitionsregierung Realität werden (dieser Artikel berücksichtigt die Entwicklungen bis zum 30. Oktober; eine DYP-SHP Koalition wird als das Wahrscheinlichste betrachtet), wird das Anliegen der SHP, eine Partei der Mitte sein zu wollen, offener zum Ausdruck kommen. Auf der anderen Seite verstärkte die Wahlniederlage die inneren Machtkämpfe in dieser Partei. Die Rivalen des Parteiführers İnönü drängen die Partei zu einem Kongreß und fordern einen Führungswechsel. İnönü hingegen plant, den Vertrauensverlust der SHP unter der Wählerschaft durch eine Regierungsbeteiligung wettzumachen.

Eine andere Sache, die die SHP in Bedrängnis bringen wird, ist die Situation der HEP-Angehörigen. Die SHP hatte vor drei Jahren einige Abgeordnete aus der Partei ausgeschlossen, weil sie sich entgegen dem Wunsch der Parteiführung an einer Kurdistan-Konferenz in Paris beteiligten. Die ausgeschlossenen Abgeordneten hatten gemeinsam mit einigen anderen Abgeordneten die HEP (Partei der Arbeit des Volkes) gegründet. Diese Partei konnte besonders in Kurdistan große Sympathien erreichen. Aber die HEP durfte sich an diesen Wahlen nicht als eigenständige Partei beteiligen, da sie notwendige Formalitäten, z.B. die Durchführung eines Parteikongresses sechs Monate vor den Wahlen, nicht erfüllte. Die HEP-Führung suchte dann das Bündnis mit der SHP, um an den Wahlen teilnehmen zu können. Dies entsprach auch dem Interesse der SHP. Denn über die HEP wollte die SHP ihren Stimmanteil in Kurdistan erhöhen. Außerdem hätte das Bündnis mit der HEP dazu benutzt werden können, die kurdische nationale Bewegung unter Kontrolle zu bekommen. Diese Übereinstimmung in den Strategien der Partei führte zu einem Wahlbündnis und das wiederum zur Wahl von ca. 20 Abgeordneten, die sich überall offen zu ihrer Identität als KurdInnen bekennen. Außerdem konnte die SHP ihren Stimmanteil in Kurdistan erhöhen. Wäre dieses Bündnis nicht zustande gekommen, hätte der Anteil der SHP bei etwa 15% gelegen.

Es ist zur Zeit noch unklar, ob die HEP-Angehörigen weiterhin in der SHP bleiben werden. Ein Teil der SHP'ler will sie nicht haben, ein Teil der HEP'ler will nicht in der SHP bleiben. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Parteien hängen von der Kurdistan-Politik der SHP und einer möglichen Koalitionsregierung mit der DYP ab. Die Tatsache, daß Demirel, Vorsitzender der DYP, für eine militärische Lösung in Kurdistan ist, wird das Verbleiben der HEP'ler in der SHP erschweren.

Daß sich sowohl die SHP als auch die DSP immer mehr in Richtung "politische Mitte" bewegen wird im Parlament ein Vakuum auf der linken Seite zur Folge haben. Es ist schwer, heute vorzusagen, ob es der HEP gelingen kann, dieses Vakuum zu besetzen. Denn es gibt verschiedene politische Tendenzen in der HEP. Einzig in der Kurdistan-Frage gibt es in der Partei eine Einheit.

Sollten sich die HEP'ler weiterhin mit dem Kampf für die Forderungen des kurdischen Volkes konsequent verbunden fühlen und das Ziel der Demokratisierung der Türkei auf die freiwillige Einheit der türkischen und kurdischen Völker aufbauen und sich in Übereinstimmung mit den außerparlamentarischen linken und sozialistischen Kräften verhalten, könnte im neuen Parlament ein linker Flügel entstehen.

Ob dies möglich sein wird, werden die kommenden Tage zeigen.

4.) Die Wahlen in der Türkei haben gezeigt, daß die islamische Bewegung eine unabhängige politische Kraft zu werden scheint. Das Bündnis zwischen der religiösen Wohlstandspartei (RP), der anderen, kleinen religiösen "Reformpartei der Demokratie" (IDP) und der faschistischen Nationalistischen Arbeitspartei (MCP) bekam 4.133.000 Stimmen. Die in diesem Bündnis zusammengegangenen Parteien bekamen bei den Wahlen 1987 zusammen knapp 14%, während sie jetzt 18% bekamen.

Beim Zuwachs der Stimmen für dieses Bündnis hat es eine Rolle gespielt, daß einige religiöse Kreise, die früher ANAP wählten, von neuem zur RP zurückgekehrt sind. Es ist bekannt, daß die RP die Unterstützung der gesellschaftlichen Kräfte genießt, die sich den "westlich-modernen" Entwicklungen widersetzen und die Ausrichtung der Türkei in Richtung eines islamischen Staates fordern. Die Tatsache, daß die Türkei in letzter Zeit unter die völlige Kontrolle der USA geraten ist und die EG ihr mit Abstand begegnet, hat dazu geführt, daß einige Teile der Gesellschaft ein "Gefühl des Alleinseins" bekamen. Die RP hat auch dieses Gefühl angesprochen und ihren Anteil so erhöht.

Die RP, im Bündnis die führende Kraft, ist die Nachfolgepartei der vom Putsch vom 12. September 1980 verbotenen MSP (Erbakan), und die MCP die Nachfolgepartei der ebenfalls verbotenen faschistischen Partei MHP (Türkes). Beide Parteien waren in der Zeit vor 1980 sehr einflußreich. Dieser Einfluß, besonders der faschistischen MHP, aber auch der religiösen MSP, rührte daher, daß sie sowohl im Parlament vertreten waren als auch teilweise die Straße beherrschten. In der Realität hatte die MHP einen größeren Einfluß als

es ihre Sitze im Parlament erlaubten. Dieser Einfluß basierte auf ihre paramilitärischen Organisationen, die als "Graue Wölfe" vor allem in Europa bekannten Schlägertrupps und ihre Methoden, wie Mord und Provokation.

Die MCP hat über das Bündnis etwa 20 Abgeordnete ins Parlament bekommen. Jedoch hat diese Partei ihre frühere Stärke noch nicht erreicht. Sie sind noch nicht auf den Straßen, um die Linke zu bekämpfen. Ein wichtiger Grund dafür ist, daß der Staat einen systematischen Krieg gegen die Linke führt, ohne daß er auf die Hilfe der Zivilfaschisten angewiesen wäre. Trotzdem ist es höchstwahrscheinlich, daß der "Führer" Türkes sich von neuem anschickt, die Straße zu beherrschen, um sein politisches Gewicht zu erhöhen.

In Bezug auf RP und MCP muß noch folgendes gesagt werden: Diese Parteien stützen sich auf Kader, die in den Staat nicht integriert werden können, die innerhalb des Staates (z.B. mittels der ANAP) nicht assimiliert werden können. Die Putschisten vom 12. September hatten sich bemüht, die Islamisten und Zivilfaschisten unter die Kontrolle des Staates zu bringen. Özal hat diese Linie auch bei der Gründung der ANAP fortgesetzt und hatte damit relativen Erfolg. Am Anfang stützte sich die ANAP (83-88) auf ehemalige AP, MSP und MHP'ler und versuchte diese Tendenzen in einer neuen Synthese zu vereinigen. Aber mit der Zeit gingen diese Tendenzen wieder auseinander und Teile von ihnen kehrten zu ihrer ursprünglichen Partei zurück. Die letzten Wahlen zeigen, daß dieser Prozeß beendet ist. Die Islamisten und Faschisten, die die Staatskontrolle akzeptierten, blieben bei der ANAP, die anderen hingegen sind in die RP und MCP zurückgekehrt.

Eine andere interessante Seite des Bündnisses RP, MCP und IDP ist folgendes: Da die RP entsprechend ihrem Verständnis des Islam die Ideologie der "Ümmet" (= islamische Gemeinschaft) vertritt, hatte sie auch in Kurdistan eine große Unterstützung. Bei diesen Wahlen hat die RP in Kurdistan weniger Stimmen bekommen als sonst. Der Grund dafür liegt im Bündnis mit der rassistischen MCP. Einige RP-Organisationen in Kurdistan waren gegen das Bündnis. Dies bestätigt die Annahme, daß dieses Bündnis auch unter dem Druck des Staates und der Konter-Guerilla zustande kam. (siehe dazu Artikel "Wahlergebnisse und kurdische Frage")

Es ist keine übertriebene Interpretation, zu sagen, daß es das Monopolkapital und die USA sind, die sich von den Ergebnissen der letzten Wahlen am meisten gestört fühlten. Denn beide wollten eine Einparteienregierung und diese sollte vornehmlich eine ANAP-Regie-

rung werden. Besonders die USA waren dafür, daß Özals Gewicht in der Innenpolitik beibehalten wird und die ANAP an der Regierung bleibt. Denn dank Özal waren die Beziehungen der USA zur Türkei wesentlich besser geworden. Deswegen wurde im Wall Street Journal gesagt, daß die Türkei wieder von einer schweren politischen und ökonomischen Krise heimgesucht werden würde, wenn die Opposition die Wahlen gewinnen würde. (1)

In der Erklärung nach den Wahlen war die US-Administration nachsichtiger in ihrer Formulierung: *"Die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA sind unabhängig von den Regierungen; die Freundschaft wird anhalten."* (2)

Wenn man bedenkt, daß Bundesaußenminister Genscher nach den Wahlen Demirel in einem Telegramm seine Glückwünsche übermittelte, wird es leicht verständlich, daß die USA über die Ergebnisse der Wahlen nicht gerade erfreut sind.

Der Washington-Reporter der türkischen Tageszeitung Hürriyet bringt das so zum Ausdruck:

"Washington möchte zur Zeit überhaupt nicht, daß die Türkei instabiler wird, als sie ist. Außerdem wird befürchtet, daß eine Koalitionsregierung nicht die notwendigen ökonomischen Maßnahmen beschließt..." (3)

Die selben Befürchtungen lassen sich auch bei den herrschenden Klassen der Türkei verfolgen. Z.B. der Vorsitzende des TÜSIAD, des Industriellen und Unternehmerverbandes, fordert nach den Wahlen einen "Konsens" und mahnt davor, daß die ökonomischen Probleme nicht entschlossen genug angegangen werden würden. Der IWF forderte von der Türkei seit geraumer Zeit, daß neue Stabilisierungsmaßnahmen beschlossen werden. Aber diese konnten von der ANAP nicht beschlossen werden, weil die Wahlen kurz bevorstanden.

Ein anderer Vertreter der Unternehmer, Ugur Yüce, sagte:

"Die Wahlergebnisse sind eigentlich vom Standpunkt einer demokratischen Zukunft erfreulich. Aber in ökonomischer Hinsicht ist es

schwer, dasselbe zu sagen. Ich befürchte, daß die Koalitionsregierung nicht langfristig sein wird." (4)

Die Unternehmer haben mit ihren Befürchtungen recht. Denn, obwohl die Wirtschaft neue Maßnahmen nötig machte, konnten diese seit 6 Monaten nicht beschlossen werden. 1991 lagen die Auslandsschulden der Türkei bei 50 Milliarden Dollar und die Binnenschulden 70 Milliarden Lira.

Sowohl die alte Regierung als auch die Parteien, die die neue Regierung bilden werden, wissen genau, daß sie nicht umhin werden können, harte wirtschaftliche Maßnahmen zu beschließen.

Jedoch erlauben die Wahlergebnisse nicht, eine reibungslose Einführung dieser Maßnahmen zu beschließen. Genau diese Schwierigkeit wartet auch auf die DYP, die die Mehrheit im neuen Parlament stellt.

Egal von welchem Blickwinkel aus betrachtet, werden es sowohl die herrschenden Klassen als auch ihre Parteien schwer haben, der Bevölkerung neue wirtschaftliche Maßnahmen aufzuzwingen.

Sie haben es auch auf politischer Ebene schwer. Seit dem Putsch hatte Demirel (vor dem Putsch Ministerpräsident) die Bedeutung des Parlamentes betont, hatte zwischen dem Parlament und der Demokratie eine Verbindung gezogen und die ANAP beschuldigt, anti-demokratisch zu sein. Wenn Demirel jetzt seine eigenen Worte ernst nehmen sollte, muß er das Parlament mit größerer Macht ausstatten.

Dieses Vorhaben wird aber auf den Widerspruch von anderen, vom Staatspräsidenten, vom Nationalen Sicherheitsrat etc., stoßen, die die eigentliche Macht in der Türkei haben. Denn ohne die Begrenzung der Befugnisse, besonders der der Armee, des Staatssicherheitsrates etc., wird es unmöglich sein, die Befugnisse des Parlamentes zu erweitern.

Demirel wird eine solche Auseinandersetzung nicht wagen können. Sollte er die ANAP in die Koalition einbeziehen, kann er dies sowieso nicht machen.

Sowohl die Identität der DYP als

auch die Zusammensetzung des Parlamentes, zwingen die DYP dazu, auf das Dreieck Armee - Staatspräsident - Parlament angewiesen zu sein.

Aus all diesen Gründen wird eine Koalitionsregierung der DYP und SHP nicht bedeuten, daß in der Türkei nun eine bürgerlich demokratische Ordnung begründet wird. Ein Bündnis zwischen der DYP und der ANAP würde dies sowieso nicht bedeuten.

Im November wird die DYP mit einer anderen Partei oder mehreren zusammen eine Regierung bilden. Aber diese Regierung wird nicht in der Lage sein, die großen Probleme der Wirtschaft zu lösen, auch nicht die schlechten Beziehungen zwischen den Kapitalkräften normalisieren und den Bedürfnissen dieser entsprechen können. Die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Volkes wird eine solche Regierung sowieso nicht lösen können.

Die Zusammensetzung des Parlamentes und die wirtschaftlich-politischen Probleme zwingen den türkischen Staat von neuem zu Alternativen wie Neuwahlen, Putsch oder anderen außergewöhnlichen Regierungsformen.

Das größte Pech der Türkei ist es, daß sie nicht über eine Volksbewegung verfügt, die sie aus diesem Teufelskreis herausholen könnte. Wenn eine solche Bewegung, die eine revolutionär-demokratische Überwindung der Krise ermöglicht, nicht entsteht, wird das Monopolkapital den Völkern der Türkei weiterhin ihre Herrschaft aufdrücken.

Die nahe Zukunft der Türkei ist für alle Möglichkeiten offen: Offen für Neuwahlen, offen für einen Putsch und andere Ausnahmezustandsregierungen, offen für eine demokratische Alternative...

Fußnoten:

- 1) The Wall Street Journal wird von Hürriyet zitiert, 20.10.1991, Deutschlandausgabe
- 2) Hürriyet, 25.10.1991, Deutschlandausgabe
- 3) Cumhuriyet Hafta, Nr. 44, 25.-31. 10.1991
- 4) a.a.O.



Ein ganzes Dorf (Agri), das nicht zur Wahl ging.

WAHLERGEBNISSE UND KURDISCHE FRAGE

Einer der interessantesten Aspekte der Wahlen vom 20. Oktober ist die kurdische Frage. Als Ergebnis der in einigen Gegenden türkisch-Kurdistans in Begleitung von Kalaschnikovs durchgeführten Wahlpropaganda des Staates wurden ca. 20 Abgeordnete ins Parlament gewählt, die die Rechte der kurdischen Nation verteidigen. Diese Abgeordneten kandidierten gemäß des Bündnisses SHP-HEP auf SHP-Listen. Ein Teil der 20 Abgeordneten konnte, wie bekannt, dank der PKK gewählt werden. Vor allem offizielle Kreise, aber auch die Presse und einige linke Gruppen versuchen dies, obwohl ihnen diese Situation bekannt ist, zu verschweigen. Sicherlich wird dies als Notwendigkeit der Isolierungspolitik gegenüber der PKK betrachtet. (Die Kraft der PKK gering zu zeigen, kommt vielleicht dem Staat gelegen, aber was bedeutet dieses Vorgehen bei der Presse und besonders bei Linken?)

Jedenfalls, wenn auch die Wahlen vom 20. Oktober mit der Wahl von 20 Abgeordneten, die die nationalen Forderungen der Kurden verteidigen, ins Parlament endete, bleibt das kurdische Problem in der

alten Form erhalten. Und besonders in der nun beginnenden neuen Periode ist die kurdische nationale Bewegung mit der Gefahr konfrontiert, erneut ernsthaft in die Zange genommen zu werden.

Wir wollen zunächst noch einmal die Entwicklungen um die kurdische Frage während der Wahlphase betrachten und dann auf die heutige Situation und die möglichen Entwicklungen eingehen.

Der Staat gebrauchte alle seine Möglichkeiten, um eine Widerspiegelung des nationalen Erwachens der Kurden im Parlament zu verhindern. Während der Wahlperiode wurden in Kurdistan Terror- und Einschüchterungsmethoden systematisch angewendet.

Eigentlich war der Staat in dieser Wahlperiode in Kurdistan in einer ziemlich schwachen Lage. Die grundlegende Ursache dafür ist, daß die Kurdistanpolitik des Staates gescheitert ist. So konnten die meisten Systemparteien in der Region nicht einmal richtige Wahlpropaganda betreiben. Aus diesem Grunde gab der Staat seinen Knüppel in diesem Zeitraum nie aus der Hand.

Es ist sinnvoll, zwei Entwicklungen

nach der Entscheidung für vorgezogene Wahlen näher zu betrachten. In dieser Phase war es das Ziel des Staates und der Systemparteien, die PKK zu isolieren, die Hinwendung zu politischen Bereichen auf der Basis der nationalen Ziele der Kurden zu verhindern. In Richtung dieses Ziels wurde neben dem Terror eine neue Taktik angewendet. Diese Taktik konkretisierte sich darin, daß HEP'ler in die Listen der SHP aufgenommen wurde und auf der anderen Seite in der Verwirklichung der Koalition aus RP, MCP und IDP. (Zu den Parteien siehe Artikel in dieser Ausgabe). Die HEP ist eine Partei, die unter der Führung von Abgeordneten gegründet wurde, die vor zwei Jahren aus der SHP ausgeschlossen worden waren. Diese Partei schuf sich unter den KurdInnen zunehmend ein Netz von Sympathie und Unterstützung. Die HEP, die es auch verstand, die kurdischen Führer und Intellektuellen zu sich heranzuziehen, wurde in Kurdistan plötzlich bedeutend. Als die Entscheidung für vorgezogene Wahlen getroffen wurde, ward die HEP mit der Situation konfrontiert, daß sie, da sie einige nach dem Wahlgesetz notwendige Formalitäten nicht durchgeführt hatte, an den Wahlen nicht als unabhängige Partei teilnehmen konnte. Sie unternahm einige Initiativen, um dieses Hindernis zu überschreiten. Genau zu diesem Zeitpunkt kam das Vereinigungsangebot der SHP an die HEP und die zwei Parteien bildeten ein Wahlbündnis. Hierbei hatte die SHP zwei Ziele: Das eine war, die Zahl der Wählerstimmen zu erhöhen das andere, das kurdisch nationale Erwachen in die Kanäle der staatlichen Ordnung zu ziehen. Daß sich die SHP, die die Nachfolgerin einer Partei ist, die den türkischen Staat gegründet hat (der CHP), nach den Erfordernissen der Staatspolitik bewegt, liegt in der Natur der Sache. Ob die Taktik, die kurdische nationale Bewegung in gewisser Weise in die Grenzen der staatlichen Ordnung zu sperren, der SHP vom Geheimdienst MIT, von der Armee oder von Özal vorgeschlagen wurde, oder ob dieser Versuch von den Parteiführern ausging, ist hier kaum von Bedeutung. Wichtig ist, daß eine sozialdemokratische Partei die Kräfte, die als unabhängige KandidatInnen in manchen Städten Kurdistans große Chancen bei der Wahl gehabt hätten, sich selbst einverleibte. Die SHP hat so versucht, die Kräfte, die von der PKK beeinflusst werden könnten, zumindest ein wenig von der PKK zu



Leyla Zana, die erste kurdische Frau im türkischen Parlament

entfernen. (Ob sie damit erfolgreich war, wird sich noch herausstellen.)

Die zuvor gekennzeichnete Taktik wurde noch auf einer anderen Ebene angewandt. Die in Kurdistan einflußreiche und ein stabiles Wachstum verzeichnende islamische "Wohlstandspartei" (RP) wurde in die Koalition mit der faschistischen MCP geschickt. Diese Koalition zwischen der RP und einer in Kurdistan sehr unbeliebten und als rassistisch bekannten Partei endete mit dem Sinken der Stimmenzahl in dieser Region. Es gab innerhalb der RP einige Personen, die sich gegen diese Koalition stellten, weil diese eine Konter-Guerilla Taktik sei. Es gab sogar Parteiaustritte. Die RP Führer haben diese Koalition verwirklicht, obwohl sie wußten, daß dies zu dem genannten Ergebnis führen würde.

Deshalb kann es nicht als übertriebene oder falsche Einschätzung bewertet werden, wenn man sowohl die SHP-HEP Koalition als auch die RP-MCP Koalition als Teil einer Taktik charakterisiert, die die KurdInnen in die staatliche Ordnung hineinziehen soll. Die RP hat mit dieser Koalition den herrschenden Klassen und dem Staat das Vertrauen gegeben, daß die islamische Bewegung die Grenzen der Ordnung nicht überschreiten wird. Wenn dies auch ein relativ eigenständiges Thema ist, die Teile der islamischen Bewegung, die von der RP vertreten werden, bewegen sich auf einer Linie, die den Staat und die Grundsätze der vorhandenen Ordnung nicht bedroht. Jedenfalls ist dies vorläufig so.

Ob diese Taktik erfolgreich ist oder nicht, wird sich im Laufe der Zeit zeigen. Es ist offensichtlich, daß sich die PKK des langfristigen Zieles des Staates bei der SHP-HEP Koalition bewußt ist. Die PKK hat versucht, indem sie im Gegensatz zu allen Vermutungen und Behauptungen die Wahlen nicht boykottierte, keine Wahlurnen entführte usw. und die HEP Kandidaten unterstützte, die Taktik des Staates in eine Waffe gegen den Staat umzudrehen. Es ist unklar, welche Form dieser Versuch, der vorläufig erfolgreich erscheint, in der Zukunft annehmen wird.

Während der Wahlphase wurden noch weitere Eingriffe des Staates gegen das kurdische nationale Erwachen und gemäß der Isolierungspolitik gegen die PKK unternommen. Staatspräsident Özal erklärte zwei Tage vor den Wahlen, daß er persönlich das "Kurdenproblem" lösen werde und daß dies seine letzte Aufgabe innerhalb seiner Zeit als Staatspräsident sein werde. Mit dieser Erklärung versuchte er einerseits, Stimmen der KurdInnen für die ANAP zu gewinnen, und andererseits war sie ein Aufruf an die KurdInnen, die PKK nicht zu unterstützen. Dagegen erklärte einen Tag später der Chef des Generalstabes,

General Dogan Güres, daß die Armee es nicht zulassen werde, daß die einheitliche Struktur des Staates zerstört werde und drohte anschließend, die Separatisten (gemeint ist die PKK) zu vernichten.

Aber dies alles, vor allem die Drohung der Armee, konnte nicht verhindern, daß die HEP gewählt wurde.

Hier muß an folgendes erinnert werden: Nicht alle HEP-Abgeordneten sind einer Meinung. Unter ihnen gibt es sowohl solche, die eine Lösung des Kurdenproblems auf radikalem Wege befürworten, als auch solche, die sich mit einigen nationalen Rechten begnügen wollen. Man darf nicht erwarten, daß diese Abgeordneten zu jedem Thema die gleiche Haltung an den Tag legen. Aber trotz der Meinungsunterschiede unter ihnen werden die HEP Abgeordneten im Parlament mit Sicherheit eine wirksame Stimme gegen die Unterdrückungspolitik gegen das kurdische Volk sein.

Aufgrund dieser Besonderheiten werden die HEP Abgeordneten, wenn sich eine SHP-DYP Koalition herauskristallisiert, ein Problem sein. Denn wie unten noch genauer aufgezeigt, gibt es bei der Herangehensweise der DYP an die kurdische Frage an keinem Punkt Parallelen mit der HEP.

Der DYP Führer Demirel, der bei einer zu erwartenden Koalitionsregierung der Ministerpräsident der Regierung sein wird, ist ein fanatischer Vertreter des Einheitsstaates und ein loyaler Vertreter der klassischen Kurdistanpolitik der türkischen Republik. Vor allem in dieser Phase, wo sehr deutlich wird, daß die PKK in Kurdistan eine politische und eine Massenkraft geworden ist, ist es wahrscheinlich, daß Demirel die Politik fortführt, die er von vorherigen Regierungen übernimmt.

Auf den Angriff der PKK auf Polizeistationen und Dörfer an der Grenze zum Irak mit einer Truppe von 500 bis 600 GuerillakämpferInnen, 3 Tage nach den Wahlen hin, erklärte Demirel, der die anschließende Operation der Armee in den Irak hinein unterstützte, daß man notfalls sogar bis Bagdad vorrücken müßte, um die PKK zu vernichten.

Es ist bekannt, daß Demirel, der mit großer Wahrscheinlichkeit den Staat regieren wird, von der Notwendigkeit gesprochen hat, zum Thema Kurdistan eine neue Politik zu entwickeln. Betrachtet man Demirels Erklärungen, wird klar, daß diese Erneuerung nichts anderes ist, als die Taktik, das Volk von der Guerilla zu entfernen, und, indem man die Guerilla isoliert, das Volk zu gewinnen. Eigentlich ist dies auch die Taktik, die Özal zu praktizieren versuchte, die aber durch die Eingriffe der Armee, der Konter-Guerilla und der Spezialteams verwässert wurde. Aus dieser Hinsicht gibt es bei der Politik, die

Die Möglichkeit ist ziemlich gering, daß eine Taktik, die von Özal konsequent durchgeführt wurde, aber keine positiven Ergebnisse erzielte, plötzlich erfolgreich ist, nur weil sie nun von Demirel angewendet wird.

Bedenkt man außerdem, daß Demirel's Schicksal auch ein wenig von der Lösung dieses Problems abhängt, kann man voraussagen, daß der DYP-Führer eine noch härtere Linie fahren wird, um die kurdische Frage zu lösen und die PKK zu beseitigen. Nach der Erklärung von Demirel, daß die PKK in ihrem Lager in Bekaa an der Grenze von Syrien zum Libanon geschlagen werden könne, kann man vermuten, daß Demirel die Lösung des Problems noch mutiger angehen wird.

Eine wichtige Seite des Planes, den kurdischen nationalen Widerstand in die Zange zu nehmen, ist die, auf dem "Sicherheitsstreifen" an der türkisch-irakischen Grenze, und wenn es für notwendig gehalten wird, auch an anderen Stellen im Grenzgebiet die irakischen kurdischen Organisationen anzusiedeln und die Kontrolle Barzani und Talabani zu überlassen. Die engen Beziehungen zwischen dem türkischen Staat und den irakischen kurdischen Organisationen, die humanitäre und andere Hilfe, die der türkische Staat den von Saddam unterdrückten KurdInnen entgegengebracht hat, haben diese (trotz der Bombardements) in eine nahezu unterwürfige Haltung gegenüber dem türkischen Staat gebracht. Der türkische Staat hetzt die irakischen kurdischen Organisationen gegen die PKK auf, indem er militärischen und politischen Druck auf sie ausübt und ihre schwachen Seiten ausnutzt. Es ist möglich, daß diese Politik erfolgreich sein wird. Die Pläne, die kurdische Bewegung wirkungslos zu machen, erfordern auch ihre Durchführung innerhalb des Iraks.

Jedoch fällt bei diesen Plänen auf, daß der Fehler einer kurzfristigen Rechnung gemacht wird: JournalistInnen, die Kurdistan aus der Nähe beobachten, berichten, daß die Zahl derjenigen, die tagsüber Bauern und nachts Guerilla sind, ziemlich groß geworden ist. Das heißt, die kurdischen GuerillakämpferInnen befinden sich nicht nur außerhalb der Türkei, sie stehen auch innerhalb der Grenzen der Türkei selbst. Es ist möglich, einige Lager der PKK außerhalb der Türkei auszumachen, die Gegend mit Bomben, einschließlich Napalm, dem Erdboden gleichzumachen. Jedoch wie es möglich sein soll, die Lager, die sich in der Türkei befinden und nicht lokalisiert werden können, zu bombardieren, bleibt offen.

Obwohl der kurdische nationale

Widerstand eine Massenunterstützung und Stellungsvorteile besitzt, sieht die neue Phase, in die man in der Türkei nach dem 20. Oktober eintritt, so aus, als sei sie für diese Bewegung voller Chancen. Es scheint so, daß die Politik, den kurdischen nationalen Kampf in die Zange zu nehmen, in noch stärkerer Form als früher durchgeführt wird.

Von ziemlich großer Bedeutung ist, daß man die Beerdigungsfeier am 25.10.91, in Kayseri, für die bei der PKK Aktion getöteten türkischen Soldaten mit einer großen Menschenmenge beging und sie in der Form einer Kundgebung gegen die PKK inszenierte. Außerdem fiel auf, daß die Zeitungen diese Feierlichkeiten mit ganzseitigen Bildern den LeserInnen übermittelten. Einige Parteien und große Zeitungen versuchten, indem sie offen den türkischen Nationalismus anstachelten, die Vorfälle als Ausdruck einer türkisch-kurdischen Feindschaft zu zeigen. Diese Aktivitäten bezwecken gleichzeitig, die neu zu gründende Regierung zu beeinflussen.

Zweifellos werden die KurdInnen gegen diesen vielschichtigen Plan, den kurdischen nationalen Widerstand zu vernichten, nicht stumm und untätig bleiben.

Auch die Freunde des kurdischen Volkes werden zweifellos in dieser Phase nicht untätig bleiben.

Die Wirksamkeit dessen ist jedoch von der Koordinierung der Aktivitäten abhängig, von der Entwicklung der Einheit des Kampfes des türkischen und kurdischen Volkes und vom Aufbau einer internationalistischen Solidarität.

Was zur Zeit fehlt ist folgendes: Die kurdische Frage ist nicht mehr das

interne Problem des türkischen Staates: es wurde sowohl ein Problem der gesamten Region als auch ein internationales Problem. Man ist in eine Phase gelangt, in der man wachsam gegenüber denjenigen sein muß, die versuchen - mit der Initiative einiger Vereine, die auf internationalen Plattformen und vor allem auf einigen Plattformen in Europa - mit bestellten Konferenzen auftreten um Pluspunkte zu sammeln, mit denen das kurdische Problem in den Labyrinthen der internationalen Diplomatie gelöst werden soll. Gegen den Versuch des türkischen Staates, den

kurdischen nationalen Widerstand in die Zange zu nehmen und zu erwürgen, ist es nötig, daß die wirklichen InternationalistInnen politische Aktivitäten organisieren, die dann ebenfalls internationale Plattformen beeinflussen werden.

Solange dies nicht getan wird, bedeutet dies, die Augen vor dem Versuch des türkischen Staates, den kurdischen Widerstand zu ersticken, zu verschließen, und kommt dem gleich, sich nicht mit dem Kampf und den berechtigten Forderungen des kurdischen Volkes zu solidarisieren.

★

SPENDENAUF RUF

für die freigelassenen politischen Gefangenen

Nachdem im April dieses Jahres das "Gesetz zur Bekämpfung des Terrors", und daran angehängt das "Gesetz zur bedingten Freilassung", als demokratisches Aushängeschild für den Westen erlassen wurden, sind in der Türkei neben den meisten sozialen Gefangenen zunächst die nach den §§ 141, 142 und 163 TStGB verurteilten und angeklagten politischen Gefangenen entlassen worden. Mit ihnen kamen auch die wegen vielfachen Mordes und Massakern nach normalen Strafrechtsparagrafen verurteilten Faschisten frei. Erst das Verfassungsgericht hob dann Mitte Juli einige Paragrafen des "Anti-Terror-Gesetzes", die dem Gleichheitsgrundsatz (zwischen Linken und Rechten) widersprachen, auf. Nach dieser Entscheidung wurden die meisten der mehr als 1000 revolutionären Gefangenen der Organisationen Devrimci Yol, Devrimci Sol, TBKP, TKP-ML, TIKP Kurtulus, Halkin Kurtulusu, Devrimci Savas, Acilciler aus dem Gefängnis entlassen. (Nicht die nach § 125, Separatismus, angeklagten kurdischen Gefangenen!) Viele von ihnen sind schwerkrank: Magengeschwüre, Nieren- und Leberkrankheiten, TBC und nichtfrüh genug erkannter Krebs sind die häufigsten Folgekrankheiten. Nur die wenigsten von ihnen stammen aus Familien, die so wohlhabend sind, daß sie die Arztrechnungen bezahlen könnten. Diejenigen, die gesundheitlich in der Lage sind, zu arbeiten, haben oftmals keinen Beruf, da sie schon als junge Menschen, als StudentInnen, eingesperrt wurden. Hinzu kommt, daß sie durch Zivilpolizei ständig bespitzelt und verfolgt werden. Potentielle Arbeitgeber werden dadurch indirekt, oft auch durch direkte Beeinflussung, von einer Einstellung abgehalten.

Wir rufen deshalb dazu auf, für die entlassenen politischen Gefangenen zu spenden.

Kontonummer: S. Hasselbring Stichwort: Politische Gefangene
Kto. Nr: 230892402 / BLZ: 251 901 01
Lindener Volksbank Hannover

IMPRESSUM:

Hrsg.:
Türkei Informationsbüro
c/o. S. Hasselbring
Postfach 910843
D- 3000 Hannover 91

+
Anschrift:
Türkei Informatinsbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91
Telefon: 0511 / 33 21 44
Telefax: 0511 / 31 86 52

+
Erscheinungsweise:
2 monatlich
+
Namentlich gekennzeichnete
Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der
Redaktion wieder!

ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

Name:.....

Anschrift:.....

KOPIEREN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91

ABO-GELD ÜBERWEISEN:

Postgiroamt Hannover
Ktn.: 569725 - 304 BLZ: 250 100 30

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
Jahresabopreis DM 25.-, Förderabo: Ab DM 30,-

Die wichtigsten Parteien und ihre Wahlergebnisse

Die folgende Zusammenstellung soll einen Überblick über die wichtigsten Parteien geben, die sich zur Wahl gestellt hatten, die ANAP, SHP und DYP, sowie kurz auch DSP, RP und MCP. Diese Wahlen spielen in einem wie der Türkei, wo das Parlament - mehr als anderswo - nur eine demokratische Fassade darstellt, die wirkliche Macht aber in den Händen des Staatspräsidenten und der Militärs liegt, kaum eine Rolle. Die Wahlen waren jedoch ein Gradmesser dafür, in welchem Maß die Bevölkerung die repressive, korrupte Politik Staatspräsident Özals und seiner ANAP ablehnt und welchen parlamentarischen (Schein-)Alternativen die Bevölkerung den Vorzug gibt. Daß es sich dabei um Scheinalternativen handelt, (in dem bestehenden System kann keine Partei, auch wenn, sie es wollte, die Massenverelendung und repressive Politik verändern), zeigen unter anderem auch die Wahlaussagen dieser Parteien, ihre wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen. Es handelt sich bei der Zusammenstellung nicht um eine Analyse der Parteien und ihrer Programme, sondern in der Hauptsache um eine Wiedergabe der Zielvorstellungen, die die Parteiführer selbst äußerten (erschieden in Milliyet vom 21.9. bis 27.9.91). Es soll damit eine Orientierungshilfe gegeben werden, mit welchen Zielvorstellungen die neue Regierung und Opposition versuchen werden, die Türkei zu regieren.

ANAP (Mutterlandspartei)



"Niemand kann mich zur Rechenschaft ziehen. Allein Allah werde ich am Tag des jüngsten Gerichts Rechenschaft ablegen." Diese Worte des nach der Verfassung "neutralen" Staatspräsidenten Özal, der massiv Wahlpropaganda für seine Partei, die ANAP betrieb, zeigen sehr deutlich das Demokratie-

verständnis der Partei.

Die bisherige Regierungspartei ANAP, 1983 gegründet, als eine der ersten nach dem Putsch, stellte eine Vereinigung aus Mitgliedern verschiedener Vorputschparteien (rechtskonservative, islamisch fundamentalistisch, faschistisch, kemalistisch) dar. Dies spiegelt sich auch in den Flügeln der Partei wieder. Die ANAP, deren Gründer Turgut Özal, der "Vater" der neoliberalen, vom IWF diktierten Stabilitätsgesetze vom 24.1.80 ist, führte die nach dem Putsch geschaffene politische und wirtschaftliche Struktur der Militärs fort. Mit der Einsetzung des "liberalen" Ministerpräsidenten Mesut Yılmaz im Juni 91 wurde der islamisch fundamentalistische Flügel der Partei sowohl innerhalb der Regierung als auch in den führenden Positionen der Verwaltung zurückgedrängt und durch "liberale" Kräfte ersetzt. (Im Bereich der Sicherheitskräfte ersetzte man den religiösen Flügel vielfach durch faschistische Kräfte, ehemalige MHP'ler).

Zu den Wahlen ließ die ANAP ein wahres Versprechensbombardement auf die Bevölkerung regnen, nicht zuletzt deshalb, weil das Ansehen der ANAP nach 8 Jahren Regierungszeit praktisch auf dem Nullpunkt war. Für sämtliche gesellschaftliche Schichten, Bereiche, Berufsgruppen hielt man ein Bonbonparat, wenn die Versprechungen auch noch so widersprüchlich waren.

Wirtschaftliches Entwicklungsprogramm der ANAP

Die ANAP vertritt die freie Marktwirtschaft und freie Konkurrenz, d.h. die neoliberale Wirtschaftspolitik wird weiterverfolgt. Konkret wurden genannt: weitere Privatisierung, z.B. von Wäldern, Banken, der Rückzug des Staates aus allen Bereichen der Wirtschaft und des Dienstleistungssektors, sowie Exportsteigerung. Gleichzeitig versprach man, widersprüchlich dazu, eine Stärkung der Mittelschichten, Investitionshilfen und Subventionen, Preiskontrollen, Senkung der Arbeitslosigkeit. Die konkreten wirtschaftlichen Ziele bei einem Wahlsieg sollen lt. Mesut Yılmaz folgende sein: 1. die Senkung der Inflation bis 1996 auf 10%, 2. die Einrichtung der freien Marktordnung vervollständigen, 3. die Wachstumsgeschwindigkeit auf 7-8% steigern, 4. die Türkei zu einem für in- und

ausländische Investoren überaus reizvollen Land zu machen, 5. nach dem Jahr 2000 beim Export eine Wachstumsgeschwindigkeit von 15% zu erzielen.

Zum Thema der Inflation erklärte Mesut Yılmaz, deren Ursachen lägen größtenteils in den öffentlichen Finanzierungsdefiziten. Daß die Inflation bisher noch nicht gesenkt worden sei, liege zum Teil an den hohen infrastrukturellen Investitionen, die man bisher getätigt habe und die die öffentlichen Ausgaben belasteten. Im Kampf gegen die Inflation werde man die Wachstumsgeschwindigkeit der öffentlichen Ausgaben verringern und langfristig die öffentlichen Einnahmen steigern. Dies geschehe zum einen durch verstärkte Privatisierung, zum anderen durch die bald zu erwartende Fertigstellung von Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen und Energieversorgung. Außerdem müßten durch eine gerechtere Steuerordnung die Steuereinnahmen erhöht werden. Was die Einkommensverteilung angehe, könne man nicht davon sprechen, wie vielfach behauptet, daß man an einem Extrempunkt angelangt sei. Die verschiedenen Untersuchungen, die dies belegen, seien mit unterschiedlichen Methoden durchgeführt worden und deshalb unzutreffend. Ganz im Gegenteil gehe die Tendenz in Richtung einer gerechteren Einkommensverteilung. Durch die Freiheit im Außenhandel habe sich die Türkei nach 1980 zu einer Konsumgesellschaft entwickelt. 95% aller Haushalte besäßen einen Kühlschrank, 55% eine Waschmaschine, 58% einen Farbfernseher. Dadurch seien aber auch neben den Wünschen, den Bedürfnissen und den Erwartungen der Bevölkerung auch die Unersättlichkeit gestiegen. Aber um mehr konsumieren zu können, müsse man auch mehr produzieren, d.h. mehr arbeiten und sparen.

Die Politik der ANAP bezüglich türkisch Kurdistan ist aus vielen Artikeln der Türkei Information zu ersehen.

SHP (Sozialdemokratische Volkspartei)

Die Sozialdemokratie ist in der Türkei in zwei Parteien gespalten, die DSP (Partei der demokratischen Lin-

ken) unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit und die 1985 entstandenen SHP unter Erdal İnönü. Ecevit warf der SHP im Wahlkampf die Zusammenarbeit mit "Separatisten" vor. Der Grund dafür liegt in der Zusammenarbeit der SHP mit Teilen der kurdischen HEP (Partei der Arbeit des Volkes), die aus formalen Gründen nicht zur Wahl zugelassen worden war und die sich in Kurdistan breitester Unterstützung, auch aus PKK-Kreisen erfreut. Nachdem die SHP 1989 kurdische Abgeordnete wegen Teilnahme an einer internationalen Kurdenkonferenz in Paris aus der Partei ausgeschlossen hatte, hat sie nun führende kurdische Oppositionelle aus den Reihen der HEP auf den besten Listenplätzen in Türkei-Kurdistan platziert. (Diese Kandidatur hat in der HEP sehr kontroverse Diskussionen ausgelöst.) Gleichzeitig koalierte die SHP im Wahlkampf mit der SBP (Sozialistische Einheitspartei).



Neben den üblichen wirtschaftlichen Versprechungen wie Senkung der Inflation, Steuerreform versprach die SHP im Wahlkampf in der Hauptsache eine Demokratisierung u. a. durch Verfassungsänderungen, und durch Aufhebung der Repressionen gegen die kurdische Sprache und Aufhebung des Ausnahmezustandes in Kurdistan. Viele Stimmen hat sicher auch das Versprechen gebracht, die ANAP, Özal und seine Verwandten für ihre Veruntreuungen von öffentlichen Geldern zur Rechenschaft zu ziehen. Im einzelnen stellte İnönü die Ziele seiner Partei so dar:

Wirtschaftliche Vorstellungen der SHP

Zur Bekämpfung der unter der ANAP stark angewachsenen Inflation müssten die öffentlichen Ausgaben vollständig überprüft werden. Sämtliche Ausgaben werde man aus einer Kasse bestreiten, dies sei ein wichtiger Teil des Zieles eines "ausgeglichene Budgets". Die Einkommens- und Steuerpolitik, die nach 1980 zu einem Teil des Ankerbelungssystems gemacht wurde, werde man wieder in die Form eines Mittels der Finanzpolitik bringen. Des weiteren werde man die verschwenderischen und unnötigen öffentlichen Ausgaben einstellen

und die verantwortlichen dafür zur Rechenschaft ziehen.

Die Einkommensverteilung müsse auf eine gerechtere Grundlage gestellt werden, man müsse eine Finanz- und Wirtschaftspolitik schaffen, die einen Schwerpunkt bei der Einkommensverteilung auf die Arbeitenden legt. Die Wirtschaft müsse stabilisiert und ein Schwerpunkt auf Industrialisierung (neue Technologien wie Elektronik, Gentechnologie) gelegt werden. Die antidemokratischen und repressiven gesetzlichen Regelungen im Arbeitsleben nach 1980 werde man aufheben und auf ILO (International Labour Organization) Standard bringen. Sämtliche Hindernisse für eine gewerkschaftliche Organisation im öffentlichen Sektor werde man aufheben, das Politikverbot für Gewerkschaften werde aufgehoben, die soziale Sicherheit werde ausgebaut, die Besteuerung werde bei Mindestlohneempfängern aufgehoben und bei niedrigen Einkommen verändert. Bisher unbesteuerter Einkommensarten werden in Zukunft versteuert. Die Landwirtschaft werde man subventionieren, die Kredite der Bauern löschen. Des weiteren werde man den Bereich der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Erziehung erweitern.

Innenpolitische Vorstellungen der SHP

Nach İnönü bestehe in der Türkei die Notwendigkeit einer neuen Verfassung, da die 82'er Verfassung nicht für ein demokratisches Leben geeignet sei. Die neue Verfassung müsse in der Gesellschaft breit diskutiert werden. Die Auffassung der SHP von einer neuen Verfassung beende die Auffassung des Staates als Repressionsmittel, stelle das Individuum in den Vordergrund, und baue auf die Grundlagen der Menschenrechte und Freiheiten auf. Sie bezwecke, die Tendenz der Herrschaft der Exekutive über die Legislative aufzuheben. Sämtliche undemokratischen Regelungen werden aufgehoben usw.

Vorstellungen der SHP zum Thema Kurdistan

Man wolle dieses Thema in demokratischer Weise lösen. Die Politik, die man mit der HEP durchführe, versuche vorzubeugen, daß dieses Thema polarisiert werde, daß Menschen aufgrund ihrer ethnischen Abstammung gesondert behandelt werden. Die SHP werde dieses wichtigste Problem der Türkei mit großer Verantwortung und ohne Spekulation auf Wählerstimmen zu lösen versuchen. Als Partei, die die Republik und die nationale Einheit bewahre, habe es sich die SHP als Pflicht auferlegt, diese (die Republik) zu schützen. Der eigentliche Separatismus werde von denen betrieben,

die die gesamte Bevölkerung der Region als separatistisch bezeichneten. Man habe für die Region ein "Demokratiepaket" und "wirtschaftliches und soziales Paket" vorgesehen. Zum einen werde man völlige Demokratie in die Region bringen, man werde den Ausnahmezustand aufheben, das Milizsystem beenden, die Probleme mit zivilen und demokratischen Mitteln lösen und die Sprache, Traditionen, Folklore und Identität der Menschen schützen und die Möglichkeit zu deren Entwicklung geben. Zum anderen bereite man einen Entwicklungsplan für die Region vor. Jahrelang sei die Region vernachlässigt worden, deshalb werde eine Industrialisierung Probleme wie Arbeitslosigkeit, Gesundheitsversorgung und Ausbildung lösen.

DYP (Partei des Richtigen Weges)



Die DYP ist die Nachfolgepartei der nach dem Putsch verbotenen rechtskonservativen AP (Gerechtigkeitspartei) unter Süleyman Demirel, der vor 1980 in der Regierung der Nationalistischen Front als Ministerpräsident mit den islamischen Fundamentalisten und den Faschisten koalierte, und der hauptsächlich von Großgrundbesitzern unterstützt wurde. Demirel, der im Wahlkampf alle möglichen demokratischen und sozialen Reformen versprach, ist außerdem dafür bekannt, daß er während seiner Regierungszeit vor 1980 dem faschistischen Terror gegen die Linke freie Hand ließ, und daß er sich, wie jetzt Özal, an seiner Regierungstätigkeit persönlich bereicherte. Bei den vielfältigen Wahlversprechungen hob Demirel sich gegenüber den anderen Parteien dadurch hervor, daß er "jedem Haushalt zwei Schlüssel", den zu einer eigenen Wohnung und den zu einem eigenen Auto versprach. Die Vorstellungen der DYP im einzelnen:

Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DYP

Demirel erklärte, man werde die Inflation auf eine einstellige Zahl senken. Dazu müsse die Regierung für das Volk und für das Ausland glaubwürdig werden. Man müsse die offene Finanzierung der letzten

Jahre beenden, die Haushaltsdefizite schließen, indem alle Fonds aufgehoben werden, indem die Staatsausgaben geordnet werden. Die Produktion müsse gesteigert werden, die Auslandsschulden verkleinert. Wenn man die Inflation unter Kontrolle bringe, könne man auch die Einkommensverteilung verbessern. Demirel versprach im Wahlkampf, ohne sich in Details und Erklärungen zu verlieren, das übliche Repertoire wie neue Steuer-, Preis-, Lohn- und Subventionspolitik. Die wirtschaftliche Entwicklung stellt er sich durch Industrialisierung vor, man müsse innerhalb von 10 Jahren auf dem Weltmarkt konkurrieren können. Die Produktivität der Landwirtschaft müsse so gesteigert werden, daß statt bisher 55% nur noch 20% in der Landwirtschaft arbeiten. Für die Arbeitslosen müssten Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Man werde eine wirtschaftliche Atmosphäre schaffen, in der jeder der Besitzer einer Wohnung und eines Autos werden könne.

Innenpolitische Vorstellungen der DYP

Der wichtigste Punkt sei nach Demirel eine Verfassungs- und Staatsreform. Der Staat müsse zu einem wirklichen Rechtsstaat gemacht werden. Man sei gegen ein Präsidialsystem, der Staatspräsident müsse vom Volk gewählt werden, es müsse eine Demokratisierung stattfinden. Auch zu diesem Thema blieb Demirel in seinen Wahlkampfaußagen wesentlich allgemeiner als die anderen Parteien.

Vorstellungen der DYP zum Thema Kurdistan

Das eigentliche Problem sei ein Mangel an politischer Macht des Staates. Die bisherige Regierung habe das Thema zu leicht genommen. Man habe eine Räuberbewegung, die den Willen und die Kraft des Staates bedrohe, soweit kommen lassen, daß sie vom Volk geschützt werde. Man müsse die, die Blut vergießen, unschädlich machen, einen anderen Ausweg gebe es nicht. Dies sei nicht durch eine Einigung mit den Räubern möglich, mit einer Bewegung, die die Unfeilbarkeit des Landes zerstöre. Man müsse sie bekämpfen.

Der türkische Staat sei nicht nach dem Rassengrundsatz aufgebaut, es gebe viele ethnische Ursprünge. Diese hätten in der Vergangenheit und in der Zukunft ein gemeinsames Schicksal. Zwar hätten die Mitglieder der türkischen Rasse den Staat gegründet, dies heiße aber nicht, daß die anderen Bürger zweiter Klasse seien. Die Menschen, die aus den verschiedenen Rassen kämen, hätten die türkische Staatsbürgerschaft gemeinsam, sie seien gleich. Die wichtigste Besonderheit sei der Vertrag von Lausanne, der eine Unter-

scheidung innerhalb der muslimischen Bevölkerung ablehne. Wer in der Türkei kein Muslim sei, sei deswegen trotzdem türkischer Staatsbürger und besitze Minderheitenrechte. Man müsse der Bevölkerung klar machen, daß jeder die gleichen Rechte habe, ohne Unterscheidung des Geburtsorts oder der ethnischen Gruppe. Dies sei wichtiger als Waffen. Das Südostproblem müsse gelöst werden, indem alle Staatsorgane zusammenarbeiteten und indem man innerhalb der Gesetze bleibe. Die Zivilbevölkerung müsse, indem man sie dem Staat gegenüber freundlich stimme, überzeugt werden, daß so eine Sache niemandem nütze. Man müsse die Abschreckungskraft des Staates benutzen und verhindern, daß diese Bewegung eine Basis finde. Wo sie eine Basis gefunden habe, müsse man diese in einen unwirksamen Zustand bringen. Was fehle, sei die politische Direktive. Diese sei, unter der Bedingung, daß sie innerhalb der gesetzlichen Grenzen bleibe, eine Direktive, die sämtliche Vorkehrungen und Instruktionen einschließe.

DSP (Partei der demokratischen Linken)

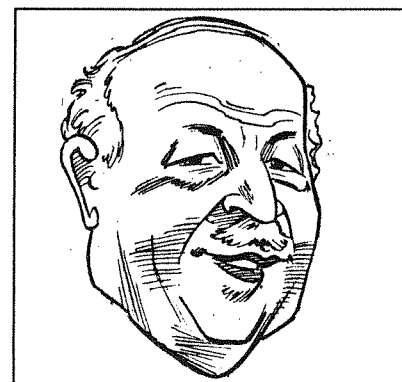


Die DSP, neben der SHP die kleinere sozialdemokratische Partei der Türkei, entstand 1985. Ihr Parteiführer, Bülent Ecevit, war vor dem Putsch Führer der kemalistischen CHP (Republ. Volkspartei) und in den Jahren 1974 und 1978/79 Ministerpräsident, 1974 in Koalition mit der islamischen MSP. Ecevit, dessen Partei weit weniger einflußreich ist, als İnönüs SHP, ist in den vergangenen Jahren nach rechts gerückt. Vor allem was die kurdische Frage angeht führt er die national-chauvinistische Politik der CHP fort. Seinen Wahlkampf führte er mit eben dieser nationalistischen Ideologie. Er versprach sogar eine neue Form der militärischen Bekämpfung der kurdischen Guerilla. Es sei falsch, die mangelnd ausgebildeten Dorfmilizen gegen die gut ausgebildeten PKK-Kämpfer loszuschicken. Ebenfalls sei es falsch, die Streitkräfte einzusetzen. Man müsse eine eigene, sehr gut ausgebildete Sicherheitsgruppe schaffen, die mit der örtlichen Bevölkerung ein enges Verhältnis aufbaue. Die Spezial-

teams seien ein Schritt in die richtige Richtung. Ecevit sehe das Problem Südosten nicht als ethnisches Problem an, sondern als ökonomisches und soziales Problem, das aus den halbfeudalen Strukturen und der Vernachlässigung der Region entstanden sei. Mit einer Bodenreform und einem landwirtschaftlichen Ausbildungsprogramm könne dem abgeholfen werden.

Im wirtschaftlichen und innenpolitischen Bereich versprach Ecevit eine neue Verfassung, demokratische Reformen, und eine gerechtere Einkommensverteilung durch Wiederherstellung der Arbeiterrechte. Auf dem Lande solle durch Bildung von Kooperativen und durch die Zusammenfassung mehrerer Dörfer zu "Dorfstädten" die Infrastruktur entwickelt und die wirtschaftliche Lage verbessert werden.

RP (Wohlstandspartei)

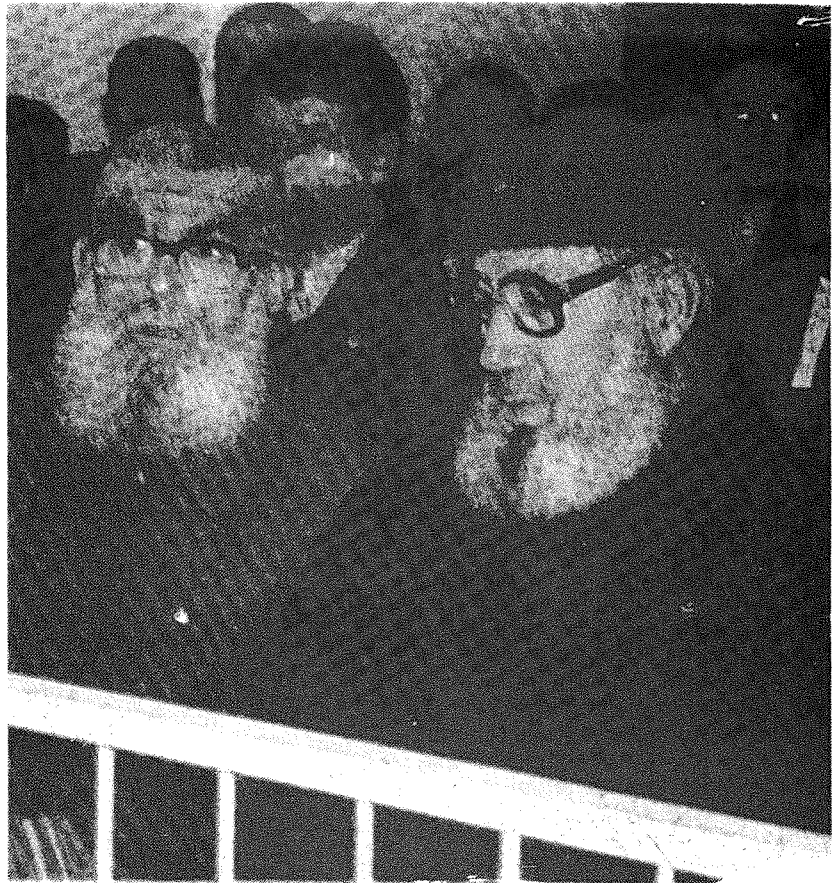


Die RP sieht sich als Nachfolgeorganisation der islamisch fundamentalistischen MSP (Nationale Heilspartei) und zielt auf ein islamisches Gesellschaftsmodell. Vor 1980 schloß die MSP mehrere Koalitionen (74 mit Ecevit, Ende der 70'er Jahre in der Nationalen Front mit den Türkfascisten, der MHP, und der Demirel'schen Gerechtigkeitspartei AP). Für diese Wahlen koalitierte der Parteiführer Erbakan, um die Zehnprozentklausel überspringen zu können mit zwei anderen Parteien, der ebenfalls islamisch-fundamentalistischen IDP (Reformpartei der Demokratie) und der faschistischen MCP (Nationale Arbeitspartei) unter Türkes. Letzteres hatte einen negativen Einfluß auf das islamische Wählerpotential der Partei in den kurdischen Gebieten, da die Faschisten in besonderem Maße den türkischen Chauvinismus vertreten und innerhalb der Sicherheitskräfte besonders grausam gegen die kurdische Bevölkerung vorgehen. Erbakan selbst vertrat in seiner Wahlpropaganda die Brüderlichkeit zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und forderte die Aufhebung jeglicher Unterdrückung in der Region sowie deren wirtschaftliche Entwicklung. Mit einer "gerechten Ordnung" könnten die dortigen Probleme gelöst werden.

Schuld an der Misere sei der westliche Imperialismus, der die Bevölkerung gegeneinander aufhetze, sowie diejenigen, die den Westen nachahmten.

Bei den innenpolitischen Vorstellungen der Partei stellte Erbakan deren Weltanschauung der "Überlegenheit des Rechts" heraus, die gegen die momentane "Überlegenheit der Stärke" durchgesetzt werden müsse. Die kapitalistische und die kommunistische Weltanschauung hätten versagt, nun sei die "gerechte Ordnung" der RP an der Reihe.

Die wirtschaftlichen Probleme der Türkei könnten durch keine Partei außer der RP gelöst werden, da alle Parteien für das Zinssystem sind (im Islam ist es verboten, Zinsen zu nehmen, man nennt das dann eben Gewinn; TI) und unter der Steuerung des IWF seien. In der "gerechten Wirtschaftsordnung" der RP werde das Zinssystem aufgehoben und dafür ein Gewinn-Verlust System eingeführt, dessen Einsparungen in Investitionen überführt werden könnten. Erbakan vertrat die bekannten islamischen Positionen und sprach sich in Bezug auf die Entwicklung des Landes gegen eine engere Verbindung oder gar Beitritt zur EG aus, sowie für die engere Zusammenarbeit mit muslimischen Ländern.



''OPERATION OHNE PANZER UND GESCHÜTZE''

Wie islamische Organisationen vom Staat aufgebaut wurden

Die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen vom 20. Oktober haben in der Türkei und in der europäischen Öffentlichkeit zu Diskussionen und Einschätzungen in unterschiedlichem Ausmaß geführt. Das Thema, das, sei es in Einschätzungen verschiedener Kreise in der Türkei, sei es in den europäischen Ländern in gleicher Weise Beachtung fand, ist das gute Abschneiden der RP (Wohlstandspartei) bei den Wahlen.

So sehr der Erfolg der RP Aufsehen erregte, zu so unterschiedlichen Bewertungen führte er. Diejenigen jedoch, die in sämtlichen europäischen Ländern und natürlich auch in Deutschland dieses Thema kommentierten, bemühten sich, den Erfolg der RP besonders zu betonen und ihre Besorgnis über die Belebung einer radikalen islamischen Bewegung in der Türkei auszudrücken.

Die Diskussionen um die "Gefahr der Scharia", die islamische Belebung usw., die in der Öffentlichkeit eine Zeitlang in den Hintergrund getreten waren, wurden für die Türkei mit den wirksamen und ziemlich teuren Aktivitäten der RP während

der Wahlkampagne und den am Ende erreichten 17% wieder aktuell. Im Rahmen dieser Diskussionen ließen besonders die kostspieligen Aktivitäten der islamischen Fraktion, und die Stimmabgabe an den Grenzen die Organisation und die Aktivitäten der RP und der islamischen Kräfte in Europa von neuem aktuell werden. Denn beinahe alle Kommentatoren betonten, daß die Kosten der Wahlkampagne der RP von den Unterstützern im Ausland, besonders von den Organisationen in Europa, finanziert wurden. Besonders die organisierte große Beteiligung der Emigranten bei der Stimmabgabe an den Grenzen, obwohl diese eine teure Selbstbeteiligung bedeutete, war ein Faktor, der diese Einschätzung verstärkte. Wie bekannt entfielen von den bei den Wahlen vom 20. Oktober an den Grenzen abgegebenen 45 192 gültigen Stimmen, 17 468 auf die RP, die damit bei den "Grenzstimmen" die stärkste Partei wurde.

Die durch die Wahlergebnisse wieder an Bedeutung gewinnenden Diskussionen um eine "islamische

Belebung" und eine "radikale islamische Bedrohung" haben den Blick wieder auf die islamischen Organisationen im Ausland und speziell in Europa gelenkt. Jedoch wird das Problem nur im Rahmen der RP bewertet. Das ist eine unzureichende und eingeschränkte Herangehensweise. Sowohl in der Türkei als auch in Europa besaß der Islam jenseits seiner eigenen unabhängigen Existenz immer eine wichtige Funktion in der Politik des Staates. Während der Staat einerseits im Namen eines laizistischen Kemalismus zu politischen Strömungen des Islam Abstand zu halten schien, versuchte er andererseits auf ideologisch-politischen Ebenen den Islam zu kontrollieren, zu lenken und ihn in Richtung seiner eigenen offiziellen Politik zu organisieren und benutzen. Aus diesem Grund ist es irreführend, die islamische Organisation in Europa, wie es einige Kreise offenbar tun, als dem türkischen Staat insgesamt entgegengesetzte und davon unabhängige Kraft und Entwicklung zu bewerten. Wie sehr sich auch die islamischen

GESPRÄCH MIT ABDULLAH ÖCALAN

„Die, die nach Kurdistan reisen wollen, müssen sich von uns die Erlaubnis holen“

Die Zeitschrift 2000'e Dogru sprach am 3. September 1991 mit dem PKK-Führer Abdullah Öcalan (Apo).

– Seit den letzten 3 Monaten hat sich die Politik des Staates zum Thema Kurden geändert. Wie bewerten Sie diese Veränderung? Was wird Ihre Antwort darauf sein?

– Wir erleben eine Veränderung: Özals Kurdenpolitik wendet sich der Methode der Verleugnung und des Terrors zu. Ich habe immer gesagt, daß Özal eine Person ist, die sich nach den Richtlinien des Spezialkrieges bewegt. Jetzt trifft das zu Tage. (Ministerpräsident; TI) Akbulut's Abtreten und die Einsetzung von Mesut Yilmaz wurde als angeblicher Sieg der Liberalen gegen die Konservativen gewertet. Meiner Meinung nach ist das eine Tarnung. Eine Schaufensterveränderung mit einem noch besseren Aussehen (...) wurde besonders für die westliche Öffentlichkeit als nützlich angesehen. Aber die eigentlichen ausführenden Organe sind die ehemaligen MHP'ler (MHP= Name der faschistischen Partei von Türke vor 1980), die an die Stelle des Polizeiflügels gesetzt wurden, der wiederum als religiös bezeichnet wird. Und bei der Ermordung von Vedat Aydin kann die Einsetzung dieser Teile eine Rolle gespielt haben. Sie begehen brutale Verbrechen. Soweit ich zuletzt gehört habe, lassen sie, in Nusaybin zum Beispiel, Leichen von patriotischen Landsleuten zurück, denen sie die Haut abgezogen haben, die Augen ausgestochen, die Ohren abgeschnitten, – mit so grausamen Methoden. So töten sie Bauern in großer Anzahl.

„DER TERROR WIRD VON OBEN GEPLANT“

Eigentlich ist das Signal, das sie damit geben wollen, klar: So verfahren wir mit Euch. Sie wollen diesen großen Strom des Volkes stoppen. Sie wollen ihn mit einer vollständigen Terrorpolitik stoppen. Und dies zielt darauf ab, den sich auf dem Land wie in der Stadt verstärkenden Befreiungskampf, sei es in Form des Volksaufstandes oder des Guerillakampfes, zu stoppen. Es geht mit Sicherheit von einem Zentrum aus. Es ist nicht die persönliche Tat einiger Polizisten. Es ist nicht die Tat der Spezialteams. Es wird von oben geplant. Man versucht, diese Taktik überall anzuwenden. Es ist auch nicht nur eine Einschüchterung,

nicht nur eine Drohung. Es ist ein Ergebnis der Erschöpfung (der Ausweglosigkeit des Staates; TI). Die ANAP ließ zusehends den Terror ansteigen.

„ES IST NICHT MÖGLICH, DIE BESTEHENDE REPUBLIK FORTZUFÜHREN“

Die ANAP machte angeblich Politik, in dem sie sich auf den "12. September" stützte. Was sie machte, waren, eher als Politik, aktuelle Taktiken. Aber in letzter Analyse gibt es meiner Meinung nach eine Politiklosigkeit in der Struktur der türkischen Republik. Man kennt die Sackgasse, in die sie in den siebziger Jahren geraten ist. In den 80'ern wollte man nur mit einem umfassenden "12. September" den Zusammenbruch, die Auflösung stoppen. In den 90'ern dagegen ist das nicht mehr möglich. Es ist nicht mehr möglich, die vorhandene Republik in diesem Zustand fortzuführen. Jetzt hat die Türkei noch nicht einmal die Identität der Kurden richtig anerkannt. Wie soll sie diese erzwungene Einheit fortführen! Wie sollen sie diese Einheit, die nicht einmal die Sowjets (mit ihrer Nationalitätenpolitik; TI) mit so starken Mitteln und so starker Politik halten konnten, mit solch einem verleugnenden und anti-demokratischen Staatsverständnis fortführen können! Wenn die türkische Republik sich auf demokratische Art erneuert, kann sie die Kurden in einem gewissen Sinne halten. Andernfalls gibt es ein Chaos und einen vollständigen Zusammenbruch. Einige Journalisten haben mich gefragt: Setzen Sie einen größeren Schwerpunkt auf die Methode politischer Verhandlung oder wollen Sie das Problem mit einer großen Revolution lösen. Ich habe gesagt, daß beides miteinander zusammenhängt. Wenn die türkische Republik sich für eine demokratische Lösung bereit hält, kann dies die Methode der politischen Verhandlung zur Folge haben. Und wir verschließen uns dem nicht, sagte ich. Wenn dies nicht der Fall ist, wenn ein politischer Lösungsweg ausgeschlossen wird, besonders eben, wenn die seit der Gründung der Republik bis zum heutigen Tag durchgeführte blinde Unterdrückungspolitik, die Knüppelpolitik, in

den 90'er Jahren fortgeführt wird, wird Kurdistan, daran besteht kein Zweifel, einer der in der heutigen Welt wenigen Revolutionsbrennpunkte sein. Und jetzt geht es beschleunigt auf dieses Ergebnis zu.

„LEIDER IST DIE TÜRKISCHE BOURGEOISIE NICHT BEREIT“

Es gefällt uns nicht, Blut zu vergießen. Politische Lösungswege sind auch Wege, die wir vorgesehen haben. Aber leider ist die türkische Bourgeoisie darauf nicht vorbereitet. Und indem sie ihre eigene blinde Politik und Gewalttätigkeit, besser gesagt ihre Politiklosigkeit, einem ganzen Volk (den Kurden; TI) auferlegt, mißhandelt sie auch das türkische Volk. Es verliert seine Kinder in großer Anzahl. Ich denke 5 bis 10 am Tag. Morgen sterben 50 bis 100. Auch von uns sterben sie, auch von ihnen. Sie werden ohne Sinn und Zweck sterben. D.h. meiner Meinung nach, sie werden für die blinden Profite einer Handvoll Monopolisten geopfert. Und das tut mir weh. Jeden Tag sterben die Söhne des Landes. Sie verheimlichen das. Und sie richten nicht einmal für einen einzigen ein Begräbnis aus. Früher pflegten sie eine Begräbniszeremonie (für gefallene Soldaten; TI) zu veranstalten. Jetzt gibt es das auch nicht mehr. Sie erzählen den Familien nicht, wie sie (die Soldaten; TI) gestorben sind.

„DIE FAMILIEN DER SOLDATEN SOLLEN SICH AN DAS ROTE KREUZ WENDEN“

– In Ihren Händen befinden sich 8 (gefangene; TI) türkische Soldaten. (Diese Soldaten wurden einen Tag vor den Wahlen freigelassen; TI) Was machen sie mit denen?

– Wir wollen diese wirklich freilassen. Wir wollen einem Menschen aus dem Volk nicht einmal das kleinste Haar krümmen. Die PKK möchte sie ihren Familien übergeben. Aber der Staat kümmert sich nicht um sie (um ihre Freilassung; TI). Wir haben bis jetzt viele Kriegsgefangene freigelassen. Es ist nicht unsere Politik, die Menschen des Volkes, die (einfachen; TI) Soldaten zum Ziel zu neh-

men. Die Familien dieser Soldaten sollen sich an das Rote Kreuz wenden. Sie sollen einen Beauftragten (für die Freilassungsverhandlungen; TI) einsetzen. Die PKK ist (dazu; TI) bereit. Aber wir haben keinen Verhandlungspartner. Es kann sein, daß diese Soldaten sterben. Wer soll dafür verantwortlich sein? Es ist notwendig, einen Weg zu finden. Sei es die UN, sei es die türkische Regierung. Wir suchen einen offiziellen, rechtlichen Verhandlungspartner. Was sie den Menschen des Volkes für einen großen Schaden zufügen! Das müssen sie jetzt sehen.

"WIR WERDEN DEN SCHWERPUNKT AUF DIE EINHEIT SETZEN"

Kurz, in der vor uns liegenden Phase wird der politische Lösungsweg sich von selbst aufzwingen. Das zukünftige Parlament wird sich damit, als einem großen Problem, beschäftigen. Ob es das tut oder nicht, wir sind nicht in der Lage darüber viel zu sagen. Und zu diesem Thema haben wir großes Selbstvertrauen. Unser Problem ist nicht das einer gewaltsamen Trennung. Wir werden



Spezialteams der Armee

sogar in vieler Hinsicht den Schwerpunkt auf eine Politik in Richtung Einheit setzen. Dies wird auf der Grundlage des gleichen, freien Volkswillens sein. Zu diesem Thema wiederhole ich nur meine Ansichten. Über die Einheit, über die Trennung können in Zukunft noch umfangreichere Gespräche geführt werden. Was ist der Vorteil für das türkische Volk? Was ist der Vorteil für das kurdische Volk? Was ist gegenseitige Achtung? Was ist Gleichheit? Was ist freier Wille? Mit diesen Themen wird man sich noch umfangreicher beschäftigen. Und ich denke, diese Tage sind nicht sehr weit.

Es reicht, daß sie sich selbst vertrauen und den Mut haben zu sprechen. Wenn sie etwas haben, worüber sie reden wollen, bitte, sie sollen kommen. Wir stellen auch keine Bedingungen oder dergleichen. Wir werden folgendes zeigen: Ihr könnt die Völker nicht gegeneinander ausspielen. In wessen Namen führt Du diese grobe, blinde Politik? In wessen Namen wird diese Politik betrieben, die auch für das türkische Volk nicht den geringsten Nutzen bringt? (...) Wenn sie nur ein bißchen Achtung vor dem vergessenen Blut der einfachen Soldaten haben, sollen sie kommen. Wenn sie behaupten, sie werden den Ursprung, die Wurzeln des kurdischen Volkes ausrotten, sollen sie so weitermachen. Sie sollen noch mehr Flugzeuge starten lassen, sie sollen noch mehr sagen, Bush habe grünes Licht gegeben. Sie sollen sagen, wir haben was weiß ich wieviele F 16.

"ES KÖNNEN NUNMEHR 10.000 MENSCHEN STERBEN"

Vor allem, wo man auf die Wahlen zugeht, bin ich der Überzeugung, daß man dies genau erklären muß. Das Volk sollte unbedingt das (wahre; TI) Gesicht der ANAP sehen. Was wollen sie immer von den Dorfbewohnern? Wir sind es, die den Krieg führen. Wenn ihre Kraft reicht, sollen sie zur Guerilla gehen. Zum Beispiel begeht das Volk eine Beerdigungsfeier – weichen Sinn hat es, einen Beerdigungszug anzugreifen? Das Volk muß das sehen und die entsprechenden Folgerungen ziehen. Sie dürfen sich auf keinen Fall den Parteien zuwenden, die den Spezialkrieg akzeptieren. Und auf Parteien dieser Art kann großes Unglück zukommen

Und wenn sie den Spezialkrieg noch mehr ausdehnen, werden wir den revolutionären Kampf mit aller Macht ausdehnen. Und wir haben uns darauf mit Sicherheit seit mindestens 4-5 Jahren ausgezeichnet vorbereitet. Wenn bis jetzt an die Tausend gestorben sind, werden da-

nach Zehntausend sterben. Und das innerhalb eines Jahres.

Man ist wirklich in einen wichtigen Wahlprozeß eingetreten. Und wie sehr man auch gewollt hätte, das PKK-Potential auszuschließen, so werden wir zeigen, daß dies nicht leicht sein wird. Wir werden wieder versuchen, uns innerhalb der für den Vorteil des Volkes am geeignetsten Wahlmöglichkeiten zu bewegen. Und ich glaube wiederum, daß die politischen Lösungswege (in der kurdischen Frage; TI) auch die Wahl des türkischen Volkes sein werden.

"SIND DIE ENTFÜHRTEN TOURISTEN?"

- Für die entführten Amerikaner werden ausgedehnte Operationen durchgeführt...

- Ich habe bei diesem Thema keine Befehlsgewalt. Wenn sie sie entführt worden sind, können es unsere Leute gewesen sein. Aber die Operationen bringen das Leben dieser Ausländer in Gefahr. Sie haben tausende von Soldaten zusammengezogen. Wenn sie sie (die Entführten; TI) wohlbehalten zurückwollen, sollen sie die Operationen stoppen.

Ab jetzt werden die, die nach Kurdistan fahren von uns die Erlaubnis holen (müssen; TI). In Kurdistan gibt es heute zwei Autoritäten: die Staatsautorität und unsere Autorität. So wie sie vom Staat die Erlaubnis einholen, müssen sie auch von uns eine Erlaubnis holen. Was weiß ich, ob sie die Wegweiser des Spezialkrieges sind. Sie sind Amerikaner. Und sie laufen in Diyarbakir, in Bingöl herum. Vielleicht sind es auch Offiziere. Möglicherweise CIA Agenten. Es ist unser Recht, sie zu fragen, was sie in unserem Land zu suchen haben. Sie sind sicherlich auf dieser Grundlage gefangen worden. Und außerdem haben sie unser Land ohne Erlaubnis betreten. Zweitens sind ihre Ziele nicht klar. Aus diesem Grund wird ein Verhör durchgeführt. Es gibt das Vergehen des Fehlens einer Erlaubnis (des unerlaubten Betretens; TI). Wenn die amerikanische Regierung sie retten möchte, müssen sie sich meiner Meinung nach wegen dieses Vergehens wenigstens entschuldigen. Zweitens, wenn eine Schuld vorliegt, werden sie vor Gericht gestellt werden. Wir werden herausfinden, was sie in Kurdistan gemacht haben. Wenn es Spionage ist, wenn es Unterstützung des Spezialkrieges ist, werden sie Rechenschaft ablegen. Und wir werden sagen, ab jetzt ist hier kein Tummelplatz für jeden mehr. Wer kommt kann nicht einfach ganz locker hereinspazieren. Entweder steht er auf der Seite des Spezialkrieges, dann ist er ein Feind. Oder er steht auf der Seite des Volkes – ist der Freund des Volkes.

In dieser und der nächsten Nummer der Türkei Information veröffentlichten wir ein Interview mit U.G., der inzwischen in Deutschland lebt. Er saß als politischer Gefangener zwei Jahre in verschiedenen türkischen Gefängnissen. In diesem Teil des Interviews geht es um seine Erfahrungen als politischer Gefangener in einem Knast, in dem hauptsächlich nicht-politische Gefangene einsaßen.

„Du mußt den Widerstand ständig lebendig halten!“

Tl.: Was waren Deine ersten Erlebnisse, als Du in den "unpolitischen" Knast kamst?

U.: Als ich in den Knast kam, wollten sie mir die Haare schneiden, obwohl sie wußten, daß ich aus einem anderen Gefängnis kam. Wir hatten zwölf Stunden in einem Blechkasten gesessen, der viel zu klein für zwei Leute war. Es war sehr warm dort drin. Der Kasten stand auf einem LKW. Das war ein Gefangenentransporter. Ich wußte zwar vorher, in welches Gefängnis ich kommen würde, ich wußte aber nicht, ob dort auch andere politische Gefangene waren. Ich wußte nicht, wie die Gefängnisleitung auf mich reagieren würde. Eines aber war klar: wenn man in einen neuen Knast gebracht wirst, muß man Widerstand leisten, sonst machen sie Dich fertig. Man muß zeigen, daß man Kraft hat. Sie haben den nicht-politischen die Haare geschnitten. Als ich an der Reihe war, sagte ich, daß ich das nicht zulassen würde. Es gab einen großen Streit, den einige andere Gefangenen mitbekommen haben. Ich sagte der Gefängnisleitung, daß ich ein politischer Gefangener sei und sie nicht so mit mir umgehen könnten. Der Beamte nahm meine Akte und sah, weshalb ich im Gefängnis war. Die Geschichte war damals sehr populär in der Türkei. Er begann daraufhin höflicher mit mir zu reden.

Von dem Augenblick an, wußte jede Abteilung und jede Zelle, daß ich ein Linker war.

Tl.: Für die anderen Gefangenen war damit klar, daß du ein politischer Gefangener bist?

U.: Ja, denn als politische Gefangene haben wir eine bestimmte Lebensweise, die wir auch nach Außen zeigen. Eine Gruppe von nicht-politischen Gefangenen, die aber gegen die Faschisten eingestellt waren, lud mich in ihre Zelle ein. Sie wollten mich alle kennenlernen. Sie kamen zusammen und stellten ein Essen für uns alle auf den Tisch. Am Tag nach meiner Ankunft wurde ich an die Tür unserer Abteilung gerufen. Ein Gefangener aus einer anderen Abteilung begrüßte mich. Er hieß Sowieso, sie hätten gehört,

daß ich gestern gekommen sei, es wäre schön, daß auch politische Leute hier wären. Und dann steckte er mir etwas, das in eine Zeitung eingewickelt war, zu. Er sagte: "Du mußt aufpassen. Hier sind Faschisten. Und jetzt reden alle von Dir. Es kann sein, daß die mal gucken kommen. Gehe nicht alleine nach draußen!" Ich kannte ihn überhaupt nicht. In dem Papier war ein selbstgemachtes Messer.

Tl.: Können sich die Gefangenen ihr Essen selber kochen? Gibt es keine Gefängnisverpflegung?

U.: Doch, es gibt Gefängnisverpflegung. Pro Kopf zahlt der Staat 1000.- TL. Das ist fast garnichts. Wenn Du rechtskräftig verurteilt bist, mußt Du sogar diese Summe dem Staat zurückerzahlen. Du bist also auch im Gefängnis mit Deinem eigenen Lebensunterhalt beschäftigt. Faktisch zahlt der Staat nichts. Von den 1000.- TL steckt sich sogar noch die Gefängnisleitung einen Teil in die eigene Tasche.

Tl.: Wie ging es an dem Abend in der Zelle weiter? Was wollten die Leute von Dir?

U.: Sie haben mir erzählt, daß auch Faschisten aus Malatya und Maras in diesem Knast sind. Ich sollte aufpassen, vor allem, wenn ich zur Gefängnisleitung müsse.

Sie sagten, daß sie nichts dagegen hätten wenn ich in ihrer Zelle bleiben würde. Sie meinten aber, daß ich nicht in ihre Zelle passen würde, weil sie keine politischen Leute seien. Sie würden anders leben, z.B. würden sie kiffen und spielen.

Tl.: Du konntest dir also deine Zelle selber aussuchen?

U.: Die Gefängnisleitung sagte mir, daß ich in eine Zelle solle, in der auch politische Gefangene saßen. Das waren Kurden und Tscherkesen. Für die Leitung war das die politische Zelle. Es gab aber Kontakt zu anderen Gefangenen. Das Gefängnis in drei Abteilungen aufgeteilt. Die Zellen waren nicht geschlossen, sondern hatten nur Gitterstäbe. Die Abteilung war eher ein großer Flur, in dem einzelne "Käfige" waren. In

einer Abteilung lebten ca. 200 bis 300 Gefangene. Unsere Abteilung hatte 8 Gemeinschaftszellen, ein Esszimmer und einen Fernseher. In dieser Abteilung kannst Du Dir Deine Zelle aussuchen. Allerdings kommst Du nicht in jede Zelle rein, weil die Gefangenen selbst darauf achten, daß Du auch hineinpaßt.

Tl.: Konntest du irgendwelche persönlichen Dinge mit in den Knast bringen?

U.: Ich hatte eine Kiste mit Büchern. Viele sagten mir, daß ich es nie schaffen würde, sie in den Knast zu bringen. Am zweiten Tag im Gefängnis wurde ich zum Direktor gerufen. Er war ein bekannter Folterer, der vorher woanders einen Gefangenen gefoltert und getötet hatte. Es lief ein Prozeß gegen ihn. Er war ein dreckiger Mensch, der alle möglichen schmutzigen Geschäfte gemacht hatte und auch in Drogengeschäfte verwickelt war. Er war deshalb vorsichtig und gab mir die Bücher.

Tl.: Waren auch Kinder und Jugendliche im Gefängnis?

U.: Ja, und sie hatten ein besonders schlechtes Leben. Es gab auch eine Kinderabteilung. Die Kinder mußten den ganzen Dreck im Gefängnis wegmachen und wurden ständig mißhandelt. Sie werden auch sexuell mißhandelt. Die Kinder und Jugendlichen sind im Durchschnitt zwischen 11 und 15 Jahren alt, es gab aber auch neunjährige.

Tl.: Haben die Kinder sich gegen die Mißhandlungen gewehrt?

U.: Ja, und das auch sehr radikal. Sie hatten nichts mehr zu verlieren. Wenn sie einen Aufstand gemacht haben, wurde es richtig gefährlich. Sie waren total fertig. Sie nahmen Gefängniswärter als Geiseln und haben die Wärter mit Glasstücken bedroht. Im Gefängnis gab es die Überzeugung, daß man nur mit den Kindern auf seiner Seite einen Aufstand erfolgreich organisieren könne.

Tl.: Welche Rolle spielte eure Zelle, die "politische Zelle", im Knast für die anderen Gefangenen?

U.: Wir mußten aufpassen, da es auch Spitzel der Gefängnisleitung in unserer Abteilung gab. Die Gefängniswärter hielten sich oft in den Zellen der Spitzel auf und tranken Tee mit ihnen. Diese Leute durften unsere Zelle nicht betreten. Auch Drogendealer durften nicht in unsere Zelle. Sie konnten uns hinausrufen und dort mit uns reden. Wir konnten in jede Zelle rein. Die anderen Gefangenen haben uns auch oft eingeladen, wenn sie Probleme hatten und mit uns darüber sprechen wollten. Wir haben ihnen geholfen, bei Briefen an die Gefängnisleitung oder bei Beschwerden.

Tl.: Hattet Ihr Schwierigkeiten mit einigen Gefangenen, z.B. mit den Dealern?

U.: Nein, auch diese Leute hatten Respekt vor uns. Einer der Rädelsführer dieser Leute war ein ehemaliger Zöllner. Er hatte eine Küche, ein Gästezimmer und ein Schlafzimmer. Zwei, drei Leute bedienten ihn. Sie brachten ihm Wasser oder kochten ihm sein Essen. Zu ihm wurden auch Frauen gebracht, natürlich mit Wissen der Gefängnisleitung. Er war der Gesprächspartner der Gefängnisleitung. Wenn wir einen Aufstand organisierten, versuchte er uns zu beruhigen. Er würde mit der Gefängnisleitung reden.

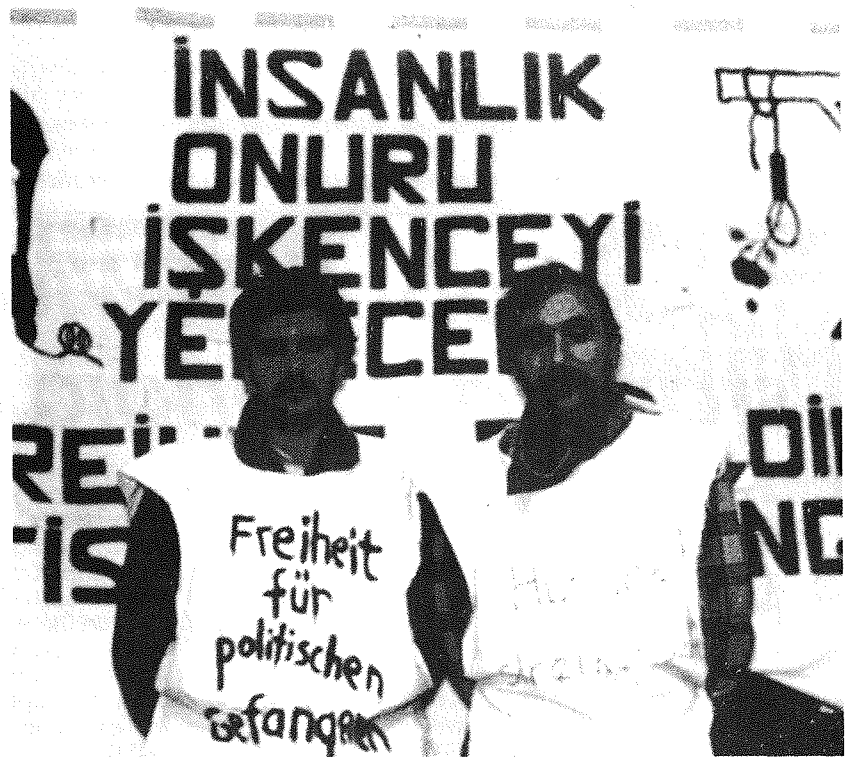
Wir versuchten auf die ungerechten Zustände im Gefängnis aufmerksam zu machen. Einige Gefängniswärter trugen das gleich zum Direktor weiter. Da haben wir ihnen gesagt, daß ihr Chef ein Folterer sei und in viele schmutzige Geschäfte verwickelt war und sie jetzt ausnutzen würde. Der Direktor ließ mich rufen und versuchte mir klar zu machen, daß er kein Folterer sei. Er schien Angst zu haben, denn er wußte daß ich in einer politischen Organisation und er bekannt war. Dadurch konnte die ganze Geschichte eine größere Öffentlichkeit erhalten. Er hatte Angst.

Tl.: Gab es eine Gefängnisordnung?

U.: Ja, am 1.8.87 trat eine neue Gefängnisordnung in Kraft. Sie besteht aus über 100 Punkten, jede Kleinigkeit wird darin geregelt. Allerdings sind die Bestrafungen nicht sehr klar festgelegt. Du kannst für alles Einzelhaft bekommen. Wenn man einen Hungerstreik macht, kann man Einzelhaft bekommen. Oder, wenn man einen Nagel in die Wand schlägt, kann dasselbe Strafmaß angelegt werden. Lange gab es viel Widerstand gegen diese Gefängnisordnung. Bei den letzten Auseinandersetzungen wurden zwei PKK-Gefangene umgebracht.

Tl.: Was habt Ihr konkret in dem Gefängnis gemacht und organisiert?

U.: Wir versuchten Widerstand gegen die Gefängnisleitung und gegen die Gefängnisordnung mit



den anderen Gefangenen aufzubauen. Das ging auch total schnell. Wir haben mit den nicht-politischen Gefangenen Alphabetisierungskurse gemacht und für die Kinderzellen Geld gesammelt. Wir versuchten ihnen unsere Art und Weise zu leben zu erklären. Z.B., daß wir nicht andere für uns arbeiten lassen, sondern, daß wir unsere alltäglichen Dinge wie Wäsche waschen und Essen kochen kollektiv erledigen. Sie haben gesehen, daß wir keine Drogen nehmen und daß wir Bücher lesen und daß wir unser Leben verteidigen. Wir verteilten die Bücher auch auf andere Abteilungen. Sie lasen sie und es entwickelten sich viele Fragen. Das war unsere Arbeit: die Leute ein Stück weit zu politisieren.

Einmal sollten alle Gefangene die Gefängnisuniform anziehen, weil der Justizminister das Gefängnis besuchen wollte. Der Direktor hat richtig darum gebittelt, weil er sich ansonsten blamieren würde. Notfalls wollte er uns zwingen. Wir haben dann in unserer Abteilung mit allen Gefangenen gesprochen. Das sei der Anfang. Erst geht es darum, für einen Tag die Sachen anzuziehen, dann wird es aber weitergehen. Es ging um das Prinzip. Wir würden dieses "Todeskleid" nicht anziehen. Gerade deswegen, sind andere Gefangene im Knast gestorben. Diese Weigerung ist nicht nur für politische Gefangene wichtig – mit der Gefängnisuniform soll allen Gefangenen ihre persönliche Identität weggenommen werden.

Als sie uns die Sachen gebracht haben, haben wir sie in den Hof geschmissen. Von 200 Gefangenen haben 2 sie angezogen. Das war total peinlich für die Gefängnisleitung.

Wir organisierten wegen der Situation in anderen Gefängnissen einen Hungerstreik. Innerhalb von zwei Tagen wußten alle Abteilungen Bescheid. Wir haben ein Konzept geschrieben, warum wir diesen Hungerstreik machen und was wir erreichen wollen. Wir haben darüber mit den anderen Gefangenen gesprochen. Ca. 40 Leute waren auf der Versammlung, davon nur zwei politische.

Die Leute, die mit uns Kontakt hatten, veränderten ihre Gewohnheiten. Sie nahmen keine Tabletten mehr und wehrten sich gegen Kartenspiele in ihren Zellen. Wir hatten gegenseitiges Vertrauen gewonnen. Sie begannen auch politische Stellungnahmen abzugeben. Man merkte, daß es ihnen langsam besser ging.

Tl.: Wie lief dann der Hungerstreik?

U.: Wir haben zuerst einen dreitägigen Hungerstreik organisiert. Wir waren zu zehnt. Die Leitung isolierte uns in besonderen Zellen innerhalb der Abteilung. Andere Gefangene kamen an die Gitter, um sich mit uns zu unterhalten oder uns sogar Lebensmittel zuzustecken. Es war sehr schwierig, ihnen zu vermitteln, daß wir wirklich nichts essen wollten.

Bei dem nächsten Hungerstreik haben sie uns in der Abteilung mit den Kindern isoliert. Am ersten Tag hatten sie uns nach 5 Minuten eine Uhr geklaut. Sie wußten nicht, wer wir waren. Wir haben dann gesagt "Okay, wir gehen raus, und ihr legt sie wieder zurück!". Die Uhr war wieder da.

Die Kinder waren diejenigen, die uns immer Nachrichten brachten. Sie konnten ja überall hin. Einige wollten sich auch am Hungerstreik beteiligen.

Es sind dann jeden Tag mehr geworden, die sich am Hungerstreik beteiligten.

Die Gefängnisleitung hat dann angefangen, uns politische Gefangene als "Drogenleute" zu diffamieren. Damit hatten sie aber bei den anderen Gefangenen keinen Erfolg. Die kannten uns ja. Sie haben sich gegen die Beschimpfungen der Leitung gewehrt.

Am Ende versuchte der Direktor mit uns zu handeln. Wir würden alles Mögliche bekommen, wenn wir die anderen Gefangenen nicht in unsere Aktion mit hineinbeziehen würden. Wir wußten aber, daß solche Versprechungen nicht eingehalten würden.

Ein paar Tage nach dem Hungerstreik wurden alle Beteiligten in andere Gefängnisse gebracht. Das war aber vor auszusehen.

Eigentlich wollte ich auch gar nicht mehr in diesem Gefängnis bleiben. Du machst zwar viele Sachen, und es entwickelte sich auch eine Basis mit den anderen Gefangenen. Aber es war kein politisches Verhältnis. Natürlich ist es wichtig, daß es nicht nur von den politischen Gefangenen Widerstand im Knast gibt. Aber auf Dauer ist es eine große Belastung, nicht politisch diskutieren zu können. Alles drehte sich um Glücksspiele: Sie haben im Hof Wasser mit Zucker verrührt und darauf gewettet, wann eine Fliege kommt – zum Beispiel. Es sind völlig andere Verhältnisse als in deutschen Gefängnissen. Du hast Tag und Nacht keine Ruhe – Streitigkeiten, laute Musik, etc. ...

Ti: Wie haben sich die Faschisten zu den Hungerstreiks verhalten?

U: Wir haben gehört, daß die Faschisten gesagt hätten, daß sie sich auch gegen die Verhältnisse im Knast wehren wollten. Aber es war so, daß die Faschisten bei allen anderen Gefangenen total unbeliebt waren. Sie waren ziemlich fertig, drogenabhängig. Sie haben den sexuellen Mißbrauch mitgemacht. Sie hatten auch im Gefängnis bestimmte Aufgaben übernommen. Sie waren Vertrauenspersonen der Gefängnisleitung. In der Bibliothek saß einer, in den Verwaltungsräumen. Für die anderen Gefangenen waren sie "Schweine, die mit der Gefängnisleitung zusammenarbeiten", die ihre Beziehungen spielen lassen konnten und sich unsozial verhielten: Daß sie z.B. Sachen, die sie von draußen bekamen, nicht mit anderen teilten. Sie waren total unbeliebt.

Ti: Weißt Du, wie es nach Deiner Verlegung dort weitergegangen ist?

U: Diejenigen, die mit uns die Aktionen gemeinsam getragen haben wurden alle verlegt. Alle. Aber wir haben später erfahren, daß es dort noch weiter Kämpfe gegen die Gefängnisleitung gegeben hat. Viele hatten auch Kontakte nach außen, z.B. zum Menschenrechtsverein, aufgenommen.

Ti: Gab es Probleme mit den Besuchszeiten oder mit dem Hereinkommen von Büchern und Zeitschriften?

U: Dort war es locker, aber das war ja auch kein "politisches Gefängnis" – in Amasya war es sehr schwierig. Das war fast Isolationshaft. Amasya war von den Struktu-

ren her ein ganz anderer Typ von Gefängnis. Die Gefangenen waren schon lange dort, und sie hatten Erfahrung im Umgang mit der Verwaltung oder wie Widerstand zu organisieren ist. Die Gefängnisleitung ist auch so mit den Gefangenen umgegangen. Sie wußte, daß sie mit den Leuten nicht machen konnte was sie wollte. Ohne das Einverständnis der Gefangenen konnte sie nichts durchsetzen.

Ti: Was hatten sie für Druckmittel, um die Gefangenen zu bestimmten Sachen zu zwingen?

U: Briefe sind z.B. nicht immer hereingekommen. Bücher, die draußen legal zu kaufen waren, haben sie nicht hereingelassen. Oder das Essen wurde total schlecht. Zelldurchsuchungen fanden öfter statt und alles mögliche wurde dabei zerstört.

Aber sie sind auch mit Rollkommandos gekommen. Mit einem Spezialkommando von 200 Gefängniswärtinnen und Soldaten sind sie einmal auf 60 Leute losgegangen. Die Gefängniswärtinnen waren aus einer anderen Stadt. Oder es war politische Polizei in der Uniform der Gefängniswärtinnen.

In den Gefängnissen in der Türkei und in türkisch Kurdistan weißt Du nie, was im nächsten Monat ist. Gehst Du einen kleinen Schritt zurück, sind es gleich mehrere Schritte. Die Rechte, die Du z.B. durch einen Hungerstreik bekommst, kannst Du nie langfristig behalten. Du mußt den Widerstand immer lebendig halten. Unbedingt.

○

Solidarität mit den Opfern des Staatsterrorismus

Folgende Erklärungen sind bei uns für die letzte Ausgabe der Türkei Information leider zu spät eingegangen. Sie betreffen zum einen die Verhaftungen der Journalistin Deniz Tezcel und der Anwälte Bedii Yarayici und Murat Demir, die im Zusammenhang mit der Tötung des Generals Selen im Mai 1991 festgenommen worden waren. Zu diesem Anschlag hat sich die Organisation Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) bekannt. General Selen war der ehemalige "kommandierende General des Armeekorps für Ruhe und Sicherheit im Ausnahmezustandsgebiet" – das heißt in türkisch Kurdistan.

Deniz Tezcel und die beiden Anwälte befinden sich zur Zeit wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation immer noch in Haft.

Die zweite Erklärung ist vom Deligiertenrat der Türkischen Ärztekammer. Sie entstand im Juli unter dem Eindruck des Terrors der Kontra-Guerrilla, des Mordes an Vedat Aydin, der Ereignisse anlässlich seiner Beerdigung sowie des Massakers an den zwölf Mitgliedern von Devrimci Sol in Istanbul und Ankara.

Die Redaktion

Erheben wir unsere Stimme gegen die 'Verschwörungen'!

Wie bekannt ist, sind wir seit dem 12. Juni 1991 bis zur Vorführung vor das Staatssicherheitsgericht (DGM) am 28. Juni 1991, sechzehn Tage lang bei der Polizei, in der Abteilung für politische Delikte (DAL), festgehalten worden.

In diesem Zeitraum wurden wir als "Mörder von General Selen", "Angehörige illegaler Organisationen", "Kuriere der Organisation", diffamiert und festgehalten.

Das Interessante dabei ist, daß wir zwar als "Mörder General Selens" diffamiert wurden, uns jedoch weder von Polizei, Staatsanwaltschaft noch vom Untersuchungsrichter Fragen dazu gestellt worden sind. Dies war ganz offen ein Komplott!

Aus Angst, daß dieses Komplott auffliegen könnte, wurden wir dann als "Kuriere der Organisation" verhaftet.

Die Staatsanwälte des DGM, die offen zugeben, daß sie Gesetze nicht achten und willkürlich handeln, waren zu Beteiligten des Komplotts geworden.

Was war geschehen?

Der Rechtsanwalt Bedii Yarayici, der, von einer Schwurgerichtsverhandlung kommend, auf dem Weg nach Istanbul war, wurde am 12.6.91 von der Polizei festgenommen und geschlagen. Seine Aktentasche wurde ohne richterliche oder staatsanwaltschaftliche Anordnung, also illegal(!), aufgebrochen.

Das Anwaltsbüro von Murat Demir wurde in Anwesenheit des Staatsanwaltes des DGM unter dem Vorwand einer Durchsuchung zerstört. Murat Demir wurde geschlagen und festgenommen. In diesem Fall wurde auch die Journalistin Deniz Tezfel in Untersuchungshaft genommen.

Wenn man auf das sieht, was wir gemeinsam haben, so ist zu sehen, daß wir alle Menschen sind, die die Menschenrechte verteidigen und für sie kämpfen. Das ist der zentrale Punkt.

Die Journalistin Deniz Tezfel wurde von der Polizei "höflichst" gebeten, zu allem, außer zu Menschenrechten, zu schreiben.

Unter schwerer Folter wurden die Rechtsanwälte Bedii Yarayici und Murat Demir "verwarnt", an keinen politischen Prozessen mehr teilzuhaben, da die Terroristen vor Gericht nicht zu verteidigen seien. Ansonsten würden die Anwälte selbst Schwierigkeiten bekommen.

Es hat uns nicht überrascht, daß wir nach der Vorführung vor das DGM verhaftet wurden. Uns wurde immer wieder bei der Polizei (Abteilung für politische Delikte) gesagt, daß, aufgrund der "Protokolle" und der von ihnen zusammengetragenen "Beweise", weder Staatsanwaltschaft noch Richter ein abweichendes Urteil fällen würden. Desweiteren sei hiermit unserer beruflichen Laufbahn ein Ende gesetzt. Wir würden jahrelang im Gefängnis sitzen und vergammeln. Sie wären sich ihrer Sache so sicher, daß sie zurücktreten würden, sollten wir nicht (vom Staatssicherheitsgericht DGM; TI) verhaftet werden.

Die Polizisten der politischen Abteilung versuchten mit Überredung das zu erreichen, was sie durch die Folter nicht geschafft hatten. Sie sagten uns, daß nichts passieren würde, wenn wir auf ihre Vorschläge eingehen würden. Murat Demir, z.B., sollte versichern, daß er Ankara verlassen und an keinen politischen Prozessen mehr teilhaben würde. Zur Journalistin Deniz Tezfel sagten sie, daß sie nicht mehr zu Menschenrechten schreiben und nicht mehr

Mitglied bei Vereinen wie "Özgür Der" sein sollte.

Der Anwalt Bedii Yarayici sollte schwören, daß er nach seiner Rückkehr nach Istanbul aus dem Verein "Justizbüro des Volkes" austritt.

Sie wollten uns von unseren "Schwierigkeiten" befreien, sobald wir auf ihre Vorschläge eingehen würden. Wenn nicht, dann würden sie über unsere Zukunft entscheiden.

Dieser Prozeß (vor dem DGM; TI) würde nicht stattfinden, wenn wir ihre Wünsche erfüllen. Da wir ablehnten, war klar was kommen würde: Eine Verhaftung wegen der Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation.

Dieser kleine Ausschnitt aus unseren Erlebnissen zeigt, wie groß das Komplott ist, dem alle ausgesetzt sind.

Warum ist dieses Komplott notwendig?

Die Unterdrückung und der Staatsterror in unserem Land ist uns nicht fremd. StudentInnen, Beamte, ArbeiterInnen, usw. – alle, die um ihre Rechte kämpfen müssen, werden festgenommen und unter der Folter zu TäterInnen gemacht. Das allein scheint aber heute nicht mehr ausreichend zu sein. Nun sind die AnwältInnen und JournalistInnen dran, die die Menschen (vor Gericht; TI) verteidigen oder über die Folter berichten, um so auf ihre Art den Kampf für die Menschenrechte zu führen.

Wir sind die ersten Beispiele (für diese Praxis; TI).

Die Praxis der Unterdrückung und Einschüchterung stützt sich auf das neue "Anti-Terror-Gesetz". Diese Praxis verbreitet sich täglich und richtet sich gegen jede/n. Wenn man das verhindern will, darf man sich nicht zurückziehen. Im Gegenteil: Gegen diese Menschenfeinde muß man vorgehen und sie bekämpfen. Dazu rufen wir alle Menschen und Institutionen auf!

Auch die, die schweigen, können Opfer dieser Terror-Politik werden.

Deswegen fordern wir:

wenn die Menschen und Institutionen nicht diesem Komplott ausgesetzt sein wollen,

wenn sie gegen Unterdrückung und Folter in unserem Land sind,

wenn sie die Einhaltung der Menschenrechte und wirkliche Demokratie wollen,

dann sollen sie sich mit unseren Stimmen vereinigen, um solche Komplote zu bekämpfen und beiseite zu räumen.

*Deniz Tezfel, Journalistin
Bedii Yarayici, Rechtsanwalt
Murat Demir, Rechtsanwalt*

An alle demokratischen Institutionen:

KOMMT ZUSAMMEN, UM DAS RECHT AUF LEBEN ZU SCHÜTZEN!

Die bitteren Geschehnisse der letzten Tagen haben die Bevölkerung unseres Landes tief erschüttert. Die Berichterstattung über den Terror haben die Tagesordnung durcheinander gebracht und eine Situation geschaffen, in der niemand vom (Eindruck des; TI) Terror verschont bleibt. Während auf der einen Seite die Festnahmen, Verhaftungen und Folterungen auf der juristischen Ebene die Tagesordnung bestimmen und diskutiert werden, werden auf der anderen Seite "Todesfälle" alltäglich.

Obwohl sich unser Land noch nicht von den Spuren der Unterdrückung des "12. Septembers" erholt hat – abgesehen davon, daß in den letzten 3 bis 4 Jahren die Massenbewegungen eine Hoffnung darstellten – beginnt plötzlich eine neue "stickige" Zeit. Die Unterdrückung, der die Bevölkerung ausgesetzt ist, nimmt zu, statt weniger zu werden, und wird immer willkürlicher. Die Einsicht, daß sich niemand vor Festnahmen, Folterungen und sogar Liquidierungen schützen kann, beherrscht das Land. Es weht ein Wind, der aus jeder Tätigkeit der Menschen eine Straftat machen kann, so daß jede/r ein Opfer von Folter und Mord werden kann. Diese Angst soll das ganze Land beherrschen!

Wie wir darauf gekommen sind?

Allein in den letzten 6 Monaten gab es 13 "verdächtige" Todesfälle in der Haft. RechtsanwältInnen und JournalistInnen wurden festgenommen; Büros von politischen Parteien, Menschenrechtsvereinen und Presseorganen wurden in die Luft gesprengt, obwohl sie unter gesetzlich verankertem Schutz stehen; Bürgermeister, Vereinsvorstände und Parteifunktionäre wurden liquidiert.

In den letzten 2 Monaten wurden schon allein über 20 Menschen – laut Polizeiberichten – durch bewaffnete Auseinandersetzungen getötet.

Dies alles richtet sich gegen die Bevölkerung. Insbesondere gegen das Recht auf Verteidigung, (...), das Recht, sich zu organisieren und vor allem gegen das Recht auf Leben.

Die Verantwortung für den Zustand unseres Landes trägt das "Ein-Mann-System" und dessen Politik, das auf Autorität und Unterdrückung aufbaut, das jegliche Strukturen des Widerstandes der Bevölkerung zerschlägt und die inner- und außerparlamentarische Opposition schwächt.

Das Recht auf das Leben des/der Einzelnen wurde durch Terror zer-

stört, weil man nicht anders regieren könnte.

Die politische Führung der letzten 10 Jahre brachte unser Land an diesen Punkt. Statt ihn durch Einhaltung der Menschenrechte und demokratische Freiheiten zu überwinden, wird er durch Morde/Liquidierungen, die unter verschiedenen Vorwänden gerechtfertigt werden sollen, noch mehr festgelegt. Dadurch entsteht eine Situation, in der sich die Menschen eigene Moralvorstellungen bilden.

Die Behörden, deren Aufgabe der Schutz des Lebens und des Besitzes der Menschen ist, sind mittlerweile zur größten Gefahr für das Recht auf Leben geworden. Die, die die demokratischen Freiheiten schützen sollen, haben sich zu Richtern und Henkern gemacht. Das alles, und dessen Rechtmäßigkeit, wird auch noch von den UnterzeichnerInnen der Internationalen Menschenrechtskommission anerkannt und verteidigt.

Unsere Bevölkerung durchlebt eine schwere Zeit. Alle Menschenrechte und die demokratischen Freiheiten sind schutzlos, insbesondere das Recht auf Leben. Wo das Recht auf Leben nicht existiert, kann man auch nicht von wirtschaftlichem, sozialem oder humanistischem Fortschritt reden. In dieser Situation muß man, bevor die Menschen in ihrer Rechtlosigkeit noch mehr Schaden nehmen, das Recht auf Leben, alle anderen Menschenrechte und Freiheiten schützen. Das zu aller Erst!

Es ist sehr wichtig, daß diese Rechte für alle hier Lebenden ohne Ausnahme Gültigkeit haben!

Statt mit Gewalt gegen bisher tabuisierte Themen vorzugehen, sollte man diese Themen in großen demokratischen Kreisen diskutieren.

Wir fordern von der Regierung, daß sie "alte" Methoden unterläßt und sofort Angriffe auf das Recht auf Leben verhindert. In diesem Zusammenhang soll sie das "Anti-Terror-Gesetz" zurücknehmen und die Verantwortlichen für die Massaker finden und bestrafen.

Um diese Forderungen zu verwirklichen, muß man mit den Massen, die das Recht auf Leben schützen (wollen), gegen die Kräfte, die die Bevölkerung angreifen, kämpfen.

Wir rufen alle Institutionen, alle politischen Parteien, demokratischen Organisationen auf, gegen die Beschlagnahmung des Rechtes auf Leben gemeinsam den Kampf aufzunehmen. Wir sind bereit mit jeder Organisation und jeder Einzelperson für das Recht auf Leben auf allen Plattformen zusammenzukommen. Heute steht als erster Punkt auf der Tagesordnung: Schutz für das Recht auf Leben! Morgen kann es zu spät sein.

*Türkische Ärztekammer - Deligier-
tenrat*

PKK-Prozeß:

ERKLÄRUNG DER VERTEIDIGUNG

Die Hauptverhandlung im Düsseldorfer Kurdenprozeß läuft nunmehr seit zwei Jahren. Dieser Prozeß muß eingestellt werden!

Saisonbedingte Unterbrechungen, Ferien und sonstige "hohen" Feiertage unberücksichtigt gelassen, haben sich seit mehr als 160 Hauptverhandlungstagen (167 am 24.10.1991) weit über 50 Personen mit beachtlicher Stetigkeit Dienstags und Mittwochs jeder Woche im mit großem Aufwand umgebauten und mit vielfältigen Sicherungsmaßnahmen versehenen Prozeßbunker in der Düsseldorfer Tannenstraße getroffen.

Es galt, und gilt vermutlich noch weitere 3 Jahre, den angeblich "größten Terroristen-Prozeß in der Geschichte der BRD" zu verhandeln.

Auf Grund von Aussagen zweier Hauptbelastungszeugen - Hasan Dogan und Nusret Arslan - waren im Februar 1988 konzentrierte Hausdurchsuchungen und andere polizeiliche Aktivitäten erfolgt, die zur Festnahme von mehr als 20 Kurdinnen und Kurden führte. Drei der dabei Festgenommenen sind immer noch unter den einschneidenden Haftbedingungen, die der von der Bundesanwaltschaft (BAW) durchgesetzten Anwendung des Paragraphen 129a StGB folgen, inhaftiert; einer befindet sich in Strafhäft.

Die Kurden aus der PKK (Partiya Karkeren Kurdistan) waren zum damaligen Zeitpunkt von der BAW und den Ermittlungsbehörden - möglicherweise mangels anderweitiger Masse - als "gefährliche Terroristen Europas" dargestellt worden. Die RAF sei passé, die PKK nunmehr Hauptfeind der "Inneren Sicherheit" der Alt-BRD, und kaum ein kurdischer Arbeiterverein in den alten Bundesländern war vor Hausdurchsuchungen, Beschlag- und Festnahmen sicher.

In einer solchen Atmosphäre begann dann auch der Prozeß.

"Rebmann's Kurdenkäfig" - eine übermannshohe Trennscheibe im Verhandlungsraum - machte deutlich, daß die Anklagebehörde und der Senat optisch versuchten nachzulegen, was juristisch der Anklage mangelte. Wie wilde Tiere in einem Käfig sollten die inhaftierten kurdischen Freiheitskämpfer nach dem Entschluß der BAW und des Fünften Strafsenats beim Oberlandesgericht in Düsseldorf der Öffentlichkeit vorgeführt werden.

Was die Bundesanwaltschaft an Gefährlichkeit aufgebaut hatte und was vom Fünften Strafsenat nachvollzogen worden war, gerann dann im Lauf des Verfahrens zu einer immer beklemmender werdenden Staatsschutzinszenierung.

Es ist deutlich geworden, daß die BAW, und mit ihr das Bundeskriminalamt (BKA), nicht etwa einer Kurden Spur im internationalen Terrorismus aufgesessen sind, sondern diese selbst entwickelt, liebevoll gepflegt und aufgebaut haben, nicht zuletzt als Beleg für die Notwendigkeit der Existenz des eigenen, außerordentlich aufgeblähten Behördenapparates.

Das Verfahren ist aber auch deutlich von der Absicht der deutschen Ermittlungsbehörden gekennzeichnet, das in westlichen Demokratien einmalige Instrumentarium einzusetzen gegen ausländische Befreiungsbewegungen am Rande Europas und sich als "Hüter von Sicherheit und Ordnung" im Rahmen der europäischen Einigung gegen angenommene inländische und ausländische Terroristen zu profilieren.

Im Februar 1990 stellte sich dann heraus, daß vor der Öffentlichkeit diese Propagandainszenierung nicht zu halten war. Auf Grund heftiger Kritik in der Öffentlichkeit wurde die Trennscheibe aus dem Sitzungssaal entfernt und die Haftbefehle der Mehrzahl der Angeklagten gegen Kautionsaußen Vollzug gesetzt. Fast alle diese Haftbefehle sind im Übrigen mittlerweile aufgehoben worden, da offensichtlich der Senat auch davon ausgeht, daß bei den meisten der Angeklagten - wenn überhaupt - keine höhere Freiheitsstrafe als die bereits abgesessene Untersuchungshaft von 2 Jahren als Strafe in Betracht kommt.

Weiter nimmt es denn auch nicht wunder, daß der erste Zeuge, der dann im Rahmen der Hauptverhandlung aussagen soll, nach entsprechender Initiative der BAW die Aussage verweigert.

Aber auch der zweite Hauptbelastungszeuge - der an jedem Verhandlungstag mit einem Hubschrauber von unbekanntem, durch die Abteilung Zeugenschutz des BKA abgesicherten Ort, vor den Sitzungsbunker geflogen wurde - vermag die Anklage nicht wesentlich zu stützen.

Er wird vom 7.8.1990 bis zum 6.2.1991 vernommen - pro Woche zwei Flug- und Aussagetage für den Zeugen. Seine Aussagen sind allerdings derart blumenreich, daß er es nach einer Reihe von Hauptverhandlungstagen, mit für ihn unangenehmer Befragung durch die Verteidigung, vorzieht, schließlich am 6.2.1991 seine entfernte Verwandtschaft mit einem der Angeklagten zu bemühen, um weiterer hochnot-

»

peinlicher Befragung durch die Verteidigung zu entgehen.

Ergebnis des Auftritts dieser Zeugen:

Selbst der Senat, der ansonsten stets eifertig bereit war, dem Gefährlichkeitslamello der BAW etwa zu folgen oder vom behaupteten Bestehen einer, wie immer auch gear- teten terroristischen Vereinigung auszugehen, macht den erstaunten Verfahrensbeteiligten am 13.3.1991 das Angebot, gegen 8 Angeklagte das Verfahren schlicht wegen geringer Schuld einzustellen.

Die Angeklagten lehnen die Einstellung ab und fordern, daß der Senat sie vom Vorwurf der terroristischen Vereinigung freispricht.

Da es so an der erforderlichen

len, daß die PKK für den Mord an Olof Palme verantwortlich war. Ausgerechnet dieser Zeuge soll jetzt die Anklage stützen.

Die Verteidigung wiederholt daher angesichts der nunmehr 2-jährigen Prozeßdauer ihre immer wieder aufgestellte Forderung, das wegen § 129a StGB laufende Verfahren einzustellen.

§ 129a StGB, als Vorschrift aus dem Bereich des politischen Teiles des bundesrepublikanischen Strafgesetzbuches, ist schon in seiner alltäglichen Anwendung auf Täter aus der BRD als abstraktes Staatsgefährdungsdelikt untragbar, umso mehr ist die Anwendung dieser Vorschrift auf eine ausländische Befreiungsbewegung zu kritisieren, die die Errichtung eines eigenen unabhängigen Staates Kurdistan zum Ziel hat. – Alles andere als eine Gefährd-



Zustimmung der Angeklagten – in zwei Fällen hätte auch die BAW nicht zugestimmt – fehlt, nimmt das Verfahren seinen Lauf. Seit dem 9.4.91 wird nunmehr der Haupt- und Kronzeuge Ali Cetiner vernommen.

Diesem Zeugen kommt tatsächlich historische Bedeutung zu, ist er doch der erste Mörder der alten und neuen Bundesrepublik, der wegen seiner Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden nicht lebenslänglich, sondern nur 5 Jahre Freiheitsstrafe erhält, ganz offiziell, gestützt auf ein entsprechendes Gesetz.

Es versteht sich von selbst, daß dieser Zeuge – (selbstverständlich fallen auch für ihn pro Woche 2 Flugtage aus seinem Gefängnis zum Prozeßbunker an) – das sagt, was die Ermittlungsbehörden von ihm erwarten. Die Verteidigung hat ihn als gekauften und manipulierten Zeugen bezeichnet, wurden ihm doch u.a. eine "Existenzsicherung" und ein von den anderen Kurden getrenntes Verfahren von der BAW versprochen, nachdem seine Karriere in Schweden als "Quelle A" abrupt beendet worden war, mit deren Hilfe die SÄPO (schwedische Geheimpolizei) hatte beweisen wol-

lung des Staates Bundesrepublik, sollte man meinen.

Die Anwendung dieser "Straf"-vorschrift auf eine ausländische Befreiungsbewegung am Rande Europas macht überdeutlich, daß es bei der ersatzlos aus dem deutschen Strafgesetzbuch zu streichenden Vorschrift nicht um Verletzungsstrafrecht, sondern um reines Gesinnungsstrafrecht geht.

Die BAW ist gleichwohl nach wie vor wild entschlossen, die Verfolgung der Kurden gemäß § 129a StGB fortzuführen, wie das zweite Verfahren in Celle und neue Verhaftungen zeigen.

Düsseldorf, den 24.10.1991

Die Verteidigerinnen und Verteidiger

Rainer Ahues, Dirk Schoenian, Carl W. Heydenreich, Hans-Eberhard Schulz, Edith Lunnebach, Ulrike Halm, Ernst Ronte, Elard Biskamp, Dietmar Müller, Franz Hess, Henning Plähn, Dieter Adler, Hans Holtermann, Barbara Klawitter, Enno Jäger, Michael Gödde, Manfred Büddeling, Berthold Fresenius, Hela Rischmüller-Pförtner, Michael Schubert, ...

ERKLÄRUNG DER ERNK

– zur Situation der kurdischen Politischen Gefangenen –

Der kolonialfaschistische türkische Staat steigert seine gegen das kurdische Volk seit jeher praktizierte Gewaltherrschaft und seinen Staatsterror immer mehr. Die bisher durch die ANAP-Regierung betriebene Gewaltpolitik wird nun, nach den vorgezogenen Wahlen vom 20. Oktober, unter der Führung von Demirel durch eine Kriegsregierung noch weiter zu steigern beabsichtigt.

Der türkische Staat nimmt den unter Führung der PKK/ERNK/ARGK stattfindenden Guerillakampf zum Vorwand für seinen in Kurdistan praktizierten Staatsterror und die Massaker. Er behauptet, er würde Gewalt nur gegen unsere Volksbefreiungsarmee, gegen die Guerilleros der ARGK, anwenden. Das stimmt überhaupt nicht. Die türkische Republik hat ihren Krieg direkt gegen das kurdische Volk eröffnet. Sie ermordet hinterhältig unser ziviles und schutzloses Volk, ohne einen Unterschied zu machen, ob es Frauen, Kinder oder alte Menschen sind. Und der Generalstabschef Dogan Güres droht im Zusammenhang mit den Aussagen Demirels zu der von ihm beabsichtigten neuen Kriegsregierung, wenn diese erforderlich ist, damit, das diese Massaker Massenumfang annehmen werden. Die Kolonialisten haben sich ohnehin schon auf diesen Weg gegeben. Auf unser Volk in Südkurdistan (Nordirak) werden Napalmbomben abgeworfen, unzählige Zivilisten ermordet. In Nordkurdistan (türkisch besetzter Teil unseres Landes) werden die Menschen von Konterguerillateams aus ihren Häusern verschleppt und erschossen; so geht das Morden mit aller Geschwindigkeit weiter.

Als einen Teil dieser Gewaltpolitik und der Massaker gegen das kurdische Volk werden in den Gefängnissen in den letzten Tagen auch intensive Vorbereitungen in dieser Richtung getroffen. In den Gefängnissen, vor allem in Malatya, Antep und Bursa, ist erneut mit der systematischen Anwendung der Folter begonnen worden. Mitten in der Nacht werden die Gefängnisabteilungen überfallen, die revolutionären Gefangenen barbarisch angegriffen und gefoltert.

Vor einigen Monaten wurde mit einer unter dem Namen "Gesetz zur bedingten Freilassung" durchgeführten Maßnahme politische Gefangene, wenn auch an Bedingungen geknüpft, freigelassen. Aber alle nach § 125 des türkischen Strafgesetzbuches (Anmerk. d. Übers.: d.h. wegen "Seperatismus") ange-

klagten und verurteilten kurdischen Revolutionäre wurden von diesem Gesetz ausgenommen. Diese in kleinster Weise juristischen Normen entsprechende Maßnahme, die von einer absolut rassistischen Einstellung geprägt ist, die mit zweierlei Maß mißt, zeigt, daß die kurdischen Revolutionäre in den Gefängnissen als Erpressungsmittel und Geiseln festgehalten werden; und dann wird ihnen noch nicht einmal der Status von Kriegsgefangenen zuerkannt.

Jetzt sollen die geplanten Massaker an den nach § 125 des türkischen Strafgesetzbuches verurteilten Revolutionären und Patrioten, die für den nationalen Befreiungskampf Kurdistans eintreten, in die Tat umgesetzt werden. Das Spezialgefängnis von Eskisehir wurde mit diesem Ziel umgebaut und zu einem System von "Einzelzellen und Einzelhofgang" umstrukturiert. Jetzt hat die Zwangsverlegung der kurdischen Kriegsgefangenen in die Todeszellen des Spezialgefängnisses Eskisehir, dessen Umbau 1990 abgeschlossen und somit für ein Massaker vorbereitet worden ist, begonnen. Jetzt wollen sie mit der Zwangsverlegung der revolutionären und patriotischen kurdischen Gefangenen aus verschiedenen Gefängnissen der Türkei und Kurdistans, die sich dem türkischen Faschismus nicht beugen, in die Todeszellen von Eskisehir, sie physisch und politisch vernichten. Die Zwangsverlegung der revolutionären Gefangenen vom Gefängnis Bursa, Malatya, Bartin, Ankara und Antep ist schon abgeschlossen, die Zwangsverlegung von den anderen Gefängnissen ist nur noch eine Frage von Tagen. Die Gefangenen in Malatya, die noch nicht nach Eskisehir verlegt wurden, sind in unbefristeten Hungerstreik getreten. (...)

Wir rufen alle Revolutionäre, Demokraten, fortschrittlichen Menschen und Institutionen auf, diesen unmenschlichen Praktiken des türkischen Staates Einhalt zu gebieten und aktiv für die Erfüllung folgender konkreter Forderungen zu kämpfen und sie zu unterstützen:

1. Einstellung der von europäischen Staaten an die Türkische Republik geleisteten militärischen, politischen und diplomatischen Unterstützung und Beendigung der Finanzierung des türkischen Rassismus und Faschismus. An diesem Punkt muß die Öffentlichkeit mehr sensibilisiert werden.

2. Die nach § 125 des türkischen Strafgesetzbuches verurteilten Revolutionäre sind Kriegsgefangene. Sie müssen auch wie Kriegsgefangene behandelt werden, bzw. der Rassismus und die zweierlei Maßstäbe (was die Freilassung von türkischen und kurdischen politischen Gefangenen anbelangt) muß abgeschafft und diese Gefangenen müssen sofort freigelassen

werden.

3. Kein Mensch darf in den unmenschlichen Todeszellen des Spezialgefängnisses Eskisehir eingesperrt werden.

4. Die Massaker und die mit Brutalität und Gewalt durchgeführten Zwangsverlegungen nach Eskisehir müssen verurteilt werden.

5. Die Türkei muß auf die im juristischen und politischen Bereich bestehenden rassistisch-chauvinistischen Praktiken und Gesetze verzichten.

6. In den Gefängnissen müssen menschenwürdige Lebensbedingungen geschaffen werden.

7. Es muß für die Beendigung der Konterguerilla-Aktivitäten, Folter und Ermordung in Kurdistan gekämpft werden.

8. Die Deportationen, Massaker und Entvölkerung von Dörfern in Kurdistan muß beendet werden.

7.11.91

ERNK Europa-Organisation

Kinder in der Türkei



In der Türkei sind über 5 Millionen Kinder ohne Versicherung in Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Die staatlichen Statistiken verschweigen diese Zahl und geben sie mit "ein paar tausend" an, weil die wirklichen Zahlen gegen die Bestimmungen der ILO (International Labour Organization) verstoßen würden. ILO-

Bestimmungen sind für Auszubildende ab 15 Jahren festgelegt. Nach der Grundschule gibt es in der Türkei keine Schulpflicht. Viele Familien können die teure Berufsausbildung nicht bezahlen und deshalb müssen aufgrund der wirtschaftlichen Situation viele Kinder arbeiten gehen – im Regelfall 60 bis 70 Stunden in der Woche. Manche Kinder sind erst 7 oder 8 Jahre alt, eine Sozialversicherung gibt es für sie nicht.

Sie arbeiten hauptsächlich in kleinen Betrieben, in dem der Besitzer und 3 bis 4 Auszubildende arbeiten. Das sind schlechte Arbeitsplätze in schlecht ausgestatteten Betrieben, beispielsweise ohne Klimaanlage. Die Auszubildenden besuchen keine Schule.

Im Stadtteil Bayrampasa von Istanbul sieht man in einer Straße mehrerer solcher Betriebe nebeneinander. Zuerst waren wir in einer Auspuff-Reparaturwerkstatt. Unser erster Gesprächspartner war Bülent, 13 Jahre alt.

Den Besuch der Mittelschule hatte er abgebrochen. Sein Vater hat ihn zu diesem Betrieb gebracht. Dort verdient er jetzt 50.000 TL (etwa 25,- DM) in der Woche. Ein normaler Arbeiter verdient umgerechnet etwa 250,- DM. Er hat keine Versicherung und ist nicht Mitglied einer Gewerkschaft. Er hat bis jetzt von einer Gewerkschaft nichts gehört. Er ar-

beitet von morgens 8.00 h bis abends um 7.00 h.

Wenn er nicht arbeiten muß, spielt er gern Fußball. (...)

Ayham Akur ist ebenfalls 13 Jahre alt. Er arbeitet in einer Auto-Werkstatt. Er verdient in der Woche 25.000 TL (ca. 10,- DM). "Mein Vater arbeitet auf einer Baustelle. Wir sind 3

Geschwister. Mein Vater kann uns allein nicht ernähren. Deshalb muß ich arbeiten. nach der Grundschule bin ich nicht weiter zur Schule gegangen, weil ich Geld verdienen mußte. Wenn ich die Möglichkeit hätte, weiter zur Schule zu gehen, würde ich gern Lehrer werden. Ich glaube, den Kindern etwas beizubringen, ist sehr schön."

Solche Beispiele könnten wir noch weiter schildern. Das ist das normale Leben von Kindern, das sehr schnell erwachsen macht. Es gibt in der Türkei sehr wenige Kinder, die ihre Kindheit richtig erleben können.

Offiziell macht der Staat bei seinen BürgerInnen keine Unterschiede. Alle werden vor dem Gesetz gleich behandelt. Tatsächlich gibt es Beispiele, wo das stimmt: Polizeireviere und Gefängnisse. Aus diesem Grund kann die Türkei auch auf ihre Gleichberechtigung stolz sein. Die KurdInnen und Angehörige anderer Völker, Kinder, Frauen, Männer, werden auf Polizeireviere gleichermäßen gefoltert. Seit der Verabschiedung des "Anti-Terror-

Gesetzes" wurde die Möglichkeit Aussagen zu erpressen legalisiert. Die Kinder leiden darunter genau wie die Erwachsenen.

Um politische Gegner zu beseitigen macht der türkische Staat keine Unterschiede. Auch Kinder werden im Polizeirevier gezwungen, von der Polizei vorbereitete Aussagen zu unterschreiben. (...)

Im Stadtteil Avcilar, Istanbul, wurden 3 Kinder, angeblich weil sie bei einem Diebstahl beobachtet worden waren, festgenommen. Sie wurden im Polizeirevier Avcilar und in Gayrettepe mit Elektroschocks und der "Falaka" (Stockschläge auf die Fußsohlen) gefoltert. Außerdem wurden sie von mehreren Polizisten zusammengeschlagen. Die Familien der Kinder haben die Polizeibeamten angezeigt. Die Anklage der Staatsanwaltschaft bezieht sich nun aber nicht auf Folterungen, sondern allein darauf, daß die Kinder "nicht gut behandelt" worden seien. Eines der Kinder ist psychisch krank geworden und wird nun in einer Klinik behandelt. Sein Vater erklärt: "Ich war im Polizeirevier und

habe nach meinem Sohn gefragt. Der Kommissar hat mich bedroht und gesagt, wenn ich noch einmal hierher käme, würde er auch mich festnehmen. (...)"

Es gibt auch für die Mißhandlung von Kindern noch viele andere Beispiele:

- In Ankara wurde ein 15 Jahre alter Schüler im Polizeirevier festgehalten und gezwungen, sich Folterungen mit anzusehen.

- Das Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir hat einen 14-jährigen wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

- Wegen eines Diebstahls wurde in Giresun ein 9-jähriger festgenommen und schwer gefoltert.

- Ein 16-jähriger wurde in Gumushane, angeblich weil er ein Bild mit Hammer und Sichel gemalt hatte, festgenommen und gefoltert. Er wurde wegen "kommunistischer Propaganda" angeklagt.

(aus: iscilerin sesi)

Nachrichten aus Cumhuriyet

In den Nachrichten aus Cumhuriyet tauchen immer wieder die Begriffe Terroristen für Mitglieder der PKK oder für Mitglieder türkischer revolutionärer Organisationen auf. Diese Wortwahl entspricht nicht der Meinung der Redaktion, ist aber bei der Wiedergabe der Nachrichten nicht ganz zu vermeiden, will man die Nachrichten (und die Bewertung der Kämpfe von Linken und Kurden durch die Presse) nicht verfälschen. Ebenso ist der Wahrheitsgehalt der Nachrichten aus Kurdistan, vor allem was die Toten auf Seiten der Sicherheitskräfte angeht, anzuzweifeln. Bei der Zeitung Cumhuriyet handelt es sich um eine liberale, kemalistische Tageszeitung, die vergleichsweise seriösen Journalismus betreibt, die aber, wie alle anderen Tageszeitungen auch, staatstragend ist.

Die TI-Redaktion

3.9.91

- GROSSE OPERATION GEGEN DIE PKK

Die Suchaktion nach den 5 von der PKK entführten Touristen (zu der sich die PKK nicht bekannt hat -TI), an der 3000 Sicherheitskräfte beteiligt sind, blieb auch gestern erfolglos. Im Gebiet Bingöl wurden von Hubschraubern Flugblätter mit der Aufforderung, sich zu ergeben, abgeworfen. Der Text des mit Soldat unterschriebenen Flugblattes lautete: Du armseliger, der Du glaubst, Du bist ein Kämpfer, wenn Du Dich nicht ergibst, werde ich Dir Dein Leben nehmen. Deinen Leichnam werden am Fuß eines Felsens die Wölfe und Vögel fressen.

Ihr Bastarde, Ihr Hunde, wißt Ihr, daa sich Eure Freunde alle ergeben? Wenn Du Dich ergibst, brauchst Du nicht um Dein Leben zu fürchten. Bewaffneter Räuber, wenn Du ein Mann bist, laß uns von Mann zu Mann kämpfen, sei nicht feige. Für Dich gibt es keine Rettung, vergiß das nicht.

4.9.91

- PROZESS GEGEN BEERDIGUNGSTEILNEHMER

Das Staatssicherheitsgericht ließ bei dem Prozeß gegen 328 Teilnehmer an der Beerdigung von Vedat Aydin 46 von 52 Angeklagten aus der U-Haft frei. Der HEP Bezirksvorsitzende von Urfa, Muhsin Melik, dem vorgeworfen wird, während der Vorfälle auf eine Polizeistation geschossen zu haben, bleibt inhaftiert.

- JOURNALIST FESTGENOMMEN

Der Journalist der Zeitschrift Emegin Bayragi (Fahne der Arbeit) wurde beim Besuch der hungerstreikenden Segura-TextilarbeiterInnen ohne Begründung festgenommen. Bei dem gleichen Anlaß war zuvor ein Journalist der Zeitschrift Kurtulus (Befreiung) festgenommen worden.

5.9.91

- ERHÖHTE INFLATION

Das staatliche Statistikinstitut meldet die höchste Inflation seit 32

Monaten. Die Jahresinflation der Verbraucherpreise ist damit auf 71 % gestiegen. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes TÜSIAD befürchtet durch die Wahlökonomie (die Mesut Yilmaz-Regierung teilte an verschiedene gesellschaftliche Bereiche Wahlgewinne wie Gehaltserhöhungen aus) eine Hyperinflation.

- PKK ERSCHOS 5 PERSONEN

Bei den sich in den letzten 15 Tagen häufenden Vorfällen im Südosten wurden 13 Sicherheitskräfte, davon 5 Dorfwächter und 3 weitere Personen getötet. Während den Operationen wurden 27 PKK'ler tot und 5 lebendig gefaßt. 9 PKK'ler ergaben sich freiwillig. Bei Baykan/Siirt wurde vorgestern abend ein Kleinbus von 10 PKK'lern gestoppt und die 5 Fahrgäste erschossen. Zwei von ihnen waren Dorfwächter. Die PKK hatte einige Zeit zuvor die Kleinbuschauffeure gewarnt, keine Dorfwächter zu befördern.

6.9.91

- WARNUNG AN SYRIEN

Die zunehmenden Aktivitäten der PKK rufen in militärischen Kreisen Unmut hervor. Man spricht in der oberen militärischen Ebene von der Möglichkeit einer neuen Operation, die über die Grenzen hinaus, diesmal nach Syrien geführt werden könne. Dafür werde eine geeignete politische Atmosphäre abgewartet, mit großer Wahrscheinlichkeit nach den Wahlen. Auf der im letzten Monat in Istanbul stattfindenden Islamischen Konferenz warf der türkische Außenminister Giray dem syrischen Außenminister vor, daß Syrien die Augen vor den Aktivitäten der PKK in der Bekaaebene verschließe. Die Suche nach den 5 Touristen bleibt trotz intensiver Operationen weiterhin erfolglos. Bei Genc brannte das Militär auf der Suche nach PKK'ern Wälder nieder. Die USA werden zur Unterstützung der Suche einen Militärfachmann schicken.

- 41 TAGE WIDERSTAND

Die 450 ArbeiterInnen der Garipoglu Schnurfabrik leisten seit 41 Tagen mit einer Zeltbelagerung vor der Fabrik Widerstand gegen die Aussperrung des Arbeitgebers.

- WIE FIEL DIE STUDENTIN SEHER AUS DEM 3. STOCK?

Der Vorfall, bei dem die 18jährige Kunststudentin Seher Sahin aus dem dritten Stock der Universität gefallen ist, ist noch immer nicht geklärt. Zuvor war politische Polizei in Zivil in die Uni eingedrungen und hatte die Studenten von einem Informationstisch des Studentenvereins IY-DER durch das Gebäude getrieben. Die Eltern von Seher, die schwerverletzt im Krankenhaus liegt, behaupten, Seher habe Blutergüsse, die nicht von dem Sturz sondern von Schlägen herrührten. Die Polizei habe Seher erst geschlagen und dann zum Fenster hinausgeworfen.

9.9.91

- AMT FÜR MENSCHENRECHTE

Justizminister Bilge teilt mit, daß im Justizministerium ein Amt für Menschenrechte eingerichtet wird, um Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen. Er sagte: Wir werden versuchen, die Probleme der Bürger im Lande zu lösen, die keine Stelle finden, an die sie sich wenden können und gezwungen sind, sich an internationale Gerichtsinstanzen zu wenden.

- SEHER SAHIN GESTORBEN

Die 18-jährige Studentin Seher Sahin, die von der Polizei aus dem 3.Stock der Universität geworfen worden sein soll, ist im Krankenhaus gestorben. Die StudentInnen des Vereins IYO-DER verteilten ein Flugblatt, in dem gegen die Ermordung ihrer Freundin und den zunehmenden

den Staatsterror protestiert wird.

- KUNDGEBUNG FÜR GRUNDRECHTE UND FREIHEITEN

Der Menschenrechtsverein Istanbul veranstaltete gestern eine Kundgebung für Grundrechte und Freiheiten gegen das Anti-Terrorgesetz. Die Gouvernator hatte die Kundgebung zunächst verboten und erst in letzter Minute genehmigt, so daß die Zahl der TeilnehmerInnen gering war. Man konnte auf der Kundgebung eine große Anzahl von offiziellen und Zivilpolizisten beobachten. Vor der Kundgebung wurden 6 Personen festgenommen, da sie ein Bild des ermordeten HEP-Vorsitzenden Vedat Aydin trugen.

10.9.91

- PROTESTKUNDGEBUNG FÜR DIE STUDENTIN SEHER

Die Freunde der Studentin Seher Sahin, die vorgestern an den Folgen eines Sturzes aus dem 3.Stock der Universität gestorben ist, veranstalteten gestern eine Protestkundgebung. Sie behaupten, daß Seher von der politischen Polizei aus dem Fenster geworfen wurde.

11.9.91

- WIEDER DIE PKK: 7 SOLDATEN GEFALLEN

Bei Überfällen der PKK auf Polizeistationen in Hakkari, Siirt und Kahramanmaraş wurden 7 Soldaten getötet, und 3 verletzt. 3 PKK'ler wurden tot gefangengenommen.

12.9.91

- WIEDER OPERATIONEN JENSEITS DER GRENZE?

Mit dem Ansteigen der bewaffneten Aktionen der PKK häufen sich die Stimmen in militärischen Kreisen, die eine Operation jenseits der Grenzen der Türkei gegen die PKK befürworten. Der Sprecher des Außenministeriums erklärte, wennes nötig sei werde man eine derartige Operation anordnen.

- VERBOTE GEGEN MEINUNGSFREIHEIT DAUERN AN

Obwohl die §§ 141, 142 aus dem StGB gestrichen wurden (Verbot der Kommunismuspropaganda) sind die Paragraphen faktisch noch in Kraft. Personen, die nach diesen Paragraphen verurteilt oder gegen die eine Untersuchung geführt worden war, wird die Ausstellung eines Passes verweigert, und Anträge auf die Aufhebung des Berufsverbotes bzw. die Wiedereinstellung werden abgelehnt.

13.9.91

- BLUTIGER HINTERHALT FÜR 3 POLIZISTEN IN ISTANBUL

3 Polizisten der Sicherheitskommandantur Bakirköy in Istanbul wur-

den beim Frühstück in einem Cafe von 4 etwa 18-19 Jahre alten Personen erschossen. Zu der Tat bekannte sich Dev Sol/Bewaffnete revolutionäre Einheiten. In einem Anruf bei einer Zeitung erklärten sie: Wir werden unsere Aktionen fortführen bis die Mörder von Seher Sahin, die sie aus dem 3.Stock der Uni geworfen haben, vor Gericht stehen.

- OPERATION GEGEN TDKP IN IZMIR

Von den 40 Personen, die in Izmir von der politischen Polizei mit der Begründung festgenommen wurden, sie seien Mitglieder der TDKP/ Einheit junger Kommunisten und würden für diese Aktionen durchführen, wurden 10 Personen dem Staatssicherheitsgericht vorgeführt.

15.9.91

- RECHTES WAHLBÜNDNIS

Die RP (Islam. fundamentalistische Wohlfahrtspartei unter Erbakan -TI), die MCP (faschistische Nationale Arbeitspartei unter Türkeş -TI) und die IDP (Reformerische Demokratiepartei) einigten sich prinzipiell auf ein gemeinsames Wahlbündnis. Von den 540 Kandidaten auf der Liste werden 300 von der RP, 120 von der MCP und 30 von der IDP gestellt.

- 50 PERSONEN FESTGENOMMEN

Die Operation gegen die TDKP (Revolutionäre kommunistische Partei der Türkei) in Izmir dauern an. Seit dem 31.8. wurden ca 100 Personen festgenommen, davon werden ca 50 immer noch auf dem Polizeipräsidium festgehalten. Es wird behauptet, daß sie dort gefoltert wurden.

- 24 FESTNAHMEN BEI MENSCHENRECHTSAUSSTELLUNG

Bei der Eröffnung einer Bilder- und Karrikaturenausstellung des menschenrechtsvereins anlässlich des 11. Jahrestags des Putsches vom 12. September 80 wurden 24 Personen festgenommen.

16.9.91

- LEBENSLÄNGLICHE PFLEGE FÜR IM SÜDOSTEN VERLETZTE SOLDATEN

Militärangehörige, die während ihres Militärdienstes im Südosten zu Invaliden geworden sind, werden nach einer neuen Verfügung mit Gesetzeskraft von der medizinischen Versorgung der Militärhospitler lebenslang Gebrauch machen können.

- ANGST VOR WAHLUMFRAGEN IM SÜDOSTEN

Institute, die Wahlumfragen machen, haben Schwierigkeiten im Südosten brauchbare Ergebnisse zu erzielen. Befragte Bürger wollen ihren Namen und ihre politische Richt-

ung nicht angeben, da sie hinter den Befragern PKK'ler oder MIT-Agenten vermuten.

- ARMENFONDS WIRD VON DER REGIERUNG FÜR WAHL-VERSPRECHEN EINGESETZT

Die erforderlichen Gelder für den von der Regierung versprochenen kostenlosen Gesundheitsdienst vor den Wahlen werden aus dem als Armenfonds bekannten Förderfonds für soziale Unterstützung und Solidarität genommen. Aus diesem Fonds wurden an das Gesundheitsministerium 10 MRD TL (ca 3,5 Mio DM) für kostenlose Behandlung in den Krankenhäusern geleistet.

- AKSOY: ICH BIN EIN UNABHÄNGIGER KANDIDAT

Der Abgeordnete der HEP Ibrahim Aksoy, der sich gegen das Bündnis von SHP und HEP stellte, erklärte auf einer Pressekonferenz in Diyarbakir, daß er sich als unabhängiger Kandidat des kurdischen Volkes aufstellen lasse. Aksoy behauptete, daß alle Parteien auf Stimmenfang kurdischer Wähler aus sind: Alle Parteien, die die offizielle Ideologie vertreten, allen voran die SHP, haben gemeinsam die SHP zu den Wahlen nicht zugelassen. Jetzt strecken Inönü und die SHP ihre Arme nach dem kurdischen Volk aus.

KURDISCHE FÜHRER AUS DEM IRAK IN ANKARA

Eine Delegation unter Leitung des Führers der Patriotischen Union Kurdistans PUK, Celal Talabani ist zu Gesprächen nach Ankara gekommen. Über die Kontakte in Ankara wurden keine Details bekannt, man wolle aber danach in die USA reisen. Talabani sprach die Hoffnung aus, daß die humanitäre Hilfe der Türkei an den Nord-Irak fortgesetzt werde und erklärte, daß die geleistete Hilfe an keine Bedingungen geknüpft sei.

17.9.91

- NOCH EIN LINKES BÜNDNIS

Die Sozialistische Einheitspartei SBP, die aus formalen Gründen an den Wahlen nicht teilnehmen kann, beschloß die SHP zu unterstützen. Die beiden Parteien einigten sich darauf, daß SBP'ler auf der Liste der SHP kandidieren können.

- PROZESS WEGEN ATTENTATSVORBEREITUNG AUF RECEP ERGUN

Der Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht Ankara gegen 7 Personen mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der illegalen Organisation TKP-B und der Vorbereitung eines Attentats auf den ANAP-Abgeordneten (und berüchtigten ehem. Kriegsrechtskommandanten von Ankara-TI) Recep Ergun ist nun beendet. 4 Angeklagte wurden zu 15, 11 und 10 Jahren Gefängnis

verurteilt, 3 Angeklagte aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

- RECHTSANWÄLTE ALS POTENTIELLE STRAFTÄTER

Eine Gruppe von Rechtsanwälten der Anwaltskammer Izmir behauptete, daß Rechtsanwälte, die ihre Mandanten im Buca-Gefängnis besuchen wollen, einer Behandlung für Strafverdächtige unterzogen werden.

- 8 SP'LER FESTGENOMMEN

8 Mitglieder der Sozialistischen Partei SP wurden beim Plakatieren von Wahlplakaten in Esenyurt/Istanbul unter dem Vorwurf des Separatismus in Polizeihaft genommen. Die Plakate beinhalteten die Parole: Freiwillige und gleichberechtigte Einigung der türkischen und kurdischen Völker

- WEITERE PRIVATISIERUNGEN

Die Hohe Planungskommission beschloß, staatliche Anteile an 30 Firmen, die zwischen 2,3% und 87,1% liegen, an in- und ausländisches Kapital nach der Blockverkauf-Methode zu privatisieren.

- NOCH EIN BLUTIGER TAG IM SÜDOSTEN

PKK-Militante griffen eine Gendarmeriestation in einem Dorf bei Sirnak mit Raketenwerfern und Maschinengewehren an und töteten 3 Soldaten. In der Gegend von Bitlis wurde ein Kleinbus von PKK'lern aufgehalten, ein Offizier und ein Dorfschützer wurden entführt.

- KURDISTANFRONT IN CANKAYA (SITZ DES STAATSPRÄSIDENTEN-TI)

Die 5 Vertreter der Kurdistanfront PUK (unter Leitung von Talabani) aus dem Irak bat den Staatspräsidenten Özal um Unterstützung für die Suche von Gesprächspartnern im Westen. Sie äußerten, daß sie die politischen Reformen in der Türkei unterstützen und bedankten sich bei Özal für seine Hilfe an das kurdische Volk.

- BARZANI: FRIEDLICHER KAMPF

Der Neffe des Führers der Demokratischen Partei Irak-Kurdistans KDP und Mitglied des Politbros der Organisation, Necirvan Barzani, erklärte, daß die in der Türkei lebenden Kurden nach einer demokratischen und friedlichen Linie kämpfen müßten und daß die KDP die Methoden der PKK nicht gutheiße.

- 4 RECHTSANWÄLTE ANGEKLAGT

4 Rechtsanwälte wurden vor Gericht gestellt, weil sie angeblich im vergangenen Januar vor dem Staatssicherheitsgericht eine illegale Versammlung gegen die Staatsanwälte abgehalten hätten und in

tion aufbewahrt hätten. Ein Rechtsanwalt wurde freigesprochen, gegen drei wurde Berufsverbot verhängt.

- WELTBANKKREDIT

Die Weltbank zahlt an die Türkei einen Investitionskredit in Höhe von 200 Mio Dollar für Investitionen im Privatsektor.

19.9.91

- BEWAFFNETE AUSEINANDERSETZUNGEN MIT DER PKK

Bei den Operationen der Sicherheitskräfte im Südosten wurden 8 Terroristen tot und 7 verletzt gefaßt. In Mardin wurden 15 Personen wegen Unterstützung der PKK festgenommen. Die Suche nach den 5 entführten Touristen blieb weiterhin erfolglos.

- 2000'E DOGRU KONFISZIERT

Die 29. Ausgabe der Zeitschrift 2000'e dogru wurde wegen Schlagzeilen auf der Titelseite konfisziert: Lösung der Sozialistischen Partei zum Kurdenproblem: Demokratische Föderation der Werktätigenrepublik. Der Konfizierungsbeschuß des Staatssicherheitsgerichts Istanbul beruft sich auf das Anti-Terror-Gesetz.

- VOLKSHAUS GESCHLOSSEN

Das Volkshaus (Volkshäuser sind demokratische Kulturvereine-TI) in Karsiyaka/Izmir wurde durch die politische Polizei mit der Begründung geschlossen, die Volkshaus-Funktionäre würden zweckfremde Aktivitäten durchführen, Flugblätter politischen Inhalts verteilen und dem Vereinsrecht zuwiderhandeln.

- AKTION DER LEDERARBEITER GEHT WEITER

Der vor 13 Tagen vor den Toren der Kemaller Lederfabrik in Kazlicesme von 70 Arbeitern begonnene Sitstreik geht weiter. Die Arbeiter waren gekündigt worden, nachdem sie sich bei der Ledergewerkschaft organisiert hatten.

- STÄDTISCHE ARBEITER IN IZMIR VOR GERICHT

405 städtische Bedienstete der Betriebe IZSU und Eshot hatten im August die Arbeit niedergelegt und Protestaktionen veranstaltet, weil sie ihre Löhne nicht erhalten hatten. Die Stadtverwaltung hatte sie daraufhin gekündigt und hat nun Anklage gegen sie erhoben.

20.9.91

- ERNEUT TODESFALL IN POLIZEIHAF

Osman Keles, der im Kreis Agri wegen Unterstützung der PKK in Polizeihaft genommen worden war, wurde nach dem zweitägigen Verhör am Türgitter der Zelle mit seinem

Unterherd aufgehängt aufgefunden. Die Zuständigen erklären, er habe Selbstmord begangen. Kelses's Familie will vor Gericht gehen.

- TDKP ERMITTLUNGSAKTEN BEIM STAATSSICHERHEITSGERICHT

Die Ermittlungsakten von 14 bei einer Operation gegen die TDKP (Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei)/Einheit junger Kommunisten festgenommenen Personen wurden von der Staatsanwaltschaft dem Staatssicherheitsgericht zur Überprüfung vorgelegt. Bei der seit 30. August laufenden Operation der politischen Polizei gegen die Organisation wurden bisher ca. 100 Personen festgenommen. Ein großer Teil wurde nach dem Verhör freigelassen. Bisher waren 10 Personen dem Staatssicherheitsgericht vorgeführt worden, davon wurden 9 Personen inhaftiert.

- IRAK: WIR WERDEN DIE PKK NICHT DULDEN

Der irakische Botschafter in Ankara El Tikriti erklärte: Keine ausländische Kraft (multinationale Eingreiftruppe-TI) kann die regionalen Probleme lösen. Die Frage, warum diese Kraft gekommen ist, ist nicht beantwortet. Wenn es irgendein Problem gibt, können wir dies untereinander lösen. Die Stationierungsdauer dieser Kraft zu verlängern, bedeutet eine Drohung für die Region. Die PKK haben wir nie unterstützt. Die PKK hat im Norden von dem Autoritätsvakuum profitiert. Ein Grund dafür ist in gewissem Maße die USA. Wenn wir in der Region wieder die Kontrolle haben, werden wir die PKK nicht dulden.

-EINSATZ VON KOMMANDOS (SPEZIALEINHEITEN-TI) IM SÜDOSTEN

Das Generalsstabspräsidium meldete, daß Gendarmerieeinrichtungen in allen Provinzen und Kreisen mit Kommando-Soldaten neu besetzt werden. Mit der Ausführung dieser Maßnahme wurde vor kurzem begonnen.

6.10.91

- TÜRK-IS GEGEN ANAP

Nach Besuchen bei den 4 (großen) politischen Parteien (anlässlich der Wahlen) entschied sich die Gewerkschaftskonföderation Türk-Is gegen die ANAP: Sie will den Arbeitern klar machen, daß die Wahlversprechen der ANAP nicht überzeugend sind.

7.10.91

- ARBEITGEBERVERBAND TISK GEGEN DIE SHP

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Türkei TISK, Baykul, erklärte, daß er es sich nicht einmal vorstellen wolle, den SHP Führer İnönü auf dem Sitz des Ministerpräsi-

denten zu sehen. Baykul kritisierte auch Demirel, er mache zu viel Versprechungen aus dem hohlen Bauch heraus und erklärte, die ANAP habe es vernachlässigt, ständig auf der Seite der Industriellen zu stehen. Yilmaz's Wahlwirtschaft habe begonnen, die Inflation zu schüren.

- GECEKONDUS (SLUMS) ZERSTÖRT

Aufgrund fehlender Infrastruktur in den Gecekonduvierteln in Istanbul wurden zwei Gecekondu vollständig und 13 teilweise durch eine Überschwemmung zerstört. Ein alter Mann und seine 2 Enkel ertranken.

- BEWAFFNETE AKTIONEN

Auf die zentrale Gendarmeriestation in Batman/Hasankeyf wurde vorgestern mit Maschinengewehren das Feuer eröffnet. Bei der bewaffneten Auseinandersetzung fiel ein Soldat.

- 12 FESTNAHMEN IN DIYARBAKIR

Bei Razzien durch Sicherheitskräfte in Diyarbakir und Umgebung wurden 12 Personen festgenommen. Sie werden der Unterstützung einer illegalen Organisation, des gewaltsamen Geldeinsammelns, des Flugblattverteils und Anbringens von Transparenten und der Anschläge auf einige Häuser beschuldigt.

- 5 FESTNAHMEN IN ZONGULDAK

In Zonguldak wurden bei Operationen durch die politische Polizei 5 Personen unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation festgenommen.

- TÜRKES: ECEVIT'S ANSICHTEN STIMMEN MIT UNSEREN ÜBEREIN

(Der Vorsitzende der faschistischen MCP-TI) Türkes, erklärte, daß Ecevit's (sozialdemokratische DSP) Ansichten vor allem bezüglich der außerhalb der Türkei lebenden Türken mit den seinen übereinstimmen. 3 Mitglieder des Parteipräsidiums der DSP traten aus der Partei aus, da sie der Meinung sind, daß Ecevit nach rechts gerückt ist.

- TALABANI IM TÜRKISCHEN FERNSEHEN

Auf einer Talkshow des türkischen Fernsehens erklärte der irakische Kurdenführer Talabani, daß sich die Kurden im Nord-Irak zum ersten Mal darauf vorbereiteten, gegen die PKK aufzutreten. Celal Talabani: Die PKK schadet mit ihren Taten allen Kurden. Wenn die PKK diese Haltung fortsetzt, werden wir auf der Seite der Türkei stehen. Während der Westen mit den Kurden sympathisiert und Hilfe leistet, verursacht die PKK durch Entführung von Touristen und Zivilisten das Gegenteil. Die Taten werden als terroristische Aktionen betrachtet und verurteilt. Talabani gab zu, daß sie die PKK im Bereich der

Grenzregion, der ihnen gehört, nicht kontrollieren könnten, da er sehr gebirgig ist und sie keine ausreichenden Soldaten und Waffen hätten, da diese z.Z. gegen den Irak im Kampf stünden. Er meinte: Selbst die Türkei hat es schwer, die Region unter Kontrolle zu halten. Auf die Frage bezüglich eines bewaffneten Kampfes mit einer anderen kurdischen Gruppe meinte er: Wir wollen keinen Bürgerkrieg. Aber wenn unsere Interessen in Gefahr sind, werden wir gezwungen sein, uns zu wehren.

1170 EXAMTRIKULATIONEN AN DER ODTÜ

Aufgrund der strengen Prüfungsordnungen für Universitäten nach einer Änderung des Hochschulgesetzes sind an der ODTÜ (TU des Mittleren Ostens in Ankara-TI) innerhalb des Studienjahres 1990-91 insgesamt 1170 Studentinnen exmatrikuliert worden.

8.10.91

- PKK-TERROR: 11 SOLDATEN GEFALLEN

Hinterhalt an der Grenze: Am frühen Morgen des gestrigen Tages beschloß eine Gruppe von 100 bis 150 PKK'lern ein an der türkisch-irakischen Grenze in der Nähe von Hakkari patrouillierendes Sicherheitsteam mit Raketenwerfern. Von dem 24-köpfigen Team fielen 11 Soldaten, ein Offizier und 2 Soldaten wurden verletzt. Nach der Erklärung des Gouverneurs des Ausnahmezustandsgebiets wurden 20 Terroristen getötet, deren Leichen dann durch ihre Freunde in Nachbarländern verschleppt wurden.

Durch das von Terroristen auf einen Zivilbus bei Bitlis eröffnete Feuer wurde eine Person getötet.

9.10.91

- GROSSE PKK-JAGD IM SÜDOSTEN

Aufgrund des Überfalls bei Hakkari, bei dem 11 Soldaten getötet worden waren, wurden innerhalb der Grenzen der Türkei groß angelegte Operationen gestartet.

Bei einem Überfall auf ein Dorf bei Mardin erschossen PKK-Militante 3 Personen einer Familie mit Maschinengewehren.

Die bei einer bewaffneten Auseinandersetzung am 1.10. zwischen Sicherheitskräften und der PKK tot gefaßten 2 Personen konnten identifiziert werden. Einer der beiden wird als Planer zahlreicher terroristischer Aktionen vermutet, bei denen im Gebiet K.Maras innerhalb eines Jahres ca. 30 Personen umgekommen sind. Damit sei der separatistischen Bande eine große Niederlage in diesem Gebiet zugefügt worden.

- ANKLAGE WEGEN FOLTER

5 Polizeibeamte werden wegen Fol-

terung einer Korrespondentin der Zeitschrift Mucadele (Kampf), die wegen Teilnahme an illegalen Demonstrationen im Büro der Zeitschrift in Ankara festgenommen worden war, angeklagt. Die Staatsanwaltschaft fordert Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren. Die Journalistin behauptete, daß sie von den Polizisten verprügelt und an den Haaren in den Polizeiwagen geschleift worden ist.

10.10.91

- GROSSE VERFOLGUNG IMSÜDOSTEN

Der Sprecher des Außenministeriums erklärte, daß die Operationen gegen die PKK z.Zt. nur entlang der Grenze geführt würden und daß sich im Nord-Irak türkische Soldaten zu friedlichen Zwecken aufhielten. Für die Operation, an der sich Kommandoeinheiten, Spezialteams und Gendarmerieeinheiten beteiligen, werden auch Kampfflugzeuge und Hubschrauber eingesetzt. Der Vertreter der irakischen Demokratischen Partei Kurdistans in Ankara (KDP) erklärte, daß die Suchaktionen nach den 7 gefangenen türkischen Soldaten fortgesetzt würden. In einem Dorf der Provinz Kars sind 2 Terroristen bei einer bewaffneten Auseinandersetzung am Abend des 9.10. tot gefaßt worden.

- ANTRAG AN AI

Der ehem. HEP Parteivorsitzende von Siirt, der als Unabhängiger kandidiert, bat bei amnesty international um Wahlbeobachter, da sein Wahlbüro von der Polizei zweimal durchsucht und eine dreifarbige Fahne als angebliche ERNK-Fahne beschlagnahmt wurde.

- ARBEITER/INNEN WIDERSTAND

Die 76 ArbeiterInnen der Kemaller Lederfabrik in Kazlıcesme, die wegen Gewerkschaftsgründung entlassen worden waren, sind seit 46 Tagen im Widerstand.

In einer Glas-Verpackungsfabrik traten 300 ArbeiterInnen in den Widerstand gegen die Entlassung von 75 KollegInnen, indem alle Schichtarbeiter den Betrieb nicht verließen und die Produktion stoppten.

200 Arbeiter einer Butterfabrik in Adana beschlossen den Streik, da die Tarifverhandlungen zu keinem Ergebnis führten.

- MINENARBEITER BESETZEN BETRIEB

Die wegen Mitgliedschaft in der Gewerkschaft entlassenen 340 Arbeiter, von denen 150 den Widerstand in den Bergen fortsetzten, setzten am 88.Tag ihres Widerstandes die Aktion im Übernachtungshaus des Betreibers fort. Die Presse konnte aufgrund einer Gendarmeriesperre nicht zum Ort des Geschehens ge-

langen. Der örtliche Gendarmeriekommandant begab sich zur Mine um die Anführer festzunehmen. 6 Arbeiter wurden festgenommen.

12.10.91

ERNEUT GRENZÜBERSCHREITENDE OPERATIONEN GEGEN PKK

Ministerpräsident Yılmaz erklärte, daß ein aus 8 Flugzeugen bestehendes Geschwader mit 8 Flügen die PKK-Camps im Norden des Irak bombardiert hat. Die endgültigen Ergebnisse der Operation habe man noch nicht feststellen können, diese würden mit Aufklärungsflügen erfaßt. Bei den Bombardierungen sollen 92 Personen in Dörfern, die bis zu 25 km von der Grenze im Irak liegen, verletzt worden sein. Der Dorfvorsteher eines bombardierten Dorfes behauptete, daß es in der Gegend keine PKK-Camps gebe. Nach Angaben der KDP sollen in Zaho 3 Peshmergas umgekommen sein. Dort werde eine Protestdemonstration unter Führung der kurdischen Organisationen stattfinden. Seit dem Überfall auf eine Gendarmeriestation wurde in einem Kreis bei Batman eine Ausgangssperre ab 17 Uhr verhängt.

- BEISETZUNG DER TERROROPFER

Die Ermordung der 5 Sicherheitsbeamten in Istanbul durch Terroristen löste landesweit Empörung aus. Özal: Die Verräter werden bestraft. Der Terror kostete innerhalb von 22 Monaten 46 Menschen das Leben.

- 5 ARBEITER IM HUNGERSTREIK

2 der 5 Arbeiter bei ASSAN/Istanbul, die sich seit 10 Tagen gegen ihre Entlassung im Hungerstreik befinden, wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Sie wollen ihren Widerstand fortsetzen. Die Entlassungen in dem Betrieb betrafen zunächst 50, dann weitere 5 Arbeiter. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wurden dann gezwungen aus ihrer Gewerkschaft Öz-Celik-İs (Stahl) auszutreten. ArbeiterInnen in dem Gebiet Tuzla besuchten die Hungerstreikenden gemeinsam beim Schichtwechsel, um ihre Solidarität auszudrücken.

13.10.91

- GENERALSTAB: OPERATION ERFOLGREICH

Der Generalstabschef erklärte bezüglich der Luftangriffe auf PKK-Lager im Nord-Irak: Unser Ziel war Vernichtung, und das haben wir verwirklicht.

- ANGRIFF AUF EHEMALIGEN ANAP-BÜRGERMEISTER

2 Unbekannte überfielen den ehemaligen Bezirksbürgermeister von Siirt (ANAP) in seinem Haus. Er wurde schwer verletzt, sein Sohn starb an Ort und Stelle. Man vermutet, daß dieser Überfall von der PKK ausging.

16.10.91

- ARBEITERPROTESTE

235 ArbeiterInnen der Far-Glasfabrik, die seit 18 Monaten ihre Löhne und Entschädigungen nicht ausgezahlt bekamen, besetzten mit ihren Familienangehörigen die Fabrik.

- GROSSE VERLUSTE BEI GRENZÜBERSCHREITENDEN OPERATIONEN

Das Generalstabspräsidium gab bekannt, daß die Angriffe gegen die PKK-Camps im Nord-Irak große Verluste bei der PKK verursacht hätten. Die aus der Luft gemachten Fotos zeigten eine Flucht aus den Zelten und große Verluste. Die Camps seien zweimal aus der Luft und einmal durch eine Bodenoperation gegen 3 Stützpunkte angegriffen worden. Die Zahl von 5 Toten und 3 Verletzten bei der PKK sei falsch. Auf die Frage bezüglich des Einsatzes von Napalm bemerkte der Zuständige, daß man, um die Camps zu vernichten alle Arten von Waffen, Maschinengewehre, Geschütze und Bomben verwendet habe.

17.10.91

- ERKLÄRUNG DES GENERALSTABS ZUR GRENZÜBERSCHREITENDEN OPERATION

Während westliche militärische Quellen behaupten, daß zivile Wohngebiete getroffen wurden und die Toten unter der Zivilbevölkerung zu verzeichnen sind, bezeichnete der Generalstab dies als zweckgebundene Lügen. Die zivile Bevölkerung sei nicht betroffen. Die Protestklärungen Deutschlands und des Irak wurden von Ankara zurückgewiesen. Ein Sprecher des türkischen Außenministeriums erklärte, daß die türkischen Behörden mit den Führern der kurdischen Oppositionsparteien im Irak in ständigem Kontakt stünden, und daß die Erklärungen der kurdischen Führer in der Presse nicht richtig seien. Die Behauptung, die irakisch kurdischen Organisationen würden sich wegen der Operation an die UNO wenden, entspreche nicht der Wahrheit.

- BEWAFFNETE AUSEINANDERSETZUNGEN MIT DER PKK

Bei Gefechten in der Nähe von Siirt wurde ein Major getötet, 5 Soldaten wurden verletzt. In der gleichen Gegend starben 2 Dorfschützer bei einer Schießerei.

- WEITERE ANSCHLÄGE AUF ANAP-WAHLBÜROS

Gegen Wahlbüros der ANAP wurden durch Unbekannte in Ankara, Bursa, Izmir und Istanbul Anschläge mit Molotowcocktails und Lärmbomben verübt. Es gab Sachschäden.

- ARBEITER/INNEN WIDERSTAND WEITET SICH AUS

200 pensionierte Minenarbeiter in Zonguldak führten einen Sitzstreik vor dem Sitz der türkischen Steinkohleeinrichtung durch, da ihnen die versprochene Auszahlung der Gesamtrente in Höhe von 70 Mio. TL verweigert wurde.

In 5 verschiedenen Betrieben finden Aktionen gegen zunehmende Entlassungen statt. Bei Cam-Is wurden 74 Arbeiter entlassen. Die Produktion wurde z.T. unterbrochen und 320 Arbeiter weigern sich, die Fabrik zu verlassen. Die bei Mutlu-Aku entlassenen 40 ArbeiterInnen führen ihren Sitzstreik vor der Fabrik fort. 1700 entlassene ArbeiterInnen bei Güney Ambalay haben gestern die Fabrik besetzt.

18.10.91

3 MÄRTYRER IM SÜDOSTEN

Bei den 2-tägigen bewaffneten Auseinandersetzungen in der Nähe von Siirt/Erüh starben 3 Soldaten, 5 Terroristen wurden tot gefaßt. Bei einer anderen Auseinandersetzung in der gleichen Gegend kamen ein Terrorist und ein Dorfschützer ums Leben.

19.10.91

- DEUTSCHLAND MUSS DIE PKK VERURTEILEN

Ein Staatssekretär des Außenministeriums erklärte, daß die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland nach den Wahlen nochmals durchdacht und verstärkt werden müßten. Die Türkei erwarte von Deutschland bezüglich der PKK und deren Terror eine Initiative. Deutschland müsse in seiner Position zur PKK Klarheit schaffen.

- KURZ VOR DEN WAHLEN: AUSSERORDENTLICHE ZUSTÄNDE

In Istanbul sind 8000 Polizisten (zusätzlich?) im Dienst. Der Direktor der Sicherheitsbehörden in Istanbul begründete dies damit, daß innerhalb einer Woche insgesamt 5 Sicherheitsbeamte bei Terrorakten in Istanbul (Bahceli und Kartal) umgekommen seien. Ein Militärpersonal befördernder Bus wurde vorgestern durch PKK-Militante beschossen. Während einen Tag vor den Wahlen die Terroraktionen in den Großstädten andauerten, intensivierte sich die Auseinandersetzung mit den PKK-Terroristen im Südosten. In Istanbul ist die Polizei in Alarmbereitschaft und die Gouverneure von Mus, Tunceli und Bingöl gaben bekannt, daß die Spezialteams für Sicherheit während des Wahlvorganges sorgen würden. In Konya wurden 4 Personen festgenommen, die transparente und Fahnen der ANAP herunterrissen. In Ankara wurde ein Person erstochen, als sie ein SHP-Plakat anbringen wollte.

- 7 PKK'LER TOT

Nach den in den Bergen von Siirt 2 Tage lang andauernden Auseinandersetzungen zwischen PKK-Terroristen und Sicherheitskräften wurden zwei weitere Leichen von PKK'ern gefunden. Somit ist die Anzahl der getöteten PKK'ler bei den Auseinandersetzungen, bei denen ein Major und 3 Soldaten fielen und 5 Soldaten verletzt wurden, auf 7 gestiegen. Im Bezirk Varto in der Nähe von Mus soll ein Terrorist tot gefaßt worden sein.

- FESTNAHMEN BEI SHP-KUNDGEBUNG

Bei einer Kundgebung der SHP in Kiziltepe, bei der auch der SHP-Kandidat Fehmi Isiklar (ursprünglich HEP) sprach, wurden 30 Personen festgenommen. Die Zuständigen gaben keine Informationen über die Festnahmen.

- FILMEMACHER VOR DEM STAATSSICHERHEITSGERICHT (DGM)

Der Filmemacher Sedat Turgut, der vor einiger Zeit wegen seines Filmes Siyamend U Xexe, der eine kurdische Liebesgeschichte darstellt, in Van festgenommen wurde, wird vor dem Staatssicherheitsgericht Diyarbakir angeklagt. Die Staatsanwaltschaft fordert 3-5 Jahre Freiheitsstrafe.

- KRANKENSCHWESTER GEFOLTERT

Eine Krankenschwester, die behauptet, während der Dauer ihrer Festnahme bei der politischen Polizei in Adana durch Elektroschock, Aufhängen und Vergewaltigung mit elektrischem Knüttel gefoltert worden zu sein, hat Klage erhoben. Vom gerichtsmmedizinischen Amt erhielt sie ein Gutachten, daß ihre Klitoris verletzt worden ist.

- 4 FESTNAHMEN

4 Personen, die in Istanbul eine Extra-Ausgabe der Zeitschrift Emegin Bayragi verteilten, wurden festgenommen, obwohl es keine Konfiszierungsanweisung für die Ausgabe gab.

- DEVRIMCI YOL PROZESS VOR EUROPÄISCHER MENSCHENRECHTSKOMMISSION

Die europäische Menschenrechtskommission beschloß, daß der Dev-Yol Prozeß der europ. Menschenrechtskonvention widerspricht. Es wird die Einschätzung vertreten, daß der durch den 1989 gestellten Antrag der Hauptangeklagten Oguzhan Müftüoğlu und Nasuh Mitap zustandegekommene Beschluß exemplarisch für alle Anklagen unter dem Kriegsrecht sein wird.

- ANSCHLAG AUF ANAP

Bei einem Bombenanschlag auf das

Parteigebäude der ANAP in Kartal/Istanbul kamen ein Polizist und ein Wächter ums Leben. Für den Anschlag erklärte sich Dev-Sol verantwortlich.

21.10.91

- VORFÄLLE NACH DEN WAHLEN IM SÜDOSTEN

Im Ausnahmezustandsgebiet sind 200 000 Sicherheitsbeamte im Dienst. Während der Wahlvorgang im Südosten ruhig verlief, kam es während der Auszählung und danach zu bewaffneten Angriffen auf Häuser einiger SHP-Kandidaten in Bitlis und Cizre. Die Schüsse in Cizre sollen aus Richtung des Hauses gekommen sein, in dem sich der Sitz des Gouverneurs, der Sicherheitspolizei, des Geheimdienstes und der Spezialteams befindet. In Mardin fuhr das Fahrzeug eines Wahlurnenvorstehers auf eine Mine. 3 Soldaten und der Vorsteher kamen ums Leben.

- ARBEITGEBER FÜR DYP-ANAP-KOALITION

Die Arbeitgeber erklärten, daß eine Koalition der beiden großen Parteien DYP und ANAP die Antwort auf ihre Forderung nach einer starken Regierung geben könnte. Wenn diese Koalition zustandekäme, würden vorgezogene neue Wahlen nicht nötig sein.

22.10.91

- KOALITIONSRECHNUNGEN

Das Yilmaz-Kabinett, das seine Mehrheit im Parlament verloren hat, trat zurück. Die neue Regierung wird eine Koalition unter Führung Demirels sein.

- STREIKWELLE

In den Bereichen Lebensmittel, Benzin und Landwirtschaft häufen sich die Streiks. Die Streiks, an denen sich 1711 ArbeiterInnen in 21 Betrieben an 2749 Streiktagen beteiligten, werden fortgesetzt. Die Aussperrung von 934 Arbeitern in Diyarbakir und Erzurum dauert an.

23.10.91

- HEP-ANHÄNGER ANGEKLAGT

Der Prozeß gegen HEP-Funktionäre aus Istanbul, denen vorgeworfen wird, auf verschiedenen Versammlungen separatistische Propaganda betrieben zu haben, begann am 23.10. vor dem Staatssicherheitsgericht Istanbul. Für die 38 Angeklagten werden Freiheitsstrafen zwischen 3 und 5 Jahren gefordert.

- NEVROZ-PROZESS

Der Prozeß gegen 24 Angeklagte wegen der Nevrozfeier in Izmir (kurdisches Neujahrsfest-TI) ist abgeschlossen. 4 der Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen zwischen 3 und 4 Monaten. Die übrigen Angeklagten wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

- PROZESS GEGEN MUSIKGRUPPE EKIN

Das Staatssicherheitsgericht fordert für 8 von 11 Angeklagten (davon 5 in Haft) der Musikgruppe Ekin Freiheitsstrafen bis zu 10 Jahren. Sie wurden nach dem Anti-Terrorgesetz wegen Verteilens von Flugblättern angeklagt.

- ARBEITSNIEDERLEGUNG IN ZONGULDAK

1200 städtische Bedienstete in Zonguldak haben seit 5 Tagen die Arbeit niedergelegt. Durch den Streik kam es zu gesundheitsgefährdenden Müllansammlungen und dem Erliegen des Nahverkehrs.

24.10.91

- VERHÖR DER EHEMALIGEN GEISELSOLDATEN

Die 8 von der PKK entführten und dann freigelassenen Soldatengeiseln werden verhört, um festzustellen, ob sie mitschuldig waren. Wenn dies der Fall ist, werden sie vor Gericht gestellt. Einem Soldaten wird der Prozeß gemacht, weil er unbewußt die Grenze überschritten hat, um Wasser zu holen.

25.10.91

- HINTERHALT IN SILOPI

In einem Dorf im Kreis Silopi eröffneten Terroristen am 24.10.91 das Feuer auf ein patrouillierendes Militärfahrzeug. 5 Soldaten fielen, 1 Offizier und 1 Soldat wurden schwer verletzt. Bei einem Angriff auf den Vansee Express in der Nähe von Mus töteten PKK-Terroristen eine Person. In der Umgebung von Mardin kamen 3 Terroristen bei der Montierung von Minen auf der Landstraße ums Leben. Der Bürgermeister von Siirt ist an den Folgen des Attentats auf sein Haus am 11.10.91 gestorben.

- BERUFE DER NEUEN ABGEORDNETEN

In der 19. Amtsperiode des türkischen Parlamentes sind die Sitze nach folgenden Berufsgruppen verteilt: 75 Rechtsanwälte, 75 Ingenieure, 55 Händler, 32 leitende Beamte, 26 Wirtschaftler, 25 Ärzte, 19 Pharmazeuten, 15 Lehrer, 15 Dozenten, 15 Industrielle, 12 Bauern, 10 Journalisten, 10 Theologen.

- TÜRKES ZUR KOALITIONSFRAGE

Der Vorsitzende der MCP, Türkeş, der auf der Liste der RP ins Parlament gewählt wurde, äußerte sich zur Koalitionsfrage folgendermaßen: In der Türkei findet heute ein nicht erklärter Krieg statt. Deshalb ist eine Nationale Front notwendig (Gemeint ist die Koalitionsregierung aus AP, heute DYP unter Demirel, der MHP, heute MCP unter Türkeş und der MSP, heute RP unter Erbakan wie in den 70'er Jahren - TI)...Ist es denn kein Krieg, wenn die separatistischen Terroristen unsere Nation und

unsere Armee zum Angriffsziel nehmen? Für die Verhinderung des Terrors ist eine neue National Front-Koalition notwendig.

- MENSCHENRECHTSVEREIN: POLIZEI ERSCHOSSEN JUGENDLICHEN ABSICHTLICH

Ein Jugendlicher bewarf ein Parteibüro mit Molotovcocktails und wurde auf der Flucht von der Polizei erschossen. Nach der Erklärung der Polizei wurde er nach einer bewaffneten Auseinandersetzung verletzt verhaftet. Nach Angaben des Menschenrechtsvereins habe eine Augenzeugin beobachtet, daß der unbewaffnete Jugendliche auf der Flucht erschossen wurde und die Polizei, nachdem er auf dem Boden lag, noch einmal auf ihn schoß.

27.10.91

- GROSSE OPERATION GEGEN DIE PKK

In Folge der Operation, an der auch Kampfflugzeuge und 6 Hubschrauber beteiligt waren, wurden einige Camps der PKK im Nord-Irak vernichtet. 4 Bomber haben eine Gruppe von 400 Terroristen, die sich 9 km hinter der Grenze in der Nähe von Hakkari aufhielten, bombardiert. Nach Angaben des Generalstabs sind am vergangenen Tag 24 Flüge gestartet. An der Bodenoperation beteiligten sich Kommandoteams, die aus 2 Kompanien bestehen. Die Zuständigen berichten, daß die Operation so lange andauern werde, bis die regionale Gruppe vernichtet sei.

Demirel: Das erste, was ich unternehmen werde, wenn ich mein Regierungsamt übernehme, ist, den Sicherheitskräften zu sagen: Nun erledigt dieses Problem.

28.10.91

- IRAK-OPERATION GEGEN PKK

36 Flüge der Kampfflugzeuge. 6000 Kommandosoldaten sind beteiligt. 10 km in den Irak eingedrungen. 400 PKK'ler in der Awkihil-Ebene bombardiert.

9 der 17 in Hakkari/Cukurca gefallenen Soldaten wurden mit einer Trauerzeremonie beigesetzt.

- KURDENFÜHRER BARZANI AN ANKARA:

Wir werden auf jeden Menschen das Feuer eröffnen, der die Zivilbevölkerung angreift. Barzani, dessen Dorf auch angegriffen worden sein soll, richtete an das Außenministerium in Ankara eine scharfe Protestnote: Die KDP-Vertreter in Ankara ziehen sich sofort zurück. Wir werden die Überschreitung der Grenze bei Habur verhindern. Der Kampfplan gegen die PKK wird aufgehoben.

- FRAUENBERATUNGSZENTRUM IN DER HAUPTSTADT

Die Beauftragte des Frauenbera-

tungszentrums Akcan erklärte, daß die überwiegende Anzahl der Frauen sich über Gewalt in der Familie und Schläge vom Ehemann beschwerten. Innerhalb von 10 Tagen nach Eröffnung des Zentrums haben sich 40 Frauen an das Beratungszentrum gewandt. 80% der Frauen, die sich beraten lassen, denken an Scheidung.

- KURDISCHE LIEDER VERBOTEN

Der Herausgeber der Zeitschrift Özgür Gelecek wird wegen seines Buches Kurdische Volkslieder angeklagt. Nach Art.6 des Anti-Terrorgesetzes wird eine Haftstrafe von 8 Jahren und eine Geldstrafe von 100 Mio TL (33 000 DM) gefordert.

30.10.91

- REGIERUNGSPROGRAMM

Auf Anweisung von Demirel befaßt sich eine Kommission mit dem neuen Regierungsprogramm. Schwerpunkte sind: Terror und Südostanatolien. Auch dem Thema Demokratisierung wird breiter Platz eingeräumt.

- BIN ENTLASSEN UND BITTE UM UNTERSCHRIFT

Unter diesem Motto ziehen hunderte von städtischen Bediensteten in Izmir durch die ganze Stadt und sammeln Unterschriften gegen ihre Entlassung. Die Entlassung beruhte auf Protestaktionen gegen die Nichtauszahlung von Löhnen. Ein Teil der entlassenen 405 Arbeiter wurde wieder eingestellt.

31.10.91

- MILITÄRFahrZEUG BESCHOSSEN

Ein Militärpersonal beförderndes Fahrzeug wurde in Izmir durch 6 Personen mit Maschinengewehren beschossen. 3 Militärangehörige wurden verletzt.

- ARBEITSNIEDERLEGUNGEN

Die seit 63 Tagen streikenden 85 ArbeiterInnen der Ve-Ge Banifabrik setzen ihre Aktion mit einem Sitzstreik vor dem Fabriktorfort, nachdem ihr Streik durch den Arbeitgeber unterlaufen wird.

Bei Cam-Is (Glas) befindet sich der Widerstand von 320 ArbeiterInnen gegen die Entlassung von 75 ArbeiterInnen im 22.Tag. Sie reduzieren die Produktion und führen einen Hungerstreik mit personeller Ablösung durch.

Die Arbeitsniederlegung der städtischen Bediensteten der Stadt Zonguldak befindet sich im 13.Tag. Ihre Forderungen sind: Auszahlung von offenen Löhnen von 25 Monaten und Auszahlung der versprochenen Kleidungs- und Kohlengelder sowie

len Rassismus der SchreibtischtäterInnen. Neben all dem Alltagsrger von rassistischen Schlägern in der U-Bahn bis hin zu eindeutigen Sprüchen beim Einkaufen – sind sie ihrer Willkür, ihren Schikanen und Erniedrigungen in einer für sie existenziell eminent wichtigen Form ausgesetzt. Die Beamten können ihre Macht ausüben, z.B. wenn sie AsylbewerberInnen die notwendige Erlaubnis zum Besuch von Freunden oder Angehörigen in einem anderen Landkreis verweigern. Immer bleibt das Gefühl, unerwünscht zu sein, weil bestimmte Kriterien nicht erfüllt werden: Sei es die richtige Hautfarbe oder das richtige Geschlecht, sei es ausreichender Wohnraum oder die angepasste politische Überzeugung, sei es die falsche Kultur oder Religion.

Auch einzelne, sozial eingestellte Beamte ändern nichts an der Tatsache, daß sie Handlanger einer Politik sind, die in erster Linie auf die profitträchtigste Verwertung von Arbeitskraft orientiert ist.

Seit Jahren wird das Grundrecht auf Asyl eingeschränkt. Die Unterbringung von Flüchtlingen spottet oft jeder Beschreibung, gerade bei den privat betriebenen Unterkünften. Eine ähnliche "Asyldiskussion", wie sie heute über die Massenmedien geführt wird, führte 1986 zur Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes. Wurde damals die "Diskussion" fast nur von Begrifflichkeiten, wie "Asylantenflut", geprägt, eskalierte sie in diesem Herbst tagtäglich in Überfällen und Brandanschlägen. Die Dimension des Ganzen ist neu – die Verfahrensweise nicht! Allerdings dürften die Herrschenden nicht mit einer derartigen Verselbstständigung des rassistischen Terrors gerechnet haben. Das Image der BRD litt doch allzu sehr im "befreundeten Ausland".

In diesem Sinne ist ihr Ruf nach der "Einheit der Demokraten", die sich gegen den Rechtsradikalismus stellen soll, zu verstehen. Daß es in der BRD ein großes Potential von Neonazis und Rassisten gibt, die in einer durch die Medien aufgeheizten Situation auch zu Taten bereit sind, haben die Herrschenden Schäu-

ble, Rüge und Lafontaine gewußt, als sie ihre Diskussion begannen. Somit sind sie mitverantwortlich für den Terror der Neonazis und eines rassistischen Mobs!

Sie haben diese Überfälle in Kauf genommen – und nun weinen sie Krokodilstränen um die Opfer.

Dabei tragen die Nazi-Schläger und diejenigen, die ein Sondergesetz für "Ausländer" als notwendig erachten, letztendlich die selbe Ideologie in ihren Köpfen – die Ideologie von der Ungleichwertigkeit der Menschen, den Rassismus. Ihre Vorgehensweise unterscheidet sich: Die einen üben ihre Gewalt allfänglich aus, die anderen gießen sie in Gesetze und lassen Richter und Polizei agieren.

Von den Menschen, die über die Abschiebepaxis der BRD zurück in Kriegsgebiete, zurück zu ihren Folterern und zurück in Elend und Not geschickt werden, redet niemand. Macht es denn so einen großen Unterschied, ob in Deutschland ein Flüchtling von Neonazis erschlagen wird oder ob in seinem Heimatland der Tod auf ihn oder sie wartet, daß erst jetzt so viele Menschen ihr Herz für Flüchtlinge entdecken?

Schon lange ist es notwendig ein öffentliches Bewußtsein für internationale Solidarität zu schaffen. Wer weiß denn schon genaueres über die Situation der hier angekommenen Flüchtlinge? Wen interessiert, daß nur ein Bruchteil der Menschen, die weltweit auf der Flucht vor Unterdrückung, Elend und Krieg sind, in den reichen westeuropäischen Ländern ankommen? – In Ländern, die mitverantwortlich für die Stabilität von faschistischen Diktaturen und reaktionären Regimen überall auf der Welt sind!

So ein Bewußtsein fällt nicht vom Himmel und es entsteht auch schon gar nicht aus Mitleid mit den Opfern von Anschlägen "ewig Gestriger". Diese Anschläge sind eine logische Konsequenz aus der "Ausländerpolitik" der BRD. Und Menschen, die zwar gern in die Pizzeria nebenan gehen, aber in den Kolleg/inn/en, die aus anderen Ländern kommen, nur Konkurrenz sehen, die im Zweifelsfalle rauszuschmeißen ist, lassen sich nicht von einem Tag auf den anderen verändern.

Trotzdem gibt es viel zu tun:

– Die BewohnerInnen der Flüchtlingsheime müssen sich über die Situation in der BRD im Klaren sein. Momentan befinden sie sich durch die jederzeit möglichen Überfälle in einer bedrohlichen Situation. Von der Polizei können sie nicht viel erwarten. Sie erscheint in der Regel, wenn es zu spät ist. Sie müssen sich selbst wehren, denn ein effektiver Schutz der Wohnheime von außen, durch antifaschistische Gruppen und Organisationen, ist nicht lange

aufrecht zu erhalten. Direkte Angriffe könnten abgewehrt werden, wenn die BewohnerInnen der Heime, auch mit der Unterstützung von außen, ihren Schutz selbst organisieren. Diese Selbstorganisation wird sowohl durch oft fehlende Kenntnis der Situation in der BRD als auch durch die Schwierigkeiten, die unterschiedliche Sprachen und Kulturen mit sich bringen, erschwert. Über die Vermittlung von DolmetscherInnen könnten z.B. Versammlungen der HeimbewohnerInnen einberufen werden und sowohl Selbstschutz als auch politisches Auftreten nach außen organisiert werden.

– Politischer Druck entsteht aus vielerlei Faktoren. Demonstrationen, Kundgebungen, Informationsveranstaltungen und direkte Aktionen gehören genauso dazu wie Forderungen an die PolitikerInnen, die elementarsten Menschenrechte einzuhalten und sich an ihre eigenen Spielregeln zu halten. Gerade der Staat Bundesrepublik Deutschland, der die Nachfolge des nationalsozialistischen 3.Reiches angetreten hat, hat die moralische Verpflichtung, jedem und jeder Verfolgten zu helfen. Aus diesem Gedanken entstand das Grundrecht auf Asyl. Wie auch immer Linke zum Grundgesetz und seiner Entstehung stehen mögen: Die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl wäre ein weiterer Stein in der Mauer der Festung Europa. Internationale Solidarität bedeutet in der Praxis, die Fertigstellung dieser Festung Europa zu behindern!

Das ganze Gerede von "Scheinasylanten" und "Wirtschaftsflüchtlingen", von den Faschisten von REP's bis FAP aufgebracht und von etablierten Politikern und Medien in den 'deutschen Wortschatz' aufgenommen, dient dazu, dieses Grundrecht weiter abzuschaffen.

– Den Rassisten und Faschisten, die die Gunst der Stunde ausnutzen und durch Angst und Schrecken die Abschiebungspolitik der BRD forcieren, muß klar gemacht werden, daß sie nicht länger ungestraft agieren können. Um an ihre Vernunft zu appellieren, dürfte es zu spät sein. Sie sollten es sein, die Angst haben müssen, durch die Straßenzu gehen! Faschistische Gruppen und Organisationen müssen direkt bekämpft und politisch isoliert werden. Wenn die Polizei nicht gegen sie vorgehen kann oder will, müssen sie von den Betroffenen und den mit ihnen solidarischen Menschen in die Schranken gewiesen werden. Dazu bedarf es Mut und guter Organisation. Nicht nur wegen der Nazi-Schläger, auch wegen des deutschen Staates, der auf sein Gewaltmonopol besteht und jede/n verfolgt, der oder die es in Frage stellt.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Solidarität und gemeinsame Aktion gegen die Ideologie von Rasse und Nation

Selbstorganisation und Internationale Solidarität

Gegen Rassismus und Vertreibungspolitik

Überfälle auf Flüchtlingswohnheime und einzelne AusländerInnen sind zum Alltag in Deutschland geworden. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften, die aus verschiedensten Ländern kommen, sich gegenseitig kaum verständigen können und natürlich erst einmal auch kein Deutsch sprechen können, haben wenig Möglichkeiten sich gegen rassistische Überfälle zur Wehr zu setzen. Bei vielen privat betriebenen Unterkünften fehlt oft sogar ein Telefonanschluß.

Aber wen sollten sie auch zur Hilfe rufen, wenn ein plötzlicher Überfall die Bewohnerinnen und Bewohner einer Unterkunft nachts aus dem Schlaf reißt?

Diese Überfälle sind die Folge eines Bewußtseins, das Rassismus und Herrenmenschen-Mentalität immer in einer Ecke des Hinterkopfes bewahrt hat. Der deutsche Faschismus ist nie richtig aufgearbeitet worden.

Davon sind auch vermeintlich fortschrittliche Menschen nicht ausgeschlossen. AsylbewerberInnen, Flüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen und ihre Angehörigen werden oft nur als Opfer staatlicher Ausgrenzungspolitik und rassistischer Überfällen gesehen. Aber das ist zu einfach: Ob in überfüllten Sammellagern oder in Unterkünften auf den Dörfern und in den Städten, ob auf Ämtern oder auf der Straße, ob in den Betrieben, den Universitäten und Schulen – überall kämpfen sie gegen ihre Diskriminierung und für ein menschenwürdiges Leben! Die einen mehr, die anderen weniger politisch interessiert.

Antirassismus kann nicht Stellvertreterpolitik sein. Es ist wichtig, die Gemeinsamkeiten zu erkennen, die die Linke mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen verbindet. Wenn es Gemeinsamkeiten gibt, kann es auch gemeinsame Kämpfe geben!

Internationale Solidarität ist mehr als die Unterstützung von antiimperialistischen Befreiungskämpfen. Sie ist in der praktischen Solidarität und der Diskussion mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen hier in Deutschland unter Beweis zu stellen.

Die mit demagogischen Mitteln öffentlich geführte Diskussion um ein angebliches "Ausländerproblem", welches die Ursache für Arbeitslosigkeit



und Wohnungsnot sei, heizt den Rassismus an. Gerade in der ehemaligen DDR, wo diese Probleme für die Menschen aktuell noch brisanter sind als im Westen. Aber die Fakten zeigen, daß die Zahl der Anschläge im Westen um nichts geringer ist als die der im Osten.

In der alten BRD wirken seit Jahren organisierte Neonazis. Sie und ihr Umfeld, von den Stammtischen bis zu den rechtsradikalen Skinheads und Hooligans, sind immer wieder für Überfälle und Anschläge verantwortlich. Faschistische Organisationen, von der offen neonazistischen FAP bis zu der NPD oder DVU und den 'Republikanern' werben seit Jahren mit volkstümlichen Parolen und "einfachen Lösungen" um die Gunst der WählerInnen. Ihre Erfolge bei den Senatswahlen in Berlin, in Bremen und bei den niedersächsischen Kommunalwahlen, sowie die offensichtlich rassistische Grundstimmung bei großen Teilen der Bevölkerung, setzen die etablierten Parteien unter Druck. Sie fürchten um ihren Einfluß und ihre Macht. Dadurch verschiebt sich die "politische Mitte", was auch immer das

sein mag, immer weiter nach rechts. Die Erfolge der Faschisten sind dabei weniger an Prozentzahlen zu messen, sondern vielmehr daran, wie weit ihre Inhalte sich bei den etablierten Parteien durchsetzen. Damit sind sie erfolgreich. Faschistische und rassistische Positionen sind, solange sie nicht in Naziuniformen vertreten werden, salonfähig geworden.

Ohne bedeutsamen Widerstand trat am 1.1.91 in der BRD ein neues "Ausländergesetz" in Kraft, das die Ungleichheit der BewohnerInnen der BRD noch mehr manifestiert als seine Vorgänger – und das in einer Tradition steht, die vom "Allgemeinen Preußischen Landrecht", über die "Ausländerpolizeiverordnungen" der Nationalsozialisten bis heute herüberreicht. Ein Sondergesetz für "Ausländer" ist immer rassistisch.

In der Praxis wird auf der "Ausländerbehörde" über den Aufenthaltsstatus, über Arbeitserlaubnis und über Ausweisung entschieden. Neben dem in Gesetz gegossenen Rassismus treffen Flüchtlinge und ImmigrantInnen auf den individuell

Fortsetzung Seite 31